

## Digitale Grüße aus Moskau

Zielgruppe: deutsche WählerInnen. Wie die russische Regierung systematisch versucht, mit Fake News, Netzkampagnen und Propaganda-Posts die Stimmung in Deutschland zu beeinflussen, zeigen geleakte Daten der Moskauer PR-Firma Social Design Agency, die der taz zugespielt wurden

4-5



Nicht immer so deutlich zu erkennen: Putin-Botschaften in deutschen Wohnzimmern Foto: Thomas Dworzak/Magnum Photos/Agentur Focus

### VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

verbotten kann es selbst kaum glauben, aber der bizarre Wahnsinn des übergeschnappten US-Wahlkämpfers Donald Trump ist kurz nach seinen absurden Haustierwarnungen auf halb Osteuropa und weite Teile Südostdeutschlands übergeschwappt:

It's raining cats and dogs.

Kommentar von **Bernward Janzing** zu Lösungen gegen immer neue Überschwemmungen

### Reden wir lieber mal über Flächenversiegelung

Jetzt erschallen sie wieder, die immer gleichen Forderungen der Klimaexperten und all jener, die das Hochwasser für den Klimaschutz zu instrumentalisieren suchen. Klar, die Protagonisten haben in der Sache vollkommen recht, wenn sie darauf hinweisen, dass der menschengemachte Klimawandel Wetterextreme verstärkt. Sie haben auch recht, wenn sie vorrechnen, dass bei einem Anstieg der Temperatur um ein Grad die Luft sieben Prozent mehr Wasser aufnehmen kann mit der Folge, dass ergiebige Regenfälle drohen – das ist schlichte Physik. Von daher: Sachlich ist alles richtig, was in diesen Tagen im Zusammenhang mit dem Hochwasser an Klimawarnungen in die Welt hinausgetragen wird.

Und doch ist es nicht zielführend, die immer gleichen Klimaschutzforderungen auch in diesem Moment wieder so penetrant zu erheben – weil

damit ein viel griffigeres Thema erschlagen wird. Im Kontext mit dem Hochwasser gibt es nämlich durchaus vordringlichere Aspekte politischen Handelns. Das soll jetzt keine Geringschätzung des Riesenproblems Klimawandel sein, sondern es ist eine nüchterne Analyse von Handlungsoptionen. Konkret: Wer aus dem Hochwasser politische Forderungen ableiten will, sollte vor allem dort ansetzen, wo Fortschritte vor Ort tatsächlich möglich sind: beim Umgang mit Bodenfläche.

Die sich dann ergebenden Forderungen liegen auf der Hand: Hört endlich damit auf, immer mehr Flächen zu versiegeln! Macht bereits versiegelte Flächen wieder wasserdurchlässig! Gebt den Flüssen wieder mehr Raum! Hört auf, in Gebieten zu bauen, die hochwassergefährdet sind!

Die Zusammenhänge sind schließlich banal: Jeder Quadratmeter Acker oder Wiese, der bebaut wird, lässt beim nächsten Starkregen zusätzliches

Wasser in die neuralgischen Talniederungen abfließen. Umgekehrt mindert jeder einzelne Quadratmeter, auf dem Regenwasser versickern kann, das Hochwasserrisiko. Das führt dann zwingend zur Forderung: Entsiegelt Flächen!

Dass sich trotz solch simpler Zusammenhänge viele Akteure in Zeiten des Hochwassers lieber mit Verve auf das Klimathema als auf das naheliegendere Kernproblem stürzen, hat einen einfachen Grund: Indem man das Problem als so groß und weltumspannend definiert, dass man es vor Ort nicht lösen kann, macht man sich frei von der Pflicht, lokal die Probleme anzugehen.

Für den Hochwasserschutz ist das fatal. Reden wir also erst einmal über Flächenversiegelung. Über den Klimawandel können wir noch oft genug sprechen. Spätestens wenn das Jahr 2024 abermals mit Rekordtemperaturen abschließen wird.

3



Foto: Kenzo Tribouillard/afp

**Gefährliches Gedenken**  
Zwei Jahre nach dem Tod von „Jina“ Mahsa Amini mutige Proteste in Iran trotz massiver Repression  
**10**

**Anschlagsziel Trump**  
Neuer Attentatsversuch: Die möglichen Motive des Täters und die Reaktionen  
**2, 12**

**The show goes on: Der Wahlkampf in den USA**  
Täglich Neues über Hunde, Katzen, Trump, Musk und Taylor Swift  
**13**

**steile these**  
„Wir müssen jetzt überlegen: Was ist los in Zossen, Lübben und der Uckermark?“  
**Gideon Botsch**, Politologe, zur Lage vor der Landtagswahl in Brandenburg und dem metropolentfixierten Zentralismus der Parteien

7

Die taz wird ermöglicht durch

**23.492**

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren.  
Infos unter [geno@taz.de](mailto:geno@taz.de)  
oder 030 | 25 90 22 13  
**Aboservice:** 030 | 25 90 25 90  
fax 030 | 25 90 26 80  
[abomail@taz.de](mailto:abomail@taz.de)  
**Anzeigen:** 030 | 25 902 -130 / -325  
[anzeigen@taz.de](mailto:anzeigen@taz.de)  
**taz Shop:** 030 | 25 90 21 38  
**Redaktion:** 030 | 259 02-0  
fax 030 | 251 51 30,  
[briefe@taz.de](mailto:briefe@taz.de)  
taz  
Postfach 610229, 10923 Berlin  
[twitter.com/tazgezwitscher](https://twitter.com/tazgezwitscher)  
[facebook.com/taz.kommune](https://facebook.com/taz.kommune)  
**www.taz.de**

Ausgabe Berlin  
Nr. 13461  
€ 3,40 Ausland  
€ 2,80 Deutschland  
4 190254 802805  
20638



## Ist die ultrarechte Influencerin Laura Loomer selbst für Trump zu extrem?

Sie selbst bezeichnete sich einmal als „stolze Islamophobe“. Sie ist dafür berüchtigt, rassistische Gerüchte, sexistische und homophobe Kommentare sowie Verschwörungstheorien im Netz zu verbreiten. Den Islam verglich sie mit Krebs, die LGBTQ-Community nannte sie eine „terroristische Organisation“, die Anschläge vom 11. September 2001 hielt sie für einen „inside job“ im Auftrag der US-Regierung. Als Twitter sie 2018 deshalb von seiner Plattform verbannte, kettete sie sich mit einem Megafon und gelbem Davidstern auf der Brust vor der Firmenzentrale in New York an und warf dem Unternehmen „Judenhass“ vor.

Unter allen rechtsradikalen Influencern, von denen es in den USA nicht wenige gibt, ist die 31-jährige jüdische Aktivistin Laura Loomer eines der schrillsten Exemplare. Ihre Karriere startete die gelernte Journalistin bei der rechtsextremen Website InfoWars des Verschwörungs-Entrepreneurs Alex Jones und bei der antimuslimischen Aktivistin Pamela Geller. 2020 kandidierte sie in Florida vergeblich für den US-Kongress. Zwei Jahre später scheiterte sie schon bei einer republikanischen Vorwahl. Der Sprung in die Politik misslang. Dafür machte sie weiterhin durch öffentlichkeitswirksame Aktionen auf sich aufmerksam.

Auf Instagram und Facebook ist Loomer gesperrt. Sogar Taxi-Apps wie Uber und Lyft schmissen sie raus, nachdem sie dort über muslimische Taxifahrer herzog. Doch seit Elon Musk Twitter übernahm und in X umbenannte, darf Loomer dort wieder ihre Hetze verbreiten. Mehr als 1,3 Millionen Follower danken es ihr. Nach dem ersten Attentat auf Trump im Juli mutmaßte sie, US-Präsident Joe Biden würde dahinterstecken. Und vor Trumps TV-Duell mit seiner Kontrahentin Kamala Harris schrieb sie auf X: Sollte die Demokratin die Wahl am 5. November gewinnen, werde es im Weißen Haus wohl „nach Curry riechen“ und ihre Reden würden über ein Call Center verbreitet – eine Anspielung auf die indische Herkunft der Kandidatin. Auch das Gerücht, Flüchtlinge aus Haiti würden in der Stadt Springfield (Ohio) heimlich Hunde und Katzen essen, das Trump bei der TV-Debatte vorbrachte, soll er von ihr haben.

Das ist selbst vielen rechten Republikanern zu extrem. Die Kongressabgeordnete Marjorie Taylor Greene aus Georgia, selbst selten um rechtsextreme Verschwörungstheorien verlegen, nannte Loomers Kommentare „entsetzlich und extrem rassistisch“. Aus North Carolina meldete sich der Senator Thom Tillis und nannte Loomer „eine verrückte Verschwörungstheoretikerin, die regelmäßig widerlichen Müll von sich gibt, um die Republikaner zu spalten“. Auch Trumps Vize-Kandidat JD Vance, dessen Ehefrau indischer Herkunft ist, distanzierte sich von ihr. Sie alle eint die Sorge, dass ihr Einfluss Trumps Chancen auf eine erneute US-Präsidentschaft schmälern könnte.

Trump selbst gibt sich davon unbeeindruckt. Er lobte Loomer als mutigen „Freigeist“, stellte sie bei Kundgebungen heraus und ließ sich ausgerechnet am 11. September zu einer Veranstaltung zum Gedenken an die Terroranschläge von ihr begleiten. Zwar teile er ihre Ansichten nicht, gab er später zu Protokoll. Aber, stellte er sich hinter sie: „linksradikale Marxisten und Faschisten“ würden sie verleumdern.

Diese Nähe zwischen dem 78-jährigen Trump und der 31-jährigen Loomer wiederum gibt Gerüchten Nahrung, die beiden hätten eine Affäre. Der TV-Moderator Bill Maher spekulierte am Freitag in seiner Sendung ganz offen darüber. Loomer reagierte auf ihre Art: mit vulgären Ausfällen und indem sie mit einer Klage drohte.

Daniel Bax

Foto: Matt Rourke

# Heckenschütze auf dem Golfplatz

Präsidentschaftskandidat Donald Trump gerät offenbar erneut in das Visier eines Attentäters. Ein Mann wurde festgenommen. Biden: Mehr Personal für Sicherheit

Aus Washington  
Hansjürgen Mai

Der frühere US-Präsident Donald Trump ist offenbar zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate ins Visier eines Attentäters geraten. Dies erklärte die US-Bundespolizei FBI in einer Stellungnahme am Sonntag. Das FBI untersucht einen „offensiblen Mordversuch gegen den ehemaligen Präsidenten Donald Trump“, sagte die Behörde in einem Post auf X.

Der 78-jährige republikanische Spitzenkandidat blieb unverletzt und befindet sich in Sicherheit. „Meine Entschlossenheit ist nach einem weiteren Anschlag auf mein Leben nur noch stärker! Ich werde niemals nachlassen. Ich werde niemals aufgeben. Ich werde niemals kapitulieren“, wurde Trump in einer E-Mail seines Wahlkampfteams zitiert.

Der Zwischenfall ereignete sich am frühen Sonntagnachmittag (Ortszeit). Der Secret Service, der in den USA für den Schutz hochrangiger Politiker zuständig ist, entdeckte den Verdächtigen nach eigenen Angaben wenige Hundert Meter von Trump entfernt in den Büschen am Zaun um den Golfplatz und eröffnete das Feuer. Der Verdächtige soll danach in einem Auto geflüchtet sein und das Gewehr und eine Kamera zurückgelassen haben. Ein Zeuge notierte das Kennzeichen des Fahrzeugs. Kurze Zeit später wurde er auf einer Autobahn in der Nähe

des Tatorts festgenommen. „Es gab einen Zeugen, der zu uns kam und sagte: ‚Hey, ich habe den Kerl aus dem Gebüsch rennen sehen, er ist in einen schwarzen Nissan gesprungen und ich habe ein Foto von dem Fahrzeug und dem Kennzeichen gemacht‘, das war großartig“, erklärte Sheriff Ric Bradshaw. Behörden konnten ein Sturmgewehr, zwei Rucksäcke und eine GoPro-Videokamera am Ort des versuchten Attentats sicherstellen.

Sicherheitsbehörden in Florida identifizierten später den 58-jährigen Ryan Wesley Routh als mutmaßlichen Schützen. Ein Reporter der *New York Times* stellte fest, dass er Routh im vergangenen Jahr interviewt hatte: Routh hatte da den Plan, ehemalige Soldaten der afghanischen Regierungarmee als Kämpfer gegen die russische Invasion in die Ukraine zu bringen.

Routh war nach Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine im Februar 2022 nach Kyjiw gereist, um dort die Landesverteidigung zu unterstützen – und war dort unter anderem von der Nachrichtenagentur AFP interviewt worden.

CNN und CBS berichteten, Routh sei ein selbständiger Bauunternehmer für bezahlbaren Wohnraum auf Hawaii, der in den vergangenen Jahrzehnten mehrmals festgenommen worden sei. Er habe sich im Internet regelmäßig zu Politik und aktuellen Ereignissen geäußert, darunter auch Kritik an Trump.

Im März 2022 hatte Routh im

Onlinedienst X angekündigt, in die Ukraine reisen zu wollen. Er sei bereit „zu kämpfen und zu sterben“. AFP interviewte ihn Ende April bei einer Demonstration in Kyjiw. „Putin ist ein Terrorist, dem ein Ende gesetzt werden muss“, sagte er damals.

US-Präsident Joe Biden und Vizepräsidentin Kamala Harris wurden über den Vorfall informiert und beide seien darüber „erleichtert“, dass der Ex-Präsident in Sicherheit ist, so das Weiße Haus. „Ich wurde darüber informiert, dass in der Nähe des ehemaligen Präsidenten Trump und seines Anwesens in Florida Schüsse fielen und bin froh, dass er in Sicherheit ist“, schrieb Harris auf der Plattform X.

## „Ich verurteile politische Gewalt“

Kamala Harris, Vize-Präsidentin

„Ich verurteile politische Gewalt. Wir alle müssen unseren Teil dazu beitragen, dass dieser Vorfall nicht zu weiterer Gewalt führt“, wurde sie in einer Mitteilung des Weißen Hauses in Washington zitiert. Ausdrücklich lobte Harris den Secret Service und die anderen Sicherheitskräfte für ihre Wachsamkeit. Die Regierung werde sicherstellen, dass der Secret Service über alle Ressourcen, Fähigkeiten und Schutzmaßnahmen

verfüge, die er zur Erfüllung seiner wichtigen Aufgabe benötige, sagte sie weiter.

Biden sagte am Montag ebenfalls, der Secret Service müsse verstärkt werden: „Eines möchte ich klarstellen: Der Secret Service braucht mehr Hilfe, und ich denke, der Kongress sollte auf seine Bedürfnisse reagieren“, sagte Biden in Washington. „Ich denke, wir brauchen mehr Personal.“

Trump's Vizekandidat, Senator J.D. Vance aus Ohio, schrieb am Sonntag auf X, der ehemalige Präsident sei „guter Dinge“. Ähnlich äußerte sich US-Senator und Trump-Unterstützer Lindsey Graham.

Das mutmaßliche Attentat am Sonntag erfolgte nur etwa zwei Monate nachdem Trump während einer Kundgebung in Pennsylvania von einer Kugel am rechten Ohr verletzt wurde. Trump überlebte den Mordversuch im Juli um wenige Zentimeter. Der Schütze wurde damals von Scharfschützen getötet.

Der erste Attentatsversuch im Juli führte zu heftiger Kritik am Secret Service, zu deren Aufgabe der Schutz von Präsidenten, deren Familien und anderer namhafter Politiker gehört. Im US-Kongress wurde eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die den Vorfall in Pennsylvania untersuchen soll. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, der Abgeordnete Mike Kelly, verlangt vom Secret Service ein Briefing zum jüngsten Vorfall.

Tatsachensfund: das vom mutmaßlichen Attentäter zurückgelassene Gewehr  
Foto: Cristobal Herrera-Ulasevich/epa



taz lage

## Tschüss, Waschbär!

Er hatte ein paar Tage lang für Furore gesorgt, im internen Mailverteiler der Redaktion und auf den Fluren des taz-Gebäudes. Jetzt ist er am Wochenende gestorben: Der Waschbär, der sich auf dem taz-Dach eingerichtet hatte. Am Sonntagmorgen fand ihn dann eine Kollegin ebendort und verkündete das Ableben des Raubtiers, ebenfalls via Mailverteiler. Einen Kollegen inspirierte das zu einer spontanen Grabrede, die wir hier

gerne dokumentieren: „Er war klein und niedlich. Er liebte Wasser und Trauben. Und kein Redaktionshaus war für ihn zu hoch. Er kletterte in unsere Herzen. Rest in power, kleiner Freund. Heute trauert die ganze taz. Seufz.“ Ein P.S. fügte der Kollege noch an: „Sonderausgabe?“

### Nette Nebensachen

Soweit kommt es nicht, liebe Leser\*innenschaft, keine Sorge, die

nächsten Sonderseiten drehen sich um die Brandenburg-Wahl. Mit solchen Nebensächlichkeiten behelligen wir Sie weiterhin bloß auf den kleinen Plätzen.

Aber wir haben schon auch etwas gelernt, so ganz doof sind wir nicht geblieben bei der ganzen Sache: Ein Kollege will beobachtet haben, wie das Tier in der Dämmschicht verschwand, eine Warnung an alle Hausbesitzer. Ein anderer wies dar-

auf hin, dass Füttern keine gute Idee, und in Berlin mit 5.000 Euro Bußgeld bewehrt sei. Woraufhin ein anderer Kollege den Spieß wohl umdrehen wollte und darauf hinwies, dass man Waschbären auch „zubereiten“ könne, ein Rezept war verlinkt.

Die tatsächlich beauftragten seriösen Waschbär\*innen rieten: Einfach in Ruhe lassen, dem Tier geht's gut. Das erwies sich als Fehleinschätzung. Seufz. Anna Klöpper



Graue Donau: Wien ist dank diverser Maßnahmen relativ gut geschützt Foto: Thomas Kronsteiner/getty images



Katzenretter im tschechischen Flutgebiet Foto: Martin Divisek/lepa

# Reißende Flüsse, isolierte Ortschaften

In Österreich schalten Spitzenpolitiker zwei Wochen vor den Wahlen auf Gummistiefel-PR. In vielen Teilen Mitteleuropas ist die Hochwasserlage nach wie vor dramatisch

Aus Wien **Florian Bayer**

Wir werden auch diese Krise hinter uns bringen', sagte Österreichs Bundespräsident Alexander Van der Bellen angesichts der aktuellen Hochwasserkatastrophe. Im ORF sprach er den Angehörigen eines Feuerwehrmanns, der bei den Hilfsarbeiten ums Leben kam, sein Beileid aus.

Das Sturmtief „Boris“ führte in Mittel- und Osteuropa bereits am Wochenende zu überfluteten Flüssen, Dammbürchen und von der Außenwelt abgeschnittenen Orten. Betroffen sind neben Österreich vor allem das polnisch-tschechische Grenzgebiet sowie Teile der Slowakei und Rumänien. Mittlerweile ist die Zahl der Toten in Österreich auf drei angestiegen. In der Steiermark und Niederösterreich kam es wegen umgestürzter Stromleitungen in Tausenden Haushalten zu Stromausfällen. Die meisten Unterbrechungen wurden rasch behoben.

Österreich steckt eigentlich mitten im Wahlkampf für die

Nationalratswahl am 29. September. „Wir haben über die Kabinette und Parteizentralen vereinbart, dass der Wahlkampf erst einmal ruht“, sagte der grüne Vizekanzler Werner Kogler. Doch man zeigt Präsenz. Während sich der SPÖ-Parteivorsitzende und Kleinstadt-Bürgermeister Andreas Babler rastlos in Gummistiefeln präsentiert, gibt sich Kanzler Karl Nehammer (ÖVP) staatstragend in Krisensitzungen. FPÖ-Chef Herbert Kickl, sonst eher unversöhnlich im Ton, appellierte in einem Video an „die große Kraft der Gemeinschaft“. Den Klimawandel, laut Fachleuten eindeutige Ursache immer häufigerer Extremwetterereignisse, hatte Kickl in der Vergangenheit immer wieder heruntergespielt. In dieselbe Kerbe schlug auch die ÖVP wiederholt, wenn sie von „radikalen Klimaaktivist:innen“ sprach.

Auch außerhalb Österreichs ist die Lage kritisch. In Tsche-

chien wurden sieben Vermisste und ein Todesopfer gemeldet, Tausende Menschen mussten evakuiert werden. Donald Tusk verhängte in Polen, wo ebenfalls zwei Tote gemeldet wurden, erstmals einen Katastrophenzustand speziell für Natur-

„Das ist keine Abweichung von der Norm. Das ist die neue Realität“

Offener Brief polnischer Wissenschaftler

katastrophen. In der Kleinstadt Nysa wurden die Patient:innen eines Krankenhauses mit Booten evakuiert. In einem offenen Brief forderten nun 15 Wissenschaftler:innen an mehreren polnischen Universitäten mehr Klimaschutz von der Regierung

ein. „Das ist keine Abweichung von der Norm. Das ist die neue Realität“, schreiben sie darin. Mehr als 70 Prozent der polnischen Stromerzeugung stammt aus Kohlekraftwerken. Hunderttausende Haushalte heizen zudem mit Kohle.

Auch in Rumänien bleibt die Lage kritisch. Mindestens sechs Menschen sind in den bis zu drei Meter hohen Sturzfluten ums Leben gekommen, Tausende Häuser wurden zerstört. Die Regierung hat Notunterkünfte eingerichtet und plant Soforthilfen.

Auch wenn der Regen im Lauf des Dienstags in den betroffenen Regionen abklingen soll, dürften die Pegelstände vorerst hoch bleiben. In Teilen Österreichs gab es am Wochenende über einen Meter Neuschnee. Ein Glücksfall, da dadurch viele Niederschläge vorläufig gebunden sind. In den kommenden Tagen dürften sie wieder schmelzen.

hochwasser

## Keine Angst vor der Elbe

In Dresden sieht man dank neuer Zuversicht in den Hochwasserschutz gelassen in die Zukunft

Aus Dresden **Michael Bartsch**

In Dresden haben die klassischen touristischen Fotomotive und sogar das akute Hochwasser keine Chance gegen die Bilder der am 11. September teilweise eingestürzten Carolabrücke. Auf dem „Balkon Europas“, am Gelände der Brühlischen Terrasse, drängen sich Gäste und Einheimische mit ihren Handys. Auch jetzt noch bieten die beiden ins Hochwasser führenden schrägen Rampen einen Blick von makabrer Ästhetik. In einem vorbildlichen Kraftakt haben Stadtverwaltung, Feuerwehr, THW und Bundeswehr mit etwa 150 Helfern den geborstenen dritten Brückenzug zerkleinert und beräumt. In nur vier Tagen haben sie damit befürchtete zusätzliche Hindernisse für den erwarteten Anstieg der Elbe beseitigt.

Auch der Laie kann erkennen, dass sich vor dem weiterhin quer in der Elbe liegenden, längst überfluteten mittleren Brückenteil das Wasser kaum

zusätzlich aufstaut und rechts und links vorbeifließen kann. Trotz der aus Tschechien nahenden Flutwelle wird nach Prognosen des Dresdner Umweltamtes der bereits für Montag vorhergesagte Pegel von sechs Metern erst am Mittwoch mit dem Scheitel der Welle erreicht. Zur Jahrhundertflut 2002 stieg die Elbe in Dresden auf 9,40 Meter, 2013 erreichte sie einen reichlichen Meter weniger.

**Stimmung bleibt entspannt**  
Überraschend rechnet auch das Landeshochwasserzentrum Sachsen mit einem Rückgang der Pegel an den meisten Flüssen und sogar an der Neiße. In Görlitz blieb sie am Montag knapp unter der höchsten Hochwasserwarnstufe vier. Tendenz bereits fallend. Auch der Dauerregen ließ am Montag bereits spürbar nach.

Entsprechend ist die Stimmung unter den Schaulustigen und den Einwohnern. Stadtgespräch ist nach wie vor die Carolabrücke und deren wahrschein-

licher kompletter Abriss. Innerstädtische Staus signalisieren ihr Fehlen.

Doch so ganz ist die Stadt von Hochwasserbildern nicht verschont. Das linkselbische Terrassenufer und der rechtselbische Radweg sind zwar gesperrt und teilweise überflutet. Aber so schlimm wie vor 22 Jahren kommt es nicht, sind auch Passanten überzeugt.

Zu dieser Gelassenheit trägt ein neues Vertrauen vorwiegend in den aktiven Hochwasserschutz bei. Richtung Radebeul, wo am letzten Septemberwochenende das Weinfest unbeeindruckt stattfinden soll, passiert man auf dem Radweg mobile Schutzwände auf den Deichen. Eine solche Leichtmetallwand steht nun erstmals auch unterhalb der Kunstakademie an der Brühlischen Terrasse und soll die Radeberger Biergaststätte schützen.

Für den passiven Hochwasserschutz besitzt Dresden dank seiner breiten Elbwiesen Retentionsräume, die freilich bei ta-

gelangen Rekordpegelständen auch kein Wasser mehr aufnehmen könnten. Nur dank Bürgerintervention konnten diese Elbauen nach 1990 vor der neuen Bauwelt gerettet werden. Im selben Ungeist naiven Fortschrittsglaubens wurde aber 40 Kilometer elbabwärts vor Riesa innerhalb der statistischen Linie für ein hundertjähriges Hochwasser die Siedlung Röderauesüd für 400 Einwohner errichtet. Bis über die Dachfirste 2002 überflutet, kostete der komplette Wiederabriss den Freistaat Sachsen 50 Millionen Euro.

Aus solchen Fehlern hat man gelernt. Hinzu kommt jetzt der günstige Umstand, dass man neben der Elbe nicht an einer zweiten Wasserfront kämpfen muss. 300 Liter pro Quadratmeter fielen an jenem 12. August 2002 in Zinnwald auf dem Kamm des Osterzgebirges. Weit vor dem Elbanstieg stürzte die Weißeritz zu Tal, suchte sich in Dresden ihr altes Bett wieder und ergoss sich in Zwinger, Hofkirche und über den Theaterplatz.

## „Dieses Jahr war viel besser“

Regenrekord in Tschechien: Doch auch Frühwarnsysteme haben sich verbessert, sagt Wasserforscher Radek Tomšů

Interview **Jolana Humpálová**

taz: Herr Tomšů, Ihr Institut arbeitet mit dem numerischen Wettervorhersagemodell Aladin. Wie funktioniert es?

Radek Tomšů: Aladin kann derzeit bis zu 72 Stunden vorhersagen. Es hat eine detailliertere Auflösung als globale Modelle. Das heißt, es erkennt Täler, die bei globalen Modellen nicht sichtbar sind, und kann Windeffekte bei Regen einkalkulieren.

taz: Das Land hatte dadurch mehr Zeit, sich auf das Hochwasser vorzubereiten. Wie hat man das genutzt?

Tomšů: Zu den Maßnahmen gehörte der Kontakt zu den einzelnen Wasserbeckenbetreibern. Dadurch hat man Maßnahmen an den Stauseen ergreifen können für eine effektivere Bewirtschaftung der Becken.

taz: Wie ist die derzeitige Lage in Tschechien?

Tomšů: Was die Niederschläge angeht, sind wir derzeit optimistisch. In den nächsten 24 Stunden rechnen wir vor allem in den Gebieten Böhmerwald und Nowohradské hory mit Niederschlägen. Im Rest des Landes werden nur geringe Niederschläge erwartet, die die Flüsse jedoch nicht beeinträchtigen sollten. Aber natürlich wird es im Hinblick auf Überschwemmungen weiterhin Probleme geben.

taz: Wie unterscheiden sich die aktuellen Überschwemmungen von der katastrophalen Flut von 2002 und 1997?

Tomšů: Die Niederschlagsmenge ist in diesem Jahr nach unseren bisherigen vorläufigen Berechnungen sogar höher ausgefallen als 1997 – bezogen auf die betroffene Fläche. Es war aber auch das erste Mal, dass wir so weit im Voraus wussten, was auf uns zukommt. Allerdings konnten wir auch bei den Überschwemmungen im Jahr 2013 bereits weit im Voraus Warnungen aussprechen. Aber es war das erste Mal, dass wir eine Überschwemmung dieser Größe hatten. Und diese zusätzlichen Tage lagen definitiv über dem Standard.

taz: Auch wenn die Situation also alles andere als ideal ist, hätte es noch viel schlimmer kommen können?

Tomšů: Ja. Es gibt Situationen, die Sie nicht vollständig verhindern können. An einigen Wasserläufen gibt es keine Stauseen zur Regulierung der Abflüsse, sodass man dort nicht viel unternehmen kann. Daher geht es eher um die Vorbereitung, das Errichten von Absperrungen und andere Schritte – zum Beispiel Evakuierungen. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass 1997 über 50 Menschen bei den Überschwemmungen ums Leben kamen – selbst in dieser Hinsicht ist dieses Jahr viel besser.

taz: Wo sehen Sie das Potenzial, sich besser auf eine solche Situation vorzubereiten?

Tomšů: Nun, es gibt immer Raum für Verbesserungen, um die Kommunikation und andere Prozesse zu beschleunigen. Wir werden auch im Nachhinein auswerten, was erfolgreich war und was nicht. Dann können wir daraus lernen und in Zukunft unsere Reaktion und unsere Arbeitsweise bei solchen Überschwemmungen noch besser und effektiver gestalten, um nicht nur Menschenleben zu retten, sondern auch möglichst viel Eigentum zu schützen.



Radek Tomšů ist Leiter der Abteilung für Wettervorhersagen am tschechischen Institut für Hydrometeorologie, für das er seit 2001 arbeitet.

## Die Spin-Docs des Kreml

Die taz ist im Besitz interner Daten der SDA, eine der derzeit bedeutendsten russischen Propagandafabriken. Mit einer akribisch angelegten Desinformationskampagne versucht demnach Russland, die deutsche Öffentlichkeit und ihre Narrative zu beeinflussen

Von **Anne Fromm** und **Konrad Litschko**

Die Autor\*innen geben sich nach der Europawahl zufrieden. In ganz Europa hätten die Rechten im Juni Wahlerfolge gefeiert: Marine Le Pens Rassemblement National in Frankreich, die PiS in Polen, Giorgia Meloni Fratelli d'Italia in Italien. „Noch beeindruckender ist der Erfolg der Alternative für Deutschland, die in ganz Deutschland rund 17 Prozent der Stimmen erhielt“, in Ostdeutschland gar bis zu 40 Prozent, heißt es weiter jubelnd. „Es kann also festgestellt werden, dass die Social-Media-Kampagne ein großer Erfolg war.“ Sie habe sich „die Zahl der Wähler für die Rechten und Traditionalisten erhöht“ und die „der Linken, Globalisten und Sozialisten verringert“.

Diese Sätze stammen aus Russland und sie sind Teil einer großangelegten Desinformationskampagne. Sie stehen in einem internen Papier, in dem ausführlich der Ausgang der Europawahl im Juni 2024 aus russischer Perspektive analysiert wird. Der Kreml hat, laut diesem Papier, nach den Wahlen genau das, was er wollte: einen Rechtsruck in Europa – und zwar einen, an dem er offenbar ganz massiv mitgearbeitet hat.

Der taz liegt ein umfassendes digitales Datenpaket vor, das zeigt, wie detailliert russische Kräfte offenbar versuchen, Europa zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Es geht darin um Propagandaartikel, die in der europäischen Öffentlichkeit verbreitet werden sollen, um Videos, Bilder und Beiträge, die die sozialen Medien geflutet haben sollen. Es geht darum, wie Russland offenbar gezielt Falschinformationen verbreiten will, um europäische Politiker\*innen und andere Persönlichkeiten in Misskredit zu bringen. Wie prorussische Narrative gestreut werden sollen, um Europa und den Westen zu spalten.

Die Daten stammen von einer der bedeutendsten Propagandafirmen Russlands: der Social Design Agency (SDA). Das IT-Unternehmen mit Sitz in Moskau ist eng verbandelt mit der Putin-Regierung. Auf ihrer Webseite bepreisen sie ihre „gesellschaftspolitischen Projekte“, werben mit ihrem Können in „politischer Kommunikation“, mit „umfangreicher Erfahrung im Wahlkampf“. Die Kunden der SDA: das russische Innenministerium, das russische Katastrophenschutzministerium oder die Staatsduma, das Unterhaus des russischen Parlaments. Von westlichen Sicherheitsbehörden wird die SDA inzwischen als zentraler Akteur für russische Desinformationskampagnen verantwortlich gemacht.

Nun aber gelangt die Gruppe unfreiwillig ins Rampenlicht. Eine anonyme Hackergruppe gibt

an, Ende August umfangreiche interne Daten der SDA erbeutet zu haben. Sie liegen der taz vor. Nach unserem derzeitigen Recherchestand spricht alles dafür, dass die Dokumente echt sind. Sie umfassen Daten aus den Jahren 2022 und 2024, darunter Mitarbeiter\*innen- und Auftragslisten, eingesetzte Social-Media-Accounts, Sitzungsprotokolle, E-Mails, vorbereitete Onlinepostings und Sharepics – insgesamt 2,4 Gigabyte. Sie geben ein umfassendes Bild davon, wie russische Desinformationskampagnen ablaufen. Sie zeigen, wie zentral Deutschland im Visier der russischen Propaganda steht – und wie versucht wird, auch deutsche Politiker\*innen und Prominente dafür zu instrumentalisieren. Und sie geben genau vor, welche Narrative auch in der deutschen Bevölkerung festgesetzt werden sollen: die des friedensuchenden Russlands – und des kriegsdürstenden Westens.

Dass Russland mit großem Aufwand Desinformation betreibt, ist bekannt. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) spricht von einer „hybriden Kriegsführung“ Moskaus. Der Verfassungsschutz warnt vor russischer Desinformation, ebenso das Auswärtige Amt. Zuletzt verschickte auch das FBI eine Warnung und schaltete russische Fake-Webseiten ab.

Diejenigen, die sich über das Europawahlergebnis vom Frühsommer freuten, aber haben Vorsprung. Schon im Jahr 2001 wurde die Social Design Agency gegründet. Sicherheitsbehörden haben die SDA deshalb schon länger im Visier. Spätestens seit 2022 soll die Gruppe russische Desinformationskampagnen steuern, angeführt von Ilja Andrejewitsch Gambatjidze. Der 47-Jährige ist in der Ukraine geboren, hat einen russischen Pass, ist Mitgründer der SDA und pflegt laut US-Behörden enge Verbindung zur russischen Regierung. In den USA ist man überzeugt, dass Gambatjidzes Agentur auch hauptverantwortlich ist für die sogenannte Doppelgänger-Kampagne, die zuletzt für viel Aufsehen sorgte. Mit rund 60 gefälschten Nachrichtenwebsites wurde in Europa und den USA russische Propaganda verbreitet. In Deutschland entstanden so Fake-Seiten des *Spiegels*, der *Bild* und der *Süddeutschen Zeitung*. Frankreich und die Schweiz verhängten deshalb bereits im vergangenen Jahr Sanktionen gegen die SDA, die EU folgte in diesem Jahr.

Die Dokumente, die der taz nun vorliegen, zeigen, dass die Social Design Agency mit noch weit mehr Kampagnen aktiv ist. Sie selbst rühmt sich für „mehr als 100 erfolgreiche Fälle“ in den vergangenen 15 Jahren – dies betreffe die „Unterstützung der Reputation von Führungskräften und Organisationen, Wahlkampagnen, Gegenkam-

pagnen“. Auch mit der Doppelgänger-Kampagne brüstet sich das Unternehmen intern. In einer internen Mitarbeitendenliste werden mehr als 90 Namen aufgeführt, die wohl an den Kampagnen beteiligt sind: Nach eigener Auskunft beschäftigt die SDA Analysten, Webdesigner, Social-Media- und IT-Experten.

Wie die Agentur vorgeht, zeigt sich exemplarisch an der Europawahl im Juni dieses Jahres. Das Ziel sei eine „umfassende Gegenkampagne gegen die liberalen Globalisten“, heißt es in einem der internen Dokumente, das offenbar vor der Wahl entstanden ist. Die Zielländer: „Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien, Polen“. Wenn, heißt es weiter, die Fraktion „Identität und Demokratie“, die im vergangenen Europaparlament die AfD und weitere rechtsextreme Parteien versammelte, in den anstehenden Wahlen den dritten Platz belege, könnte das „einen möglichen Kurswechsel hin zu einer erneuten Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation“ einläuten.

Einen prominenten Vertreter, auf den Russland offenbar Hoffnung setzt, benennen die Urheber

### Die Social Design Agency (SDA) soll das Narrativ des friedensuchenden Russlands contra des kriegerischen Westens streuen

des Dokuments auch namentlich: Maximilian Kraus, damals AfD-Europaspitzenkandidat, heute dort Abgeordneter. Der 47-Jährige wurde bereits 2021 vom FBI aus einem mehrfachen Geldzahlungen kremlnaher Quellen befragt.

Die SDA entwickelt als Teil ihrer „Gegenkampagne“ auch konkrete „Narrative“, die die EU schwächen und Russlands Macht stabilisieren sollen. Sie sollen in vielfältiger Weise im Internet verbreitet werden. Eines lautet: „Die liberalen Kräfte säen Angst“, vor der Klimakatastrophe oder vor dem russischen Krieg. Oder: Die Liberalen zwingen Werte wie Transgenderrechte auf, „die nicht unsere sind“. Sie führten Europa in den Ruin, weil sie die Wirtschaft zerstörten, sie verwandelten Europa „in ein totalitäres Militärlager“. Vor allem EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der

Leyen wird dabei ins Visier genommen, als „Inbegriff der korrupten und proamerikanischen Politik“ in Brüssel. Was es stattdessen brauche, so der Spin der SDA: „einen Friedensplan und Diplomatie“. Rechte Parteien seien hier die „der Vernunft“, sie führten zu Frieden und Wohlstand. Und nur sie seien in der Lage, „diese Ställe zu säubern“.

Das Durchsetzen von „Narrativen“ im öffentlichen Diskurs, es scheint die Leitlinie der SDA zu sein. Immer wieder taucht diese Maßgabe in den geleakten Dokumenten auf. Nicht nur der Europawahlkampf wird darauf abgeklopft, auch internationale Medienberichterstattung wird auf „antirussische Narrative“ hin systematisch analysiert. Und auch in der Ukraine sollen prorussische Narrative verbreitet werden.

In einem Dokument werden auf fünf Seiten 17 Narrative entwickelt, die ausschließlich in Deutschland gestreut werden sollen. „Linke“ Beamte in der Regierung zeigten „eklatante Unprofessionalität und Verantwortungslosigkeit“, sie schaden dem Ansehen Berlins im Ausland, lautet eines. Oder: Deutsche Verbraucher müssten wegen der Russlandsanktionen mit „massiven Heizungsausfällen“ rechnen. Deutsche Waffen würden zur Begehung von Kriegsverbrechen in der Ukraine verwendet. Und: Die Ukraine sei eine europäische Basis für die Produktion von Drogen, die über Geflüchtete nach Deutschland gelangen.

Ausführlich wird jedes dieser Narrative mit vermeintlichen Fakten unterfüttert, wie etwa, dass Bundeskanzler Olaf Scholz „von Zeit zu Zeit Anweisungen von seinen amerikanischen Vorgesetzten“ erhalte. „Russland hingegen hat über viele Jahre hinweg nachhaltige Entwicklung der deutschen Wirtschaft gesichert“, heißt es an anderer Stelle. In Ostdeutschland wisse man das – und werde verstärkt die AfD wählen. Und der Vorteil, so die SDA: „Die AfD wird bestimmt auch weiterhin zwei Sachen konsequent fordern – antirussische Sanktionen aufzuheben und Nord Stream 2 zu starten, was ihre Position noch mehr festigen wird.“

Auch die „Zielgruppen“ dieser Erzählungen werden mitbedacht. Erreichen will man mit den Narrativen etwa „Arbeitnehmer der großen Industrieunternehmen“, „breite Teile der konservativen deutschen Wählerschaft“ oder „Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose und Personen, die um ihren Arbeitsplatz fürchten“. Das Ziel all dessen, so zitiert das FBI aus einem SDA-Dokument: „Interne Spannungen in den Ländern zu eskalieren, die mit den USA verbündet sind, um die Interessen der Russischen Republik in der internationalen Arena zu stärken.“



Matrjoschka mit Putins Konterfei aus der französischen Fotoserie „Dark Souvenirs“. Russland, so die SDA, habe stets „die nachhaltige Entwicklung der deutschen Wirtschaft gesichert“



Martialischer Kaffeebecher inklusive Aufschrift: „Für den Donbass“



In Putins Auftrag versucht die SDA, „interne Spannungen in den Ländern zu eskalieren, die mit den USA verbündet sind“ Fotos: Guillaume Herbaut/Agence Vu/laif

Wie akribisch und intensiv die SDA an der Verbreitung dieser Narrative arbeitet, auch das wird durch die internen Daten klar. Alle denkbaren Onlinekanäle sollen bedient werden: Kommentare, Memes, also Bilder mit ironischer Kritik, Videos, Karikaturen, Social-Media-Inhalte, auch „Fälschungen“ oder Graffiti-Kampagnen.

Für jedes Aufgabengebiet werden genaue Arbeitsberichte verfasst. So werden automatisiert Medienberichte über Russland und die Ukraine gescannt und abgespeichert, auch deutsche und auch welche der taz. Gleiches gilt für Social-Media-Postings, etwa auf X oder Facebook.

Doch es bleibt nicht bei der Beobachtung. Eine Arbeitsgruppe soll täglich auch selbst Onlinememes erstellen, allein für Deutschland und Frankreich lautet die Zielvorgabe 180 Stück im Monat. Eine andere Gruppe soll monatlich 60 Karikaturen erstellen, eine weitere 400 Kommentare zu Artikeln, die Diskussionen „einleiten“ sollen. Dazu kommen offenbar automatisiert erstellte Kommentare – in einem SDA-Papier ist von intentional 120.000 Kommentaren pro Monat die Rede.

Und auch hier findet sich viel Material zu Deutschland. Viele der Bilder richten sich gegen die Grünen oder die Ampelregierung. In einem Cartoon liegt ein Totenkopf vor zwei umkippenden Windrädern, darunter steht „Grüne Zukunft“. In einem weiteren wird eine Ampel vom Blitz getroffen. Klar wird auch, auf wen sich die Hoffnung richtet. In einem Bild zersticht der Pfeil des AfD-Logos einen grünen Luftballon. Auf einem anderen schwenkt ein Arm eine Deutschlandfahne, auf dem Ärmel steht „Sahra“ – offensichtlich eine Anspielung auf Sahra Wagenknecht.

Auf einem weiteren Bild fällt ein Mann mit Ukraineflagge vor einer großen Deutschlandflagge um, auf der steht „Sahra hilf uns!“. Zentral für die SDA sind dabei Personen, die sie in den jeweiligen Ländern als Meinungsführer ausgemacht haben. In internen Datenbanken werden diese gelistet, laut FBI sind es insgesamt 2.800 Menschen aus 81 Ländern. Und darunter finden sich auch etliche Deutsche: Sahra Wagenknecht, AfD-Chefin Alice Weidel, ihr Parteikollege Petr Bystron oder Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer. Aber auch die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot, Aktivistin Alina Lipp, Publizist Jürgen Todenhöfer oder Entertainer Dieter Bohlen. Allesamt Personen, die sich „zugunsten der RF“, also der Russischen Föderation aussprechen, wie es in den internen Dokumenten heißt.

Tatsächlich äußerten sich die Gelisteten ablehnend zu Waffenlieferungen in die Ukraine oder forderten Friedensverhandlungen mit Russland.

Für die SDA machen sie den entscheidenden Unterschied: Weil sie Botschaften „von einem Deutschen zu einem Deutschen“ vermittelten, wie es in einer internen Notiz heißt. Weil sie also eine besondere Glaubwürdigkeit besäßen. Auf der SDA-Liste finden sich aber auch SPD-Chef Lars Klingbeil oder Linken-Chefin Janine Wissler. Personen, welche die SDA als russlandkritisch einordnet. Explizit wird angewiesen, online nach weiteren Informationen zu diesen zu suchen – nach E-Mails oder Social-Media-Accounts. Man müsse hier „diskreditierende Aussagen“ finden und „Angriffsmöglichkeiten“. Ein Sprecher von Sachsens Ministerpräsident Kretschmer erklärte, dieser verurteile „jegliche Art von Desinformationskampagnen aufs Schärfste“.

Den Erfolg ihrer Internetkampagnen analysieren die Mitarbeiter\*innen genau. Die Clips bei TikTok kämen langsam voran, heißt es in einem Sitzungsprotokoll von Ende Juni 2024. Bei Twitter hänge man hinterher, seitdem die Plattform den Algorithmus geändert habe. „Wir pumpen neue Konten“, heißt es in dem Protokoll.

Inwieweit die Bilder und Grafiken aber tatsächlich Wirkung entfalteten, lässt sich schwer nachvollziehen. Vereinzelt finden sie sich in sozialen Medien oder auf anderen Webseiten wieder. Aber der ganz große virale Hit, der möglicherweise sogar Menschen in die Arme der AfD getrieben hat, ergibt sich aus den Dokumenten nicht. Der bayerische Verfassungsschutz aber schätzt in einer aktuellen Analyse, dass zumindest die Doppelgänger-Kampagne rund eine dreiviertel Millionen Deutsche erreichte.

Und die Social Design Agency nimmt auch die Ukraine ins Visier. Die Ziele werden hier ebenfalls klar festgehalten. Es gehe um das Erkennen und Unterdrücken antirussischer Narrative, heißt es in den Dokumenten. Die öffentliche Meinung soll so gedreht werden, dass es für die „weitere zwischenstaatliche Zusammenarbeit zwischen Russland und der Ukraine günstig ist“. Zugleich sollen die ukrainischen Streitkräfte demoralisiert werden. Demnach soll etwa die Frage, nach der Zahl der getöteten Soldaten offensiv gestellt und Zweifel an der Autorität von Präsident Wolodymyr Selenskyj gegenüber der Militärführung gesät werden. Auch Korruptionsvorwürfe gegen Selenskyj versucht die SDA zu befeuern.

Und die SDA belässt es nicht bei Narrativen. Ersonnen werden auch konkrete Aktionen. Man könne ja eine Onlineplattform aufbauen, die Korruption in der Ukraine anprangere, mit „Nummer 1 Selenskyj“, heißt es in den Papieren. Diese Plattform könne man dann später wieder offline neh-

men, damit es so aussehe, als gehe die ukrainische Regierung gegen die Kritiker vor. An anderer Stelle wird der Aufbau der Bewegung „Andere Ukraine“ geplant: Angeführt werden soll diese von Viktor Medwetschuk, einst Anführer einer prorussischen Oppositionspartei in der Ukraine, heute ein Putin-Vertrauter in Russland.

Medwetschuk ist als Betreiber russischer Desinformation bekannt. Er gilt als Finanzier der prorussischen Propagandaplattform „Voice of Europe“. Die EU hat die Plattform mittlerweile sanktioniert. Die SDA will Medwetschuk nach internen

### Nur rechte Parteien seien in Europa die „der Vernunft“, und nur rechte Parteien seien in der Lage, die „Ställe“ der Europäischen Union „zu säubern“

Plänen als „konsequenter Kämpfer für eine friedliche Zukunft der Ukraine“ inszenieren. Ziel sei es, Ukrainer\*innen innerhalb und außerhalb ihres Landes zu finden, die für einen Frieden mit Russland eintreten. Skizziert wird auch hier die Einrichtung von Social-Media-Kanälen und Webseiten.

Dass die Arbeit der SDA dabei eng mit der russischen Regierung verknüpft ist, lässt sich kaum bestreiten. Bei SDA-Chef Gambatjidze sind US-Behörden überzeugt, dass dieser „direkt oder indirekt für die russische Regierung handelt“, hier gebe es „engste Verknüpfungen“. Auf einer internen SDA-Mitarbeiterliste taucht auch Alexey Olegovich Goltjaev auf, ein langjähriger Mitarbeiter im russischen Außenministerium. Oder Sofia Zakharova, Teil der Kommunikationsabteilung des Kremls. Auf mehrmalige Anfragen der taz reagierte weder die Social Design Agency, noch deren Chef Ilja Andrejewitj Gambatjidze.

Die von der SDA gelisteten deutschen Politiker und Prominenten zeigten sich auf taz-Nachfrage überrascht und erklärten alle, sie kannten die Agentur und die Liste nicht. Sahra Wagenknecht sagte der taz, sie habe keinen Einfluss darauf, „wer aus welchen Motiven unsere Positio-

nen unterstützt oder weiterverbreitet“. Publizist Todenhöfer sagte, er habe von der SDA noch nie gehört. „Sie interessiert mich auch nicht wirklich. Meine Beiträge zum Ukrainekonflikt sind Beiträge des gesunden Menschenverstandes und der Ablehnung aller Kriege.“ Linken-Chefin Wissler erklärte sich ihr Auftauchen auf der Liste damit, dass sie „immer unmissverständlich klargemacht hat, dass ich die russische Aggression gegen die Ukraine scharf verurteile“.

Die deutsche Politik hätte erst später erkannt, wie massiv der russische Staat Desinformation hierzulande betreibt. Die Regierung habe die „Tragweite nicht erkannt“, kritisierte zuletzt der Grünen-Politiker Konstantin von Notz in der taz. Auch die Allgemeinheit sei „in der Frage, wie aggressiv Russland vorgeht, immer noch sehr naiv“. Inzwischen aber justiert die Politik nach: Seit dem Angriffskrieg auf die Ukraine tagt im Bundesinnenministerium dazu eine Arbeitsgruppe, die AG Hybrid. Und die Sicherheitsbehörden haben in diesem Bereich ihre Experten aufgestockt.

Dass Russland zuletzt auch die Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen sowie die in Brandenburg zu manipulieren versuchte, dafür haben die Behörden nach taz-Informationen bisher keine konkreten Hinweise. Aber ein „Grundrauschen“ sei permanent da, heißt es. Und die Ergebnisse in Thüringen und Sachsen, dürften Moskau gefallen: Mit der AfD und dem BSW feierten dort genau die Parteien Erfolge, die in der Gunst Russlands stehen.

Die SDA ließ indes nach der Europawahl keinen Zweifel, dass sie ihre Arbeit fortsetzen wird. Auch nach der Wahl sei es so, dass das Europäische Parlament „weder als kriegsgegnerisch noch als prorussisch bezeichnet werden kann“, wird intern eingeräumt. Das Parlament werde vorerst weiter „den Fluss der Hilfe an die Ukraine nicht stoppen“. Und dennoch geben sich die Macher zuversichtlich. Alles in allem stimme die „panische Einschätzung“ des Westens, dass Russland auf die Wahlen Einfluss genommen habe, überein „mit den Aktivitäten, die im Rahmen unseres Projekts gezeigt wurden“.

Neue Themen jedenfalls hatte die Social Design Agency nach den Europawahlen auch direkt gefunden. Man brauche Artikel zu Olympia, heißt es in einer internen Nachricht. Außerdem soll eine Infografik „zu den Sanktionen und deren Schaden für Deutschland“ angefertigt werden. Denn das neue Narrativ für Deutschland steht da schon fest: Der Krieg gegen die Ukraine zerstöre die Wirtschaft Deutschlands. Deutschland müsse aus der EU und Nato austreten, als „Weg zu sich selbst“.

## kontrollwetter

Deutschland hat seine Grenzkontrollen auf die Landgrenze ausgeweitet. Beamte kontrollieren nun auch an den Grenzen zu Frankreich, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und Dänemark. Die zusätzlichen Kontrollen sollen zunächst sechs Monate andauern. Der Pendler- und Reiseverkehr soll möglichst wenig beeinträchtigt werden – die Kontrollen sind stichprobenartig. Am Dienstag regnet es dabei immerhin seltener in den Kofferraum. Das Wetter im Saarland: bewölkt, 20 Grad.



## Neonazis treten auf Frau ein

Ein Angriff an einer Bushaltestelle in Gifhorn sorgt für Entsetzen

Von Gareth Joswig

Es ist eine brutale Szene: Vier junge Männer treten auf eine am Boden liegende Frau ein, treten auch gegen ihren Kopf. Der Angriff spielt sich offenbar beim Aussteigen aus einem Linienbus ab. Die Frau bleibt reglos neben der Bustür liegen, viele Mitfahrer\*innen schreien und schauen geschockt zu, greifen aber – offenbar aus Angst – nicht ein. Im nächsten Moment kommen drei Polizeibeamte angerannt und können mehrere Täter zu Boden bringen und festnehmen. Ein Video des Vorfalls wurde vielfach in den sozialen Medien geteilt und sorgt dort für Empörung und Entsetzen.

Die Gruppe der Neonazis war offenbar Teil eines extrem rechten Gegenprotests beim CSD in Wolfsburg, wie aus Meldungen der Polizei hervorgeht. Anschließend seien die „Teilnehmer“ auf verschiedenen Wegen nach Gifhorn gereist. Im Bus schließlich sei es „zur wechselseitigen verbalen und schließlich körperlichen Auseinandersetzung gekommen“. Die Polizei habe schnell eingreifen können, weil sie mit einem Streifenwagen dem Bus hinterhergefahren sei. Trotz zweier Tritte gegen Kopf und Rumpf sei es zu nur leichten Verletzungen gekommen. Nun laufen die weiteren Ermittlungen.

Die Linke Gifhorn kritisierte in einem Statement unter anderem das Verhalten der Polizei: „Es kann nicht sein, dass die Polizei eine Gruppe Nazis begleitet und es dennoch zu einem schweren gewalttätigen Übergriff kommt“, sagte die Stadträtin Sandra Zecchino. Mehrere der mutmaßlichen Täter stammten aus Gifhorn, heißt es in der Mitteilung.

Protest im September 2023 in Berlin.  
Foto: Stefan Boness

## Bündnis will die Ampel treiben

Mit der Kampagne „Abtreibung legalisieren – jetzt!“ will ein Bündnis in den nächsten zwölf Wochen Druck machen, damit die Regierung den Strafrechtsparagrafen 218 streicht

Aus Berlin  
Marie Sophie Hübner

„Schwangerschaftsabbrüche im Strafrecht zu regeln, führt nur dazu, dass sie unsicher sind“, sagte die Juristin Valentina Chiofal am Montag beim Start der Kampagne „Abtreibungen legalisieren – jetzt!“ in Berlin. Das Bündnis, das die Kampagne entwickelt hat, setzt sich aus feministischen und gesundheitspolitischen Initiativen wie „Doctors for Choice“ und „Women on Web“ zusammen. Sie alle fordern die Streichung des Abtreibungsparagrafen 218.

Im April hatte die Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin einen Bericht vorgelegt, den die Bundesregierung in Auftrag gegeben hatte. „Danach kam vor allem erst mal nichts“, sagte Leonie Weber, Mitorganisatorin der Kampagne. Weber kündigte an, dass in den nächsten Monaten bundesweit verschiedene Aktionen geplant seien, um auf das Problem auf-

merksam zu machen. Zum Abschluss der zwölfwöchigen Kampagne sind Anfang Dezember Demonstrationen in Berlin und Karlsruhe vorgesehen.

Martina Zilezinski arbeitet bei der Schwangerschaftsberatungsstelle Balance. „Wir haben 2023 ungefähr 850 Schwanger-

lassen, bevor eine Abtreibung durchgeführt werden kann.“

Mandy Mangler ist Chefärztin für Gynäkologie und Geburtshilfe. Sie sagte auf der Pressekonferenz, dass „sowohl die Patientinnen als auch die behandelnden Ärzt\*innen Stigmatisierung erfahren“. Sie verstehe, wieso viele Ärzt\*innen keine Schwangerschaftsabbrüche anbieten: „Wer will schon einen Teil seiner Arbeit im Strafrechtsgesetzbuch zwischen Mord und Totschlag finden“, sagte die Ärztin der taz. In der Konsequenz sei es in vielen Regionen schwierig, einen Ort zu finden, an dem Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden. Sie wünsche sich, dass Schwangerschaftsabbrüche nicht als Straftat, sondern als medizinische Leistung angesehen werden. Das Bündnis fordert zudem, dass Abtreibungen künftig von den Krankenkassen bezahlt werden. Bislang werden die Kosten nur dann übernommen, wenn die Frau sozial bedürftig ist.

Jascha Anders hat die Kampagne mitorganisiert. Sie selbst sei vor ein paar Jahren ungewollt schwanger geworden. Sie habe sich entschieden, ihr Kind zu behalten, betont aber: „Das war eine sehr prägende Erfahrung.“ Sie habe sich mit dem Prozess, den Schwangere durchlaufen müssen, wenn sie abtreiben wollen, auseinandergesetzt: „Diesen Weg soll niemand gehen müssen“, sagte Anders der taz.

Grüne und SPD begrüßen die zivilgesellschaftliche Initiative. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen, Maria Klein-Schmeink, sagte, dass laut Umfragen ein Großteil der Menschen in Deutschland für eine Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen sei. Die Frage sei nun, wie man für die Legalisierung im Bundestag Mehrheiten finde. Vergangene Woche hatten die Grünen in einem Fraktionsbeschluss festgehalten, die Empfehlungen der Sachverständigenkommission umsetzen zu wollen. In dem Beschluss heißt es: „Wir wollen das Selbstbestimmungsrecht von Frauen stärken und setzen uns für eine differenzierte Regelung des Schwangerschaftsabbruchs außerhalb des Strafrechtsgesetzbuches ein.“

Die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Leni Breymaier, sagte der taz, SPD und Grüne seien klar, aber „die FDP will beim Thema Schwangerschaftsabbrüche nicht“. Sie blockiert die Legalisierung bislang. Auch die Union sehe keinen Änderungsbedarf, lobe den angeblichen gesellschaftlichen Kompromiss in der Frage bei jeder sich bietenden Gelegenheit und verkenne dabei völlig die unterirdische Versorgungslage der Betroffenen in Deutschland, so Breymaier. „Wir brauchen jetzt eine fraktionsübergreifende Initiative zum Thema. Denn ich kann nicht erkennen, dass durch Zuwarten irgendetwas besser wird“, so Breymaier.



genossenschaft

taz

Katrin Gottschalk, Ulrike Winkelmann & Barbara Junge  
Chefinnenredaktion der taz

## JEDE BRANDMAUER BRAUCHT EIN STARKES FUNDAMENT

Runter von der Bank, rein ins Geschehen!

In der taz Genossenschaft bewegt dein Geld etwas – gegen Rechtsruck und für eine stabile Demokratie. Keine 2,5% Zinsen, dafür 100% Einsatz für unabhängigen Journalismus und eine offene Gesellschaft.

Bereits ab 500 Euro gehört dir so ein Teil der taz und du wirst Miteigentümer\*in.  
Alle Infos auf [taz.de/genossenschaft](https://taz.de/genossenschaft)

## Laut Kommission kein Härtefall

Die Zukunft von Robert A. in Chemnitz ist weiter ungewiss. Am Freitag hat die sächsische Härtefallkommission entschieden, sich nicht gegen seine Abschiebung auszusprechen

Von David Muschenich,  
Leipzig

Die sächsische Härtefallkommission spricht sich nicht dafür aus, dem 31-jährigen Robert A. aus „humanitären oder persönlichen Gründen“ einen Aufenthaltstitel zu erteilen. Das beschloss die Kommission am Freitag in einer nichtöffentlichen Sitzung. A. lebt seit mehr als 30 Jahren in Deutschland, die meiste Zeit in Chemnitz. Bislang hat er eine Duldung, ist also ausreisepflichtig, seine Abschiebung wurde aber ausgesetzt. Über seinen Fall hatte die taz schon in der vergangenen Woche vor der Entscheidung berichtet.

Robert A. und sein Anwalt Ulrich Tronczik zeigten sich auf taz-Anfrage enttäuscht vom Abstimmungsergebnis. Auf Instagram sagte Robert A. am Wochenende, er könne nun jeden Moment festgenommen und nach Serbien abgeschoben werden. Dabei war A. dort noch nie.

Tronczik kommentierte: „Einen Härtefall hätte ich als gegeben gesehen. Es gibt eine Häufung ungünstiger Umstände, die das Leben meines Mandanten betreffen.“ Die Entscheidung der Kommission sei vor Gericht nicht angreifbar, aber alle anderen rechtlichen Schritte wolle er mit Robert A. gehen.

Seit Anfang des Jahres ist Robert A. Mitglied bei den Bündnisgrünen in Chemnitz. Deren Vorsitzende Coretta Storz kennt ihn persönlich und sagt, auch sie verstehe die Entscheidung der Härtefallkommission nicht. „Ich frage mich, wie die Entscheidung der Härtefallkommission, die ja orientiert an Menschlichkeit entscheidet, zustande kommt.“ Storz erzählt, A. habe wiederholt thematisiert, dass ihm in Serbien Diskriminierung drohe. Seine Eltern flohen als Roma 1993 vor dem Jugoslawienkrieg. Bis heute werden Sinti und Roma in Serbien etwa auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt benachteiligt.

Robert A. kam in den Niederlanden zur Welt und dann mit acht Monaten nach Deutschland. Als Kind lebte er in einer Geflüchtetenunterkunft in Aue im Erzgebirge. Später zog er nach Chemnitz, wo er Freundschaften schloss und sich bei Vereinen engagierte. Als im Mai die ersten zwei Stolpersteine für Sinti und Roma in Chemnitz verlegt wurden, war Robert A. Pate.

Doch in den 30 Jahren in Deutschland hatte Robert A. keinen Aufenthaltstitel. Er lebte immer nur geduldet in Sachsen, weil seine Identität für die Behörden ungeklärt war.

Unter anderem, um die Duldung zu verlängern, musste A. alle paar Monate zur Ausländerbehörde. Weil er – trotz vorliegender Jobangebote – keine Arbeitserlaubnis bekam, lebte er von Sozialleistungen. 2019 wurde er wegen Drogenhandels zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Er habe Fehler gemacht, die er bereue, sagte Robert A. der taz dazu. Die Aus-

länderbehörde begründet damit aber ein besonderes Abschiebeinteresse.

Um eine Arbeitserlaubnis zu bekommen, versuchte Robert A. über Jahre, seine Identität zu klären. Nachdem das in diesem Jahr gelungen war, nahm die Polizei ihn bei einem Besuch in der Ausländerbehörde fest. Wenige Tage später fuhr sie ihn zum Flughafen nach Frankfurt am Main. In Chemnitz, der Heimatstadt von Robert A., gab es Protest: Mehr als 200 Menschen demonstrierten gegen seine Abschiebung. Online unterzeichneten Tausende eine Petition.

Dann brach Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) überraschend die Abschiebung ab. Robert A. war bereits am Flughafen, als sein Anwalt ihn anrief und darüber informierte. Schuster hatte erklärt, die Landesdirektion, die zuständige Behörde, solle den Fall prüfen. Bislang sei die Prüfung nicht abgeschlossen, heißt es auf taz-Anfrage von der Behörde.

Interview Gareth Joswig

**taz:** Herr Botsch, mit der AfD hat im September 2024 erstmals seit der NS-Zeit eine extrem rechte Partei eine Landtagswahl gewonnen und sogar die kritische Schwelle zur Sperrminorität überschritten. Wie tief ist diese Zäsur und ist sie gar ein Kippunkt?

**Gideon Botsch:** Ich habe immer gesagt: Richtig beunruhigend ist es ab der Sperrminorität. Solange die AfD in einem Korridor ist, in dem sie aus eigener Kraft keine Verfassungsänderungen verhindern kann, können wir von einer gewissen Isolation ausgehen. Thüringen ist ein gravierender Einschnitt. Auch in Sachsen ist das nur sehr knapp verhindert worden und in Brandenburg ist es ebenfalls eine Gefahr. Die Wähler haben sich von demokratischen Parteien abgewendet, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen – zugunsten von Parteien, die das nicht tun. Und zwar in Thüringen zu 50 Prozent, wenn Sie das BSW dazu nehmen.

**taz:** Noch Anfang 2023 sagten Sie, die Radikalität der AfD Sorge dafür, dass die Partei politisch isoliert bleibe. Nun ist sie ebenso radikal und trotzdem in einigen Gegenden komplett normalisiert – auf kommunaler Ebene hat sie Bürgermeisterwahlen gewonnen und sie stellt auch einen Landrat. Auf Landesebene ist sie spätestens mit Thüringen ebenfalls ein Machtfaktor. Wie konnte das passieren?

**Botsch:** Wir haben drei Ebenen, auf denen wir die Erfolge analysieren müssen. Eine Ebene sind langfristige Elemente der politischen Kultur: die Bildung eines Milieus, auf dem die AfD aufstatten kann, und die Verfestigung von rassistischen Einstellungen. Die zweite Ebene ist die Partei selbst: Wie ist der Akteur aufgestellt, wie politikfähig ist er? Wie viele Mitglieder und Sachverstand hat er? Die AfD ist geschickt darin, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Ansonsten ist sie ganz objektiv betrachtet eine brachial schlechte Partei. In der AfD werden Sie nicht etwas, weil Sie etwas können. Sie werden etwas, wenn Sie den richtigen Ton treffen und eine Stimmungslage ansprechen. Erfolg hat, wer möglichst radikal hetzt. Die dritte Ebene sind die Gelegenheitsstrukturen – besonders hier sind der AfD in den letzten anderthalb Jahren viele Möglichkeiten gebaut worden. Im Moment gelingt es der Partei, ihr Potential voll auszuschöpfen.

**taz:** Die demokratischen Parteien sind recht schnell zur Tagesordnung übergegangen. Ist das eine angemessene Reaktion?

**Botsch:** Die Uneinigkeit im Angesicht einer demokratiefeindlichen Bedrohung einerseits und die immer deutlichere Übernahme von AfD-Positionen andererseits – in der Hoffnung, damit Wähler zurückzugewinnen – hat in den vergangenen anderthalb Jahren diesen Erfolg der AfD erst ermöglicht.

**taz:** Wie könnte man gegensteuern?

**Botsch:** Indem man sich bei bestimmten demokratischen Grundlagen einig ist. Das ist bedauerlicherweise aufgegeben worden, insbesondere durch die Union. Aber leider nicht nur dort, wie Sie an der aktuellen Debatte um die Wiedereinführung von Grenzkontrollen sehen. Die AfD hat immer gesagt: „Die AfD wirkt.“ Über lange Zeit konnten wir sagen: Nein, das tut sie nicht. Aber seit immer mehr demokratische Parteien hoffen, mit Übernahme von AfD-Politik



Karlsdorf in Thüringen. In dem Dörfchen haben über 70 Prozent AfD gewählt  
Foto: Sascha Fromm/imagio

Situation: Wenn ich AfD-Politiker wäre, würde ich mir eine Minderheitenregierung wünschen, an der ich nicht beteiligt bin, und dann könnte man Schlitten fahren mit dieser Regierung. Und ich vermute, so ähnlich wird es kommen. Es wird eine instabile Form einer Regierung mit sich gegenseitig behindernden Kräften geben. Das macht regieren immer schwerer. Im Grunde haben die Wähler der AfD und nun auch des BSW in Thüringen das herbeigeführt, über das sie immer schimpfen: dass dieses Land unregierbar ist. Auch die Ampelkoalition im Bund ist ja eine Folge der erstarkten AfD. Es ist ein Teufelskreis.

**taz:** Im Zusammenhang mit der Landtagswahl wurden immer wieder historische Vergleiche zum NSDAP-Mustergau Thüringen gezogen. Inwiefern halten Sie solche historischen Analogien für angebracht? Kann man daraus lernen oder versperrt es vielmehr die Klarheit auf die aktuelle Situation?

**Botsch:** Wir haben andere Verhältnisse: Geschichte wiederholt sich nicht – auch nicht als Farce. Aber natürlich ist die thüringische AfD sehr dicht am Neonationalsozialismus dran, wenn nicht gar nazifiziert. Höcke und sein Vorfeld kennen die historischen Vorbilder und hoffen, eine ähnliche Situation zu erzeugen. Sie wollen von Thüringen aus ein Sprungbrett für die Machtergreifung im nationalen Rahmen schaffen. Die NS-Nähe der Positionen der Höcke-AfD in Thüringen sollte uns nicht entgehen. Höcke verwendet permanent Zitate aus dem Nationalsozialismus.

**taz:** Wie sieht es in Brandenburg aus?

**Botsch:** Nicht viel anders. Schauen Sie sich mal an, wer so ganz normale Teilnehmer der AfD-„Sommerfeste“ in Brandenburg sind: Gruppen von teils sehr jungen Männern, die im Auftreten wirklich den Neonazismus der 2000er oder der 90er kopieren oder offen NS-Symbole als Tattoos oder T-Shirts tragen. Sie schauen nicht zu als kleine, neugierige Gruppen am Rand, sondern sind Kern der Veranstaltung. Zitationen des NS sind im Erscheinungsbild sehr deutlich. Das ist ein Teil der Klientel. Das ist normal geworden in der AfD.

**taz:** Mit Blick auf die Migrationsdebatte scheint es hierzulande gerade nur in eine Richtung zu gehen. Gibt es aus Ihrer Sicht keine Hinweise darauf, wie sich Mitte-Links weiter normalisieren statt marginalisieren kann?

**Botsch:** Das, was ich für die Flächenländer für die zentrale Aufgabe halte, ist der Gang zurück an die Basis. Das gilt leider nicht erst seit gestern. Mich besorgt schon lange, wie wenig präsent die Parteien etwa in Brandenburg außerhalb von Potsdam sind. Sie orientieren sich an Potsdam, Berlin und Brüssel. Wir müssen jetzt überlegen: Was ist los in Zossen, Lübben und der Uckermark? Das ist kein Generalrezept, um aus der Misere rauszukommen, aber ein Anfang.



Foto: dpa

**Gideon Botsch** 54, forscht an der Uni Potsdam zu Rechtsextremismus. Zuvor arbeitete er unter anderem in der Bildungsstätte Haus der WannseeKonferenz.

# „Nirgendwo eine Entzauberung“

Der Politologe Gideon Botsch spricht im Interview über den tiefen Einschnitt, den der Erfolg der AfD bei den Landtagswahlen bedeutet – und über die nötigen Lehren

die AfD kleinhalten zu können, muss man ihr da leider recht geben.

**taz:** Hinzu kommt eine medial negativ geframte Debatte um Flucht und Asyl, die vielfach von Fakten entkoppelt ist. Welche Rolle spielen hier Medien?

**Botsch:** Die Union entschied sich im Frühjahr 2023 dazu, der AfD mit einem scharf rechtspopulistischen Kurs zu begegnen. Die CDU hat mit den Grünen einen potentiell künftigen demokratischen Koalitionspartner zum Hauptgegner erklärt und versucht seitdem, diesen in der politischen Landschaft möglichst weit einzudämmen, wenn nicht zu beseitigen. Aber auch die aktuelle mediale De-

kehr von landesweit vertretenen Parteien zugunsten von lokal verorteten Initiativen, Wählerlisten und Bürgerbündnissen. Das ist durchaus ambivalent: Da gibt es alle möglichen regressiven und autoritären Potentiale, aber es werden auch viele Menschen aktiv, die sich in erster Linie etwas für ihren Ort versprechen. Ihre Agenda setzt an Problemen an, aber sie wissen: Wenn man in der Kommune etwas erreichen will, sind die politischen Parteien nicht mehr Bündnispartner, sondern ein Hindernisgrund, weil die Leute diese nicht wählen. Diese Menschen wollen politisch etwas leisten, aber ausdrücklich nicht in der AfD. Darin sehe ich auch ein demokratisierendes Potential.

zu schaffen, die Macht zu übernehmen.

**taz:** Höcke nennt die errungene Sperrminorität eine „Gestaltungsminderheit“.

**Botsch:** Gestaltung wird hier negativ ausformuliert. Die AfD gibt überhaupt keine Hinweise darauf, was sie tun will – außer millionenfach abschieben. Es gibt keinen Hinweis, wie sie dieses Land verantwortlich führen und gestalten will – übrigens vom BSW auch nicht. Wer sich davon eine bessere Politik erwartet, sollte wissen, dass das ein ungedeckter Scheck ist. Die AfD hat sich nicht darauf vorbereitet, die Macht zu übernehmen oder ein Ministerium zu leiten. Sie hat weder Schattenkabinett noch Expertise. Die AfD

fordert. Dann solle doch lieber die AfD mit dem BSW zusammen regieren und sehen, wie sie und Thüringen damit zurecht kommen. Wie sehen Sie das?

**Botsch:** Mit Blick auf das BSW kann ich das gut verstehen. Polen will eben nicht die Grundlagen unserer Politik in Frage stellen. Die Union wäre gut beraten, die Partei von Ordnung, Ruhe, Stabilität, Bündnistreue und der festen Einbindung in die transatlantische Wertegemeinschaft zu sein, statt Stimmungslagen und Populisten hinterherzulaufen. Sonst könnte der CDU das drohen, was anderen westeuropäischen Mitte-rechts-Parteien passiert ist: dass sie tatsächlich bedeutungslos wird oder ganz verschwindet.

**taz:** Dann lieber riskieren, dass AfD und BSW zusammen regieren? Das wäre doch das Gegenteil von staatspolitischer Verantwortung!

**Botsch:** Wer soll denn im BSW regieren? Selbst wenn sich das BSW an einer Regierung beteiligt: Meinen Sie wirklich, dass da regiert wird? Gibt es da irgendein Zentrum der Willensbildung? Irgendeine Vermittlung in die Gesellschaft hinein, außer, dass man einen handverlesenen Kreis von Kumpels von Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht zusammengetrommelt hat?

**taz:** BSW-Spitzenkandidatin Katja Wolf gilt in Thüringen als pragmatisch-verantwortungsvoll und war in Eisenach immerhin Oberbürgermeisterin. Und ist es nicht wohlfeil mit Blick auf Betroffene in Thüringen, einen AfD-Ministerpräsidenten zu riskieren?

**Botsch:** Es bleibt ein tiefes Dilemma. Thüringen wird gerade unregierbar gemacht. Das allein ist das Interesse der AfD. Aber bei der Rede von einem mitregierenden BSW gucke ich als Politikwissenschaftler etwas irritiert. Wagenknecht hat keinen Geheimplan dafür. Sie hat eine Reihe von wirksamen Talkshowphrasen, aber keinen substantiellen Kern, wie man über das Bedienen von Stimmungen und kulturellen Verwerfungen hinaus dieses Land gestalten will. Weder das Bundesland noch die europäische Politik.

**taz:** Aber ist nicht alles besser als noch mehr Spielraum für die AfD?

**Botsch:** Die AfD ist ohnehin im Moment der Profiteur. Die Partei sitzt vor einer perfekten

„Die AfD ist geschickt darin, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Ansonsten ist sie eine brachial schlechte Partei“

Gideon Botsch, Politikwissenschaftler

batte trägt dazu bei – und die Art, wie über bestimmte Problemlagen und politisch-gesellschaftliche Handlungsfelder in der Migrationspolitik berichtet wird. Es ist geradezu absurd, was hier gerade passiert.

**taz:** Welche Fehler wurden langfristig gemacht?

**Botsch:** Mich besorgt seit langer Zeit der De-Facto-Rückzug der demokratischen Parteien aus der Fläche, die dort im Unterschied zur AfD nicht präsent sind – übrigens nicht nur in Ostdeutschland. Wir sehen im Grunde die Entfremdung eines Teils der Gesellschaft von der demokratisch-politischen Kultur der Bundesrepublik. Das schreitet seit bestimmt 20 Jahren voran. Natürlich gibt es Versuche, dem entgegenzusteuern, die ich nicht kleinreden will. Trotzdem ist diese Entfremdung feststellbar und sie drückt sich keineswegs nur in den Wahlergebnissen der AfD aus, sondern auch etwa in den Projektionen vieler Wähler\*innen auf die Phantompartei BSW und Sahra Wagenknecht, die als Politikerin nun wirklich nicht für politische Leistungen berühmt ist.

**taz:** Wie ließe sich die Präsenz in der Fläche denn erhöhen?

**Botsch:** Was ich mit großer Neugier beobachte, ist eine Ab-

keit keine Gestaltungs-, sondern eine Blockademacht. Was sich die Wähler davon erhofft haben, ist für mich ein großes Rätsel.

**taz:** Zuletzt wurden dennoch wieder Stimmen laut, die sagen: Lasst die AfD regieren, die werden sich dann schon durch ihre Inkompetenz entzaubern. Wie sehen Sie das?

**Botsch:** Die Empirie ist hier sehr deutlich: Die These von der Entzauberung ist nirgendwo eingetreten. In Großbritannien gab es keinen urwüchsigen Sieg über die Tories, der aus Entzauberung resultierte. Trotz ihrer klugen Strategie hat Labour vor allem deswegen gewonnen, weil die Tories nach Rechtsaußen verloren haben. Rechtspopulistische Akteure an der Macht versuchen, sich eine dauernde Mehrheit zu sichern – auch durch Manipulationen. Das britische Beispiel, aber auch Trump und Bolsonaro, sind nur bedingt mit den Verhältnissen in Kontinentaleuropa vergleichbar. Ich halte die These von der Entzauberung für sehr gefährlich.

**taz:** Der ehemalige CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz forderte zuletzt, dass die Union keinesfalls ihre transatlantischen Grundsätze über Bord werfen sollte, wie es Wagenknecht als Preis für eine Zusammenarbeit in Thüringen



**taz**  **shop**

**Feste Handcreme.** Wurde speziell für den Klettersport entwickelt, darf aber selbstverständlich auch für wund getippte Finger benutzt werden. Das im Bienenwachs enthaltene Propolis wirkt antibakteriell. Inhalt: 30 g.

**Handcreme in der Dose. € 13,90**

**Handcreme ohne Dose. € 10,20**

**10 % Rabatt für taz-Unterstützer:innen\***

\*Ausgenommen sind Druckerzeugnisse, Wein, Gutscheine und einige Soli-Artikel sowie bereits reduzierte Waren.  
taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | Telefon (030) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de | taz.de/shop

## Bahnbranche will Schienenmaut dämpfen

Hohe Trassenpreise gefährden die Verkehrswende. Ein Verband schlägt deshalb ein neues Preissystem vor

Aus Berlin **Nanja Boenisch**

Der Branchenverband der Verkehrsunternehmen (VDV) fordert eine Reform der Schienenmaut – um so Eisenbahnunternehmen vor extremen Preissteigerungen zu bewahren. Schon Anfang des Jahres stieg die Gebühr für die Nutzung des Schienennetzes deutlich an, weitere massive Erhöhungen stehen im Raum. VDV-Vizepräsident Joachim Berends sprach von einem „Teufelskreis aus ständig und überproportional steigenden Trassenpreisen“, der einige Bahnunternehmen in die Insolvenz zu treiben drohe.

Betreiber der Züge, die auf dem deutschen Schienennetz fahren, müssen die Trassenpreise – eben eine Art Schienenmaut – an den Betreiber der Infrastruktur zahlen. Die meisten Kilometer Schieneninfrastruktur betreibt die DB Infrago. Die Infrastrukturtochter der Deutschen Bahn kündigte vor Kurzem an, dass die Trassenpreise schon Mitte Dezember dieses Jahres um durchschnittlich 6 Prozent steigen könnten, ein Jahr später droht eine Steigerung von rund 19 Prozent im Durchschnitt.

Der Grund für die deutlichen Erhöhungen ist der Finanzierungsmechanismus, den die Bundesregierung für die DB ausgetüftelt hat: Anstatt der Bahn nur auf direktem Wege über den Bundeshaushalt für das Jahr 2025 Gelder zuzusprechen, hat die Ampelkoalition beschlossen, auch das Eigenkapital des Staatskonzerns

### „Die Not ist groß“

Joachim Berends, VDV-Vizepräsident

zu erhöhen – an der Schuldenbremse vorbei. So sollen insgesamt 10,4 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Für die Eigenkapitalerhöhung muss die DB jedoch Zinsen an den Bund zahlen. Die Zinsen muss wiederum die Infrago aufgrund einer gesetzlichen Regelung erwirtschaften, und ebendieses Geld soll durch höhere Trassenpreise zusammenkommen.

Um den Teufelskreis zu durchbrechen, schlug der VDV am Montag zwei neue Modelle für das Trassenpreissystem vor. Das erste Modell trägt den Namen „Nachjustierung“: Damit soll etwa eine Grenze für Steigerungen der Schienenmaut festgelegt werden. Laut Vizepräsident Berends ist das Modell kurzfristig umsetzbar, hat deshalb allerdings auch Nebenwirkungen: Bundesländer könnten sich unter Umständen trotzdem nur noch ein kleineres Nahverkehrsangebot leisten, müssten also Busse und Bahnen abbestellen. Oder die Verkehrsbetriebe müssten die Ticketpreise erhöhen, beispielsweise im Fernverkehr der DB oder beim 49-Euro-Ticket – ein weiterer Nachteil für Kund:innen.

Das zweite Modell, „Neukonzeption“, ist umfassender. Kernpunkt dieses Vorschlags ist, dass die Schienenmaut nur noch auf Grundlage der Kosten berechnet wird, die tatsächlich für eine Zugfahrt anfallen. In anderen europäischen Staaten ist das schon der Fall. Allein in Deutschland kann die DB Infrago auch sonstige Kosten, die sie für den Betrieb der Infrastruktur tragen muss, über die Trassenpreise reinholen.

Der VDV will seine Modelle jetzt an das Bundesverkehrsministerium herantragen und innerhalb der nächsten sechs Monate ausloten, wie sie sich rechtlich umsetzen ließen. „Die Not ist groß“, machte Berends deutlich. „Stark steigende Trassenpreise führen zur Verlagerung von Verkehren von der Schiene auf die Straße.“ Güterbahnen könnten zum Beispiel kaum mehr mit Lkws mithalten. Dabei will die Bundesregierung für eine klimafreundliche Verkehrswende eigentlich Transporte von der Straße auf die Schiene holen.

Um den steigenden Trassenpreisen kurzfristig etwas entgegenzusetzen, hat der Bund im Haushalt für das Jahr 2025 die Trassenpreisförderung auf 275 Millionen Euro erhöht. Dieses Geld bekommen die Bahnunternehmen, um die hohen Entgelte stemmen zu können. Doch selbst das reiche nicht aus, um höhere Ticketpreise oder kleinere Angebote zu verhindern, wie Verbände erst vergangene Woche warnten. Das Bündnis, zu dem unter anderem Greenpeace und die Eisenbahngewerkschaft EVG gehören, forderte für 2025 deshalb weitere 100 Millionen Euro Trassenpreisförderung für den Gütertransport und 300 Millionen Euro für den Personenverkehr.

## Zahl des Tages

# 89 Cent

Der **Zuckerpreis** ging in den vergangenen Jahren steil in die Höhe. Nun können sich Verbraucher darauf freuen, dass Zucker wieder deutlich günstiger wird. Bei Aldi Nord, Aldi Süd, Edeka und Netto kostet die 1-Kilo-Packung der Eigenmarke statt 1,49 Euro nur noch 89 Cent, wie die Unternehmen mitteilten. Auch andere große Supermarktketten und Discounter senken die Preise. Bei Kaufland und Lidl kostet die Packung Zucker seit dieser Woche 99 Cent. Rewe, Penny und Norma reduzieren auf demselben Niveau. Als Grund dafür gaben die Händler sinkende Rohstoffpreise an. Die Preise für andere Produkte wie Puder- und Gelierzucker sollen demnach ebenso fallen. Ob das gut für die Gesundheit ist?

## Tanker wird abgeschleppt

Im Roten Meer läuft eine weitere Rettungsaktion für das brennende Ölschiff „Sounion“, dessen Ladung auszulaufen droht. Bisher ist die Operation erfolgreich

Von **Julia Neumann**, Athen

Im Roten Meer ist eine neue Rettungsaktion für den brennenden Öltanker „Sounion“ gestartet. Das unter griechischer Flagge fahrende Schiff hat rund 150.000 Tonnen Rohöl geladen und brennt seit fast einem Monat. Das Öl droht auszulaufen und eine Umweltkatastrophe zu verursachen. Eine Rettungsaktion war zuvor an unsicheren Bedingungen gescheitert. Seit Samstag läuft ein neuer Versuch. Hauptziel der Rettungsaktion ist es, den Tanker an einen sicheren Ort zu schleppen und die Brände auf dem Deck zu löschen.

Ein Rettungsteam sei an Bord des Tankers gegangen, um Abschleppseile anzubringen, sagte eine Quelle des griechischen Verteidigungsministeriums der

Nachrichtenagentur AFP. Nun habe ein Bergungsschiff den brennenden Tanker im Schlepptau. Die griechische „Aigaion Pelagos“ ziehe die „Sounion“ mit langsamer Geschwindigkeit an einen sicheren Ankerplatz im nördlichen Roten Meer. Die Temperatur auf dem Deck soll rund 400 Grad Celsius betragen. Trotzdem sei es dem Bergungsteam gelungen, den Tanker an der „Aigaion Pelagos“ festzumachen, berichtet die griechische Nachrichtenagentur APE-MPA. Demnach waren „drei Fregatten, Hubschrauber und eine bewaffnete Spezialeinheit“ an der Aktion beteiligt.

Im nächsten Schritt sollen die Brände mit Schaum und Wasser gelöscht und die Löcher abgedichtet werden, die durch Sprengstoff entstanden sind. Dann muss das Öl sicher auf

ein anderes Schiff umgelagert werden.

Die EU-Marinemission „Operation Aspides“ veröffentlichte Bilder, die zeigen, wie ihre Militärschiffe die Abschleppschiffe eskortieren, um sie vor möglichen Angriffen zu schützen. Die EU-Mission ist zum Schutz von Handelsschiffen im Roten Meer stationiert und hatte die Crew der „Sounion“ im August in Sicherheit gebracht.

Die jemenitischen Huthi-Milizen hatten das Schiff am 21. August mit Drohnen und Raketen angegriffen, als es vom Irak aus auf dem Weg nach Athen war. Die Huthis sind eine vom Iran unterstützte schiitische Miliz. Mit ihren Aktionen wollen sie die Hamas in Gaza unterstützen und Druck auf Israel ausüben, einem Abkommen um einen Waffenstillstand zuzustimmen.



Palmöl, Restholz, Erdöl? Unklar, was aus der Zapfsäule wirklich rauskommt  
Foto: imago

## Verkehr schädlicher als gedacht

Das Umweltbundesamt erkennt Betrug an und Mineralölkonzernen Zertifikate für die Minderung von Treibhausgasen ab

Von **Heike Holdinghausen**

Das Umweltbundesamt (UBA) prüft, ob Mineralölkonzernen falsche Zertifikate für angeblich klimafreundlicheren Sprit entzogen werden können. Betroffene Konzerne wie Shell oder OMV müssten dann neue Zertifikate nachliefern. Neue Zertifikate werden nicht mehr ausgestellt. Die Zertifikate hatten Firmen für Projekte erhalten, die die Erdölförderung nachhaltiger machen sollten, sogenannte UER-Projekte. UER steht für Upstream-Emission-Reduction und kann etwa bedeuten, bei der Erdölförderung anfallendes Methan aufzufangen und weiter zu verwerten, oder bei der Förderung Windenergie einzusetzen.

Für jedes dieser Projekte erhielten die Konzerne Zertifikate über die erreichte Treibhausgas-minderung. Neben Investitionen in E-Mobilität oder Nachhaltige Kraftstoffe aus pflanzlichen Reststoffen waren die UER eine Methode für die Mineralöl-

konzerne, ihr klimaschädliches Geschäft nachhaltiger zu machen. Doch offenbar klappt das nicht. Von 75 weltweit genehmigten UER-Projekten sind nach ZDF-Recherchen und Branchen-Hinweisen vor allem die 66 in China befindlichen ins Visier geraten. 45 von ihnen „stehen unter einem sehr starken Betrugsverdacht“, sagte UBA-Präsident Dirk Messner am Montag. 32 von ihnen will das UBA rückabwickeln, „damit sichern wir rund 4 Millionen Tonnen unberechtigte UER-Zertifikate“, so Messner. Bei 13 Projekten, die schon abgeschlossen sind, sei das schwieriger. Hier werde die Staatsanwaltschaft ermitteln.

Das UBA unternehme hier endlich richtige Schritte, sagt Sandra Rostek, die das Hauptstadtbüro Bioenergie leitet, „doch es löst das Problem nicht“. Wenn nicht einmal die Compliance-Abteilungen von Weltkonzernen den Betrug entdeckt hätten, „funktioniert ja wohl das ganze System nicht“, sagt Rostek. Man müsse es umdrehen: Nicht

mehr der Staat müsse nachweisen, dass ein Zertifikat falsch, sondern der Anbieter müsse vor der Erteilung beweisen, dass es korrekt sei. Dies gelte vor allem, weil auch ein zweiter Bereich betroffen sei, der für Nachhaltigkeit im Verkehr sorgen soll: Nachhaltige Biokraftstoffe aus Stroh, Holz oder anderen Reststoffen.

### Das UBA löst das Problem nicht

Sandra Rostek, Leiterin Hauptstadtbüro Bioenergie

Anders als Diesel beispielsweise aus Raps, tierischen Fetten oder Frittierfett dürfen die Mineralölkonzerne diese nachhaltigen Biokraftstoffe ihrem Benzin und Diesel unbegrenzt beimischen. Dies habe zu einem Sog geführt und setze auch hier Anreize zum Betrug. Der Ver-

dracht: Große Mengen an äußerst klimaschädlichem Palmöl werden in Deutschland als nachhaltiger Biokraftstoff verkauft. Der österreichische Ölkonzern OMV, der im Zertifikate-Skandal auftaucht, weist das von sich: „Alle Lieferanten sind nach einem anerkannten freiwilligen Zertifizierungsschema der EU zertifiziert, beziehungsweise unterliegen der Aufsicht der deutschen Zollbehörden“, schreibt das Unternehmen. OMV schließt vertraglich mit den Lieferanten einzelne Herkunftsländer von Biotreibstoffen aus. Eingehende Nachhaltigkeitsnachweise würden beim Eingang kontrolliert und gegebenenfalls beim Lieferanten reklamiert. „Die Untersuchungen der deutschen Behörden zeigen, dass die bestehende Nachhaltigkeitszertifizierung für fortschrittliche Biokraftstoffe nicht ausreicht“, sagt Elmar Baumann vom Verband der deutschen Biokraftstoffindustrie. Die Forderung auch hier: Die Behörden bräuchten mehr Kapazitäten und mehr Rechte. „Zusammen mit den anderen Verbänden der Biokraftstoffwirtschaft fordern wir, dass Produzenten fortschrittlicher Biokraftstoffe eine behördliche Zulassung für den deutschen Markt beantragen müssen“, sagt Baumann, „sie müssen nachweisen welche Rohstoffe sie einsetzen und über welche Produktionskapazitäten sie verfügen“. Außerdem müsse die zuständige Behörde, die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung das Recht haben, Betriebe unangekündigt zu kontrollieren. Die Bioenergie-Lobbyistin Rostek fürchtet, dass der Zertifikate-Skandal der Mineralölbranche nur die Spitze des Eisbergs zeigt. „Wir befürchten ähnliche Probleme bei Zertifikaten für grünen Stahl oder Wasserstoff“, so Rostek. „Wir werden nicht umhinkommen, auch künftig Waren und Energie im Ausland einzukaufen“, sagt UBA-Präsident Messner, darum seien effektive Zertifizierungssysteme nötig. Das sei lösbar, etwa indem die Zertifizierer selbst besser kontrolliert und internationale Vorortvisiten durchgeführt würden.

Um eine Einordnung des Skandals gebeten, winken Experten etwa von Umweltforschungsinstituten übrigens ab. Dass der Kraftstoffmarkt für Verbrennungsmotoren nicht klimafreundlich machbar sei und auch Biokraftstoffe dazu nicht beitragen könnten, sei seit langem klar. Damit befasse man sich im Detail nicht mehr.

Von Björn Hartmann

Europa verfolgt ehrgeizige Klimaziele. Die Regeln dazu verteuern das wirtschaftliche Handeln. Jetzt hat die Bundesbank erstmals genau untersucht, ob der Kern der EU-Strategie, der Emissionshandel, die Industrie aus Deutschland vertreibt. Die Experten fanden keinen Hinweis darauf. Die Unternehmen müssen andere Gründe dafür haben, Fabriken ins außereuropäische Ausland verlagern zu wollen. Eher investieren die Firmen, um weniger CO<sub>2</sub> auszustößen.

Die EU soll 2050 klimaneutral sein. Wer in der Staatengemeinschaft etwas produziert und dabei CO<sub>2</sub> in die Luft bläst, muss ein Zertifikat besitzen, das ihm das erlaubt. Die Menge der Zertifikate ist durch die EU begrenzt und sinkt jedes Jahr. Die Papiere werden im Wesentlichen per Auktion vergeben und dann etwa an der Börse in Amsterdam oder der EEX in Leipzig gehandelt. Zertifikate kosteten zuletzt um die 70 Euro. Etwas zu produzieren ist deshalb in der EU im Prinzip teurer als außerhalb, wo es vielfach keinen solchen Emissionshandel gibt.

Das System existiert seit 2005, mehrfach wurde es verschärft. Dem Handel unterliegen derzeit rund 9.000 Unternehmen in Europa, darunter Chemie- und Stahlkonzerne, Raffinerien, Zementwerke. Sie stehen für etwa 40 Prozent aller Treibhausgasemissionen. Auch der innereuropäische Luftverkehr und die Schifffahrt sind dabei. Verkehr und Wohnen soll ebenfalls eingebunden werden.

Die Bundesbank-Experten schauten sich jetzt an, wie viel deutsche Konzerne aus dem verarbeitenden Gewerbe zwischen 2005 und 2022 außerhalb der EU in Produktion investierten. Die Zahlen stammen von der Bundesbank. Die Autoren der Studie verknüpften sie mit Daten zum CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Konzerne weltweit. Sie stammt vom Institutional Shareholder Service (ISS), einem Beratungsunternehmen, das mehrheitlich der Deutschen Börse gehört. Herausgerechnet wurden Effekte, die alle Unternehmen betreffen, etwa die Corona-Pandemie.

Das Ergebnis: Es gibt keine Hinweise darauf, dass der Emissionshandel deutsche Unternehmen maßgeblich dazu bringt, außerhalb der EU zu produzieren und Fabriken in Deutschland zu schließen. Das gilt der Studie zufolge gleicher-



Ziehen Fabriken wie dieses Stahlwerk in Duisburg aus Europa ab? Foto: Federico Gambarini/dpa

## Wandel durch Handel

Der EU-Emissionshandel allein treibe keine deutsche Firma ins Ausland, so die Bundesbank. Er führe aber zu mehr Klimaschutz

maßen für Unternehmen, die überdurchschnittlich viel CO<sub>2</sub> ausstoßen, wie für Firmen, die eher wenig erzeugen. Wenn eine Firma abwanderte, muss es demnach andere Gründe geben haben.

Die Experten stellten eher fest, dass die Unternehmen in grüne Technologie investierten und ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß senkten. Offenbar rechnete sich das mehr, als teure Zertifikate zu kaufen oder gar die Produktion zu verlegen. Demnach wird

Sollten die CO<sub>2</sub>-Zertifikate teuer bleiben, könnte das Bild anders aussehen

nicht nur in Deutschland, sondern in allen europäischen Ländern mehr Geld in grüne Technologien gesteckt als außerhalb der EU. Ein Beweis, dass der Emissionshandel wirkt.

Die Studie endet allerdings 2022. Da hatte die letzte Reform des Emissionshandels gerade erst gegriffen, die Preise für Zertifikate waren von um die 25 Euro auf etwa 80 Euro gestiegen. In der Spitze waren es sogar mehr als 100 Euro. Möglicherweise spielt der Handel

deshalb jetzt doch eine Rolle, wenn es um Standortverlagerung aus Deutschland geht. Darüber entscheidet kein Unternehmen kurzfristig, zu hoch sind die Ausgaben und die Folgekosten. Sollten die Zertifikatspreise dauerhaft hoch bleiben, rechnen die Autoren der Bundesbank-Studie damit, dass es für große Konzerne doch interessant sein kann, Fertigung, die besonders viel CO<sub>2</sub> ausstößt, aus Europa abzugeben.

Ein Problem sind auch Produkte wie Stahl, die in Ländern ohne Emissionshandel hergestellt und dann eingeführt werden. Er ist möglicherweise billiger als vergleichbarer Stahl aus Europa. Deshalb greift bald eine Art Importsteuer, die den außereuropäischen Stahl aus Ländern ohne Klimaprogramm verteuert und so den CO<sub>2</sub>-Ausstoß dort einpreisen soll. Die Regel gilt auch für andere Produkte. Allerdings bekommen europäische Firmen beim Export keinen Klimabonus, der ihre Produkte außerhalb der EU verbilligen könnte.

Die Autoren der Bundesbank-Studie jedenfalls mahnen an, die Klimapolitik international zu koordinieren. In der aktuellen geopolitischen Lage mit den großen Blöcken Russland, China und USA/Europa, die alle ihre eigene Strategie fahren und

zum Teil wenig auf die Umwelt schauen, dürfte das schwierig sein. Zudem haben nur wenige Länder einen Emissionshandel. Europa ist hier führend, ein Vorbild. Der Handel gilt in den 27 Staaten der EU sowie Island, Liechtenstein und Norwegen. Die Schweiz hat ein eigenes System, ist aber angebunden.

Die Autoren empfehlen deutschen und EU-Politikern, Innovationen in grüne Technologien zu erleichtern und „internationalen wie nationalen Investoren auf diese Weise Investitionsanreize zu bieten“. So könnten teure Subventionen vermieden und stattdessen privates Kapital mobilisiert werden. Wichtig dabei: ein klarer Rahmen und Planungssicherheit, damit die Unternehmen kalkulieren können, ob, wie und wo es sich lohnt zu investieren.

Warum Unternehmen dennoch überlegen könnten, Fabriken aus Deutschland zu verlagern? Unternehmer nennen immer wieder Berichtspflichten, Bürokratie, hohe Energiekosten, Fachkräftemangel, und dass es sehr lange dauert, bis Behörden etwas genehmigen. Vielleicht geht es auch nur darum zu drohen, um Zugeständnisse der Politik zu erhalten. Was genau es ist oder gar eine Kombination aus allem, harrt noch wissenschaftlicher Untersuchung.

## Umweltschützer in Honduras ermordet

Juan López war international bekannt für sein Engagement gegen große Bergbauprojekte

In Honduras ist der bekannte Umweltschützer Juan López erschossen worden. Dies teilte die Polizei des mittelamerikanischen Landes am Sonntag (Ortszeit) auf der Internetplattform X mit. Die honduranische Präsidentin Xiomara Castro verurteilte den „abscheulichen“ Mord und versprach Aufklärung. Berichten zufolge töteten unbekannte Bewaffnete den 46-jährigen López, als er eine katholische Kirche in der Gemeinde Tocoa im Departement Colón verließ, wo er als Katechet wirkte. Der Umweltschützer, der sich insbesondere gegen Bergbauprojekte engagiert hat, hatte bereits mehrfach Morddrohungen erhalten. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission verlangte deshalb im Oktober 2023 Schutzmaßnahmen vom honduranischen Staat.

Juan López und Umweltschutzorganisationen in Honduras kämpften in der Region Colón gegen mehrere Großprojekte, darunter einen Eisenerzabbau mitten in einem Nationalpark. Der Tagebau der Firma Los Pinares bedroht seit über einem Jahrzehnt das Einzugsgebiet der Flüsse Guapinol und San Pedro. Beim Netzwerk Kirchen und Bergbau hieß es, López sei verfolgt, kriminalisiert und ermordet worden, „weil er weiterhin das tat, woran er glaubte“.

Bergbau bringt oft ökologische und soziale Probleme mit sich: Die Bagger fräsen sich durch Lebensräume von Menschen, Tieren und Pflanzen, teils kommt es zu gesundheitsschädigender Wasser- und Bodenverschmutzung. Zwar schafft die Branche Arbeitsplätze, regelmäßig werden aber auch ein verstärkter Alkohol- und Drogenkonsum, sexualisierte Gewalt sowie Schulabbrüche beobachtet.

Weltweit sind im vergangenen Jahr nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Global Witness mindestens 196 Umweltschützer\*innen getötet worden – 85 Prozent davon in Lateinamerika. Das gefährlichste Land für Naturschützer\*innen war Kolumbien (79 Fälle), gefolgt von Brasilien (25) sowie Mexiko (18) und Honduras (18), wie die Gruppe vergangene Woche mitteilte. „Während sich die Klimakrise beschleunigt, werden diejenigen, die ihre Stimme erheben, um unseren Planeten mutig zu verteidigen, mit Gewalt, Einschüchterung und Mord konfrontiert“, sagt die Autorin des Berichts, Laura Furones.

Zwar ist es nach Angaben von Global Witness schwierig, einen direkten Zusammenhang zwischen dem Mord an Aktivist\*innen und bestimmten wirtschaftlichen Interessen zu beweisen. Allerdings haben sich die meisten getöteten Umweltschützer\*innen gegen Bergbau-Vorhaben eingesetzt, gefolgt von Fischerei, Forst- und Landwirtschaft, Straßenbau und Wasserkraftwerken. (afp, dpa, scz)

## Ohne Dampf auf den Brocken

Wegen der Waldbrandgefahr sollen die Harzer Schmalspurbahnen statt mit Kohle künftig mit Diesel laufen

von Reimar Paul

Die Fahrt auf den Brocken mit der von einer Dampflokomotive gezogenen Schmalspurbahn ist eine der großen Touristenattraktionen im Harz. Doch die Besucher:innen werden künftig häufiger auf dieses Vergnügen verzichten müssen. Denn nach dem jüngsten Großbrand am Brocken will der Betreiber die Vorsichtsmaßnahmen auf der Strecke bei Trockenheit verschärfen.

Aufsichtsrat und Gesellschafter der Harzer Schmalspurbahnen GmbH (HSB) haben nach Angaben von Aufsichtsratschef Thomas Balcerowski beschlossen, „vorläufig ab der zweithöchsten Waldbrandwarnstufe 4 den Dampflokbetrieb auf der Brockenbahn auf Dieselbetrieb umzustellen“. Bislang galt diese Regelung erst ab Stufe 5,

Bei hoher und sehr hoher Gefahr – also den Waldbrandgefahrenstufen 4 und 5 – gelangen Passagiere ab sofort also nur noch mit Diesellokzügen der HSB auf den höchsten Berg Norddeutschlands.

„Diese zusätzliche Vorsichtsmaßnahme dient dem Brandschutz“, sagt Balcerowski, der auch Landrat des Kreises Harz ist. Die nun anlaufende Umstellung zielt darauf ab, die Harzer Schmalspurbahnen dauerhaft aus dem Verdacht des Brandverursachers im Nationalpark Harz zu entlassen. In den vergangenen Jahren standen die Dampfloks in der Kritik, weil immer wieder Waldbrände entlang der Bahnschienen ausbrachen. Allerdings wurde die Bahn bislang nie als Auslöser der Feuer ermittelt.

Mittelfristig sollen die Dampfloks gar nicht mehr über

das insgesamt rund 140 Kilometer lange HSB-Streckennetz rollen. „Wir müssen vor dem Hintergrund des Klimawandels mit seinen immer heißeren und trockeneren Sommern und der damit verbundenen wachsenden Brandgefahr endlich mit der Dekarbonisierung der historischen Dampfloks im Harz beginnen“, unterstreicht Balcerowski. „Wir stehen an der Schwelle zu einem neuen Zeitalter: Weg von der Kohle hin zu alternativen Antriebsarten der Dampfloks ist das Zeichen der Zeit.“

Die Harzer Schmalspurbahnen GmbH wurde 1991 von den Landkreisen Harz (Sachsen-Anhalt) und Nordhausen (Thüringen), sechs an der Strecke liegenden Kommunen sowie der Kurbetriebsgesellschaft Braunschweig (Niedersachsen) gegründet. 1993 übernahm die HSB von der Deutschen Reichsbahn An-

lagen, Fahrzeuge und Personal. Sitz der Gesellschaft ist Wernigerode, wo sich auch die Werkstätten befinden. Es gibt insgesamt 44 Bahnhöfe und Haltepunkte, drei Bahnhöfe (Nordhausen Nord, Quedlinburg und Wernigerode) haben einen Anschluss an das Netz der Deutschen Bahn.

Die HSB-Züge verkehren täglich nach Fahrplan. Bislang kamen dabei zehn Dampflokomotiven, sieben Diesel- und drei Straßenbahnantriebswagen zum Einsatz. Das Netz besteht aus den drei Einzelstrecken Harzquerbahn, Selketalbahn und Brockenbahn – die Anfangsbuchstaben der Strecken ergeben das Kürzel HSB. Dabei ist die Brockenstrecke mit 503.000 Fahrgästen im Jahr 2023 die wirtschaftlich attraktivste Teilstrecke. Insgesamt führen im Vorjahr rund 1 Million Menschen mit den Zügen der HSB.

taz  panterstiftung



**In Georgien steht am 26. Oktober eine wegweisende Wahl an. Nähert sich das Land dadurch Europa oder Russland an?**

Die taz Panter Stiftung lädt vorab Journalist\*innen aus dem postsowjetischen Raum zum Osteuropa-Workshop nach Tbilissi ein

**Am 8. November** erscheint eine taz-Beilage mit ihren Texten



Unterstützen Sie unsere Projekte: [taz.de/spenden](https://taz.de/spenden)

## Südsudan verschiebt Wahlen

Präsident Salva Kiir verschafft sich erneut mehr Zeit für die Wahlvorbereitungen

Von **Simone Schlindwein**, Kampala

Südsudans Präsident Salva Kiir hat angekündigt, die im Dezember anstehenden Wahlen zu verschieben. „Es ist zusätzliche Zeit erforderlich, um wichtige Aufgaben vor den Wahlen zu erledigen“, lautet eine offizielle Erklärung des Präsidentenbüros vom Freitag. Die Wahlen sollen statt im Dezember dieses Jahres nun im Dezember 2026 stattfinden. Es müsse zuvor eine neue Verfassung ausgearbeitet und eine Volkszählung durchgeführt werden.

Diese Entscheidung kommt nicht überraschend. Südsudans Regierung verschleppt seit Jahren sämtliche Vorbereitungen, um einen solchen Wahlprozess anzugehen. Zwei Mal wurden die Wahlen bereits auf sämtlichen Ebenen vertagt. Die letzte Volksabstimmung fand 2011 statt, als die Südsudanese in einem Referendum über ihre Unabhängigkeit vom nördlichen Nachbarland Sudan abstimmten. Seitdem befindet sich das Land verfassungsrechtlich im Übergangsstadium, das ständig verlängert wird.

Kurz bevor die ersten südsudanesischen Wahlen in diesem jüngsten Land der Welt 2015 hätten stattfinden sollen, wurde die Übergangsverfassung geändert und die Amtszeit des Präsidenten und des Parlaments bis 2018 verlängert. Dann kam der Bürgerkrieg und die Wahlen wurden erneut auf 2021 verschoben. Im Friedensvertrag von 2018 zwischen den rivalisierenden Parteien wurde Salva Kiir als Präsident und dessen Gegenspieler Riek Machar als Vizepräsident eingesetzt, um quasi die Macht zu teilen.

Mit diesem Friedensvertrag wurde 2018 der Bürgerkrieg, der fast eine halbe Million Tote forderte und eine Flüchtlings- und Hungerkatastrophe zur Folge hatte, offiziell beendet. Eine Übergangsphase wurde eingeleitet, in welcher das Land stabilisiert werden sollte, bevor eine permanente Verfassung und Neuwahlen stattfinden könnten. Ursprünglich angedacht war die Abstimmung für 2023, sie wurden aber auf 2024 verschoben – und jetzt auf 2026.

Südsudan ist bis heute gebeutelt von unzähligen Krisen, die die Regierung lahmlegen. Die Übergangsregierung macht kaum Anstalten, die notwendigen Schritte wie Volkszählung oder die Registrierung politischer Parteien durchzuführen. Der Ausbruch des Krieges im nördlichen Nachbarland Sudan macht die Lage nun für die Südsudanese noch schlimmer. Rund eine halbe Million südsudanesischer Flüchtlinge, die in Sudan Schutz gefunden hatten, kamen innerhalb des vergangenen Jahres zurück in ihre Heimat Südsudan. Sie leben dort meist in Vertriebenenlagern. Schätzungsweise neun Millionen Menschen – rund 73 Prozent der Bevölkerung des Landes – sind nach UN-Angaben in diesem Jahr auf humanitäre Hilfe angewiesen.

### brief des tages

#### Klimakatastrophe ist da!

„Debatte um Asyl und Migration: Moralischer Kontrollverlust“, taz vom 15. 9. 24 Die Erde brennt, sie vertrocknet oder sie wird überflutet, das Klima verändert sich! Aber bei uns diktiert die AfD, dass ausschließlich über Migration gesprochen wird. Vor allem Merz macht sich zum besten Wahlkämpfer der AfD. Der Anteil der Flüchtlinge, die 2015 kamen und heute Arbeit haben, ist genau so groß wie bei den „guten Deutschen“. Pluspunkt für die Reichen in Deutschland: Die Flüchtlinge machen die schlecht bezahlten Jobs, die sonst niemand machen will. Wenn wir also ein Problem ganz sicher nicht haben, Herr Merz, dann ist es eine Einwanderung, die unsere Sozialleistungen ausnutzt! Hört endlich auf, die Hetze und den Hass gegen die voran zu treiben, die zu uns kommen. Diese Menschen sind nicht das Problem für Deutschland. Macht endlich wieder Politik für Land und Leute. Und für eure Kinder und Enkel! Kümmert euch darum, die Klimakrise zu entschärfen, denn die Schäden, die dadurch entstehen, sind viel teurer, als effektiven Klimaschutz zu betreiben! Wer anno 2024 die Migration als größtes Problem Deutschlands bezeichnet, hat den Bezug zur Realität völlig verloren und betreibt puren Populismus. *Stefan Bluemer, Essen*



## Im Gedenken an „Jina“ Mahsa Amini

In Iran erinnern mutige Demonstrierende am zweiten Jahrestag ihres Todes an die durch das Regime umgekommene Kurdin. Die Islamische Republik reagiert mit Unterdrückung

Von **Daniela Sepehri**

Zwei Jahre nach der Ermordung von „Jina“ Mahsa Amini erinnern Generalstreiks in Iran an die junge Kurdin. Amini, die im September 2022 von der Sittenpolizei festgenommen und misshandelt wurde, weil sie angeblich ihr Kopftuch nicht richtig trug, starb am 16. September 2022 an ihren Verletzungen. Ihr Tod löste damals iranweite Proteste unter dem Motto „Frau Leben Freiheit“ aus.

In mehreren kurdischen Städten in Iran blieben am Wochenende die Geschäfte geschlossen, etwa in Saqqez, Aminis Heimatstadt. Das Regime reagierte mit Härte: Zahlreiche Geschäfte, die sich an den Streiks beteiligten, wurden versiegelt, um die Streikenden zu bestrafen und weitere Protestaktionen zu unterdrücken, berichtet die

Menschenrechtsorganisation Kurdpa. Die Teilnahme an den Streiks stellt für die betroffenen Ladenbesitzer\*innen ein großes Risiko dar: Die Behörden verhängen empfindliche Sanktionen, im schlimmsten Fall droht Inhaftierung.

Trotz dieser Drohkulisse hal-

Den Eltern Aminis wurde im Vorfeld des Jahrestages untersagt, ihr Grab zu besuchen

ten viele Menschen an ihrem Widerstand fest. Der Vater Amini dankte den Streikenden in einer Instagram-Story für ihre Solidarität und ihren Mut – obwohl er und seine Familie selbst unter massivem Druck des Re-

gimes stehen. Berichten zufolge wurde den Eltern Aminis im Vorfeld des Jahrestages untersagt, das Grab ihrer Tochter zu besuchen, und sie wurden unter Hausarrest gestellt. Ihnen wurde mit Verhaftung gedroht, falls sie den Anweisungen nicht Folge leisten. Auch Gedenkveranstaltungen am Grab Aminis versuchte das Regime unmöglich zu machen. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Hengaw wurde Wasser aus dem Cheragh-Veys-Damm in das Flussbett des Saqqez-Flusses abgelassen und der Zugang zur Grabstätte dadurch blockiert.

Das Regime verstärkte außerdem die Polizeipräsenz in mehreren Städten, allen voran in Saqqez, wo zahlreiche Sicherheitskräfte auf den Straßen patrouillieren. Auch in Mahabad, das während der Proteste von 2022 eine Hochburg des Wider-

stands war, wurde eine starke Überwachung unter Einsatz von Drohnen gemeldet. Zudem verschärfte die Behörden die Internetszensur in der kurdischen Region Irans, um die Verbreitung von Protestbildern und Informationen zu unterbinden.

Trotz der Repressionen kam es in einigen Städten zu Straßenprotesten. In Divandarreh beispielsweise versammelten sich nach Angaben von Hengaw Jugendliche und riefen regimiekritische Parolen. Auch in der Hauptstadt Teheran kam es zu mehreren kleineren Demonstrationen, bei denen „Frau Leben Freiheit“ gerufen wurde.

Im Vorfeld des Jahrestages kam es – wie schon im letzten Jahr – zu zahlreichen Verhaftungen von Aktivist\*innen und Angehörigen Getöteter, um etwaige Proteste einzudämmen. Unter den Festgenommenen befindet sich auch die Mutter des getöteten Demonstranten Shahrar Mohammadi. Zudem setzten die Behörden Journalist\*innen unter Druck, nicht über die Proteste zu berichten.

Innerhalb der Gefängnismauern regt sich ebenfalls Widerstand. Am vergangenen Wochenende protestierten Frauen im Frauentrakt des berühmten Evin-Gefängnisses. Mehr als 25 Insassinnen riefen Parolen wie „Frau Leben Freiheit“ und sangen Protestlieder. Berichten zufolge verbrannten sie ihre Hidschabs auf dem Gefängnishof und traten in den Hungerstreik.

Seit Ausbruch der „Frau Leben Freiheit“-Proteste wurden mindestens zehn Personen im direkten Zusammenhang mit der Protestbewegung in Iran hingerichtet. Zahlreichen weiteren Protestierenden droht die Exekution. Seit Anfang dieses Jahres wurden bisher mehr als 400 Personen hingerichtet, darunter 15 Frauen.

Nicht nur in der Islamischen Republik Iran, sondern weltweit wurde im Gedenken an „Jina“ Mahsa Amini protestiert, hier in Köln am Sonntag  
Foto: Ying Tang/imago



## Breton wirft schimpfend hin

EU-Wettbewerbskommissar Thierry Breton tritt überraschend zurück und wird dem neuen Team von Ursula von der Leyen nicht angehören. Das Verhalten der Kommissionschefin findet er besonders schäbig

Aus Brüssel **Eric Bonse**

Er war einer der wichtigsten und mächtigsten EU-Kommissare. Thierry Breton hat Impfstoff gegen Corona beschafft, Artilleriemunition für die Ukraine gesichert und die Internetregulierung in Europa vorangetrieben. Der 69-jährige Franzose profilierte sich als „Kommissar der Konzerne“, der auch scheinbar Unmögliches möglich machte, wenn es nur der EU und dem Geschäft dient.

Doch der neuen EU-Kommission, die im Dezember ihre Arbeit aufnehmen soll, wird Breton nicht mehr angehören: Nach einem kurzen, aber heftigen Streit mit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat er am Montag überraschend seinen Rücktritt erklärt. Kurz darauf wurde der bisherige französische Außenminister Stéphane Séjourné zu seinem Nachfolger nominiert. Selbst altgediente EU-Beamte rieben sich die Augen: So schnell war noch nie einer der wichtigsten Angriffsspieler kurz vor dem Abpfiff ausgewechselt worden.

Am Dienstag will von der Leyen ihr Team vorstellen, zu dem auch Breton gehören sollte. Nun fehlt er auf der Liste. Sein Abgang kommt nicht nur in letzter Minute, er wirft auch Fragen auf. Warum musste der Wettbewerbskommissar gehen? Wieso wechselt ihn Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron aus, obwohl er ihn erst im Juni für eine zweite Amtszeit nominiert hatte? Welche Rolle spielt von der Leyen? Hat sie Macron einen Deal angeboten – nach dem Motto: Du kriegst einen einflussreicheren Posten, wenn du mir einen neuen Kommissar schickst?

Genau das wirft Breton seiner Ex-Chefin vor. Sie habe hinter seinem Rücken mit Macron gekungelt, um ihn loszuwerden. Dass sie dafür angeblich persönliche Gründe angab, findet Breton schäbig. Denn mit ihm habe sie nie darüber gesprochen. Dies sei ein „weiterer Beweis für fragwürdige Führung“, schimpft Breton in seinem Rücktrittsbrief, den er auf X veröffentlichte. Bereits im März hatten sich Breton und drei weitere EU-Kommis-

sare über mangelnde Transparenz und fehlende Objektivität der CDU-Politikerin beschwert. Anlass war die umstrittene Nominierung des CDU-Politikers Markus Pieper zum neuen Mittelstandsbeauftragten der EU-Kommission.

Das „Piepergate“ sorgte vor der Europawahl für so viel Wirbel, dass von der Leyen zurückrudern und das Bewerbungsverfahren neu aufrollen musste.

Nominierung der EU-Kommission verkommt zu absurdem Theater

Auch jetzt wird ihr wieder mangelnde Transparenz vorgeworfen. Und auch jetzt lässt sie politische Führung vermissen. Statt das Nominierungsverfahren für die neue EU-Kommission zu erklären, schickte von der Leyen am Montag ihre Sprecher vor, die alle Nachfragen abügelten. Die Nominierung sei „kein

öffentlicher Vorgang“, sondern werde mit den Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten abgesprochen, hieß es. „Vertraulichkeit ist sehr wichtig“, betonte die EU-Kommission.

Auch zur Frage, warum Breton gehen musste, wollte sich von der Leyen nicht äußern. Nun gibt es wilde Spekulationen. Macron wolle unbedingt ein wichtiges Ressort in der neuen Kommission und sei bereit gewesen, Breton zu opfern, heißt eine verbreitete These. Dafür spricht die Schnelligkeit, mit der Macron den Ersatzmann Séjourné präsentierte. Von der Leyen sei Breton zu mächtig geworden, lautet eine andere These. Sie habe die Gunst der Stunde – in Paris gibt es gerade eine Regierungskrise – genutzt, um ihn loszuwerden.

„Langsam verkommt die Nominierung der neuen Europäischen Kommission zu einem absurden Theater“, schrieb der Chef des Handelsausschusses im Europaparlament, Bernd Lange (SPD). Von der Leyen hat einen Fehlstart hingelegt, von dem sie sich so schnell nicht wieder erholen dürfte.

Aus Lwiw **Marco Zschieck**

Nur gut einen Meter breit und lang ist die unbeheizte, fensterlose Zelle. Die Wände sind mit unebenem Beton verputzt. Wer hier eingesperrt wurde, sollte sich nicht mal anlehnen können. Eine zweite Zelle ist rundherum gepolstert und schallisoliert. Beide Zellen befinden sich im Museum im Lonsky-Gefängnis im ukrainischen Lwiw. Der Ort verkörpert wie kaum ein anderer die Vielschichtigkeit der Geschichte der Region. Ein wichtiges Datum dabei ist der 17. September 1939. 85 Jahre ist dies nun her.

Geht es um den Beginn des Zweiten Weltkriegs, herrschen in der deutschen kollektiven Erinnerung Bilder vor, wie die Wehrmacht Schlagbäume an der polnischen Grenze durchbricht oder wie das Schlachtschiff „Schleswig-Holstein“ in Danzig auf die Westerplatte schießt. Doch in Osteuropa erinnert man sich auch an eine andere Geschichte. Nämlich an die Besetzung durch die Sowjetunion ab dem 17. September und an den Terror, der dann folgte.

Das Lonsky-Gefängnis wurde Ende des 19. Jahrhunderts als Kaserne der österreichischen Gendarmerie erbaut, als Lwiw noch Lemberg genannt wurde und zur österreichisch-ungarischen Donaumonarchie gehörte. Im Polen der Zeit zwischen den Weltkriegen wurde das Gebäude zum Gefängnis umgebaut. Das nutzte dann die sowjetische Geheimpolizei weiter, dann die Nazis und dann wieder die sowjetische Geheimpolizei. In der unabhängigen Ukraine wurde das Gebäude schließlich zum Museum.

Vieles in dem Gebäude mit der eidottergelben Fassade erzeugt Beklemmungen: die langen Korridore mit den Zellentüren, die Gitter, die winzigen Toiletten, die die Gefangenen zehn Minuten am Tag nutzen durften. Doch dieser Ort war nicht gedacht, um Menschen nur einzusperren. Sie sollten gebrochen werden.

Olesya Isaiuk kennt die Ausstellung in – und auswendig. Die promovierte Historikerin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin. Die 37-Jährige arbeitet seit zwölf Jahren im Museum und forscht unter anderem zu Konzentrationslagern. Jährlich werden nach ihren Angaben zwischen 16.000 und 20.000 Besucher gezählt. „Die Menge hat sich auch seit Beginn des großangelegten Krieges nicht verändert“, sagt sie. Allerdings kämen nun viele Binnengeflüchtete aus dem Osten der Ukraine zu Besuch. „Sie wollen die Hintergründe von Russlands Invasion und der damit einhergehenden Gräueltaten verstehen.“

Dass Ostgalizien – also in etwa die drei heutigen westukrainischen Regionen Lwiw, Ternopil und Iwano-Frankiwsk – heute zur Ukraine gehört, hängt mit einem Dokument zusammen, dass vor 85 Jahren in Moskau von Nazi-Außenminister Joachim von Ribbentrop und seinem sowjetischen Amtskollegen Wjatscheslaw Molotow unterzeichnet wurde: dem geheimen Zusatzprotokoll zum Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Der Pakt der Diktatoren gab Hitler freie Hand für seinen Krieg gegen Polen und teilte den Osten Europas zwischen dem faschistischen und dem kommunistischen Imperium auf. Mit ein paar Ausnahmen bildet die Linie aus dem Zusatzprotokoll auch heute die polnische Ostgrenze.

Die Sowjetpropaganda behauptete, die Rote Armee habe die polnischen Ostgebiete ab



Das Lonsky-Gefängnis im ukrainischen Lwiw: Beklemmung und Repression  
Fotos: Marco Zschieck

## Motivation zum Widerstand

In der Ukraine erinnert man sich nicht nur an die deutsche Aggression. Ein Besuch an einem Ort, der wie kaum ein anderer für die Besetzung durch die Sowjetunion steht

dem 17. September 1939 besetzt, um ihre „slawischen Brudervölker“ zu schützen. Tatsächlich hielten sie mit der Wehrmacht gemeinsam fünf Tage später eine Parade in Brest ab. In den Monaten, die folgten, zogen die Sowjets in ihren neu eroberten Gebieten im Schnelldurchlauf das Terrorprogramm durch, dass sie in ihrem Herrschaftsbereich schon 20 Jahre lang umsetzten.

„Alle, die Verantwortung in einer Gesellschaft übernehmen konnten, standen auf der Fahndungsliste des NKWD“, erklärt Isaiuk. Dazu zählten Lehrer, Geistliche, Kulturschaffende oder Politiker, ganz gleich ob Polen, Ukrainer oder Juden. „Oft wurden die Gesuchten mit ihren Familien verhaftet.“ Im Gefängnisflur hängen Dutzende Namenslisten. „Mit einem roten Häkchen markierte Namen sind Gefangene, die hingerichtet wurden.“ Wer nicht gleich erschossen wurde, wurde in Haft gefoltert und verhört, um an weitere Namen zu kommen. „Die Geheimpolizei war Ermittler, Ankläger und Richter in einem.“

Wer noch am Leben war, wurde nach Sibirien deportiert. Insgesamt rund 1,1 Millionen Menschen aus den vormals polnischen Gebieten. Aber es gibt auch höhere Schätzungen.



Olesya Isaiuk arbeitet seit 12 Jahren im Museum

tion eine Motivation zum Widerstand“, sagt Isaiuk. Sie kenne etliche Beispiele aus dem Freundeskreis. „Manche sprechen vom zehnten Jahr des Kriegs, der vor mehr als 100 Jahren begonnen hat.“ Ähnlich wie aus dem Holodomor – dem von Stalin angeordneten Aushungern der ukrainischen Gebiete unter sowjetischer Herrschaft Anfang der 1930er Jahre – erbege sich aus der massenhaften Gewalt nach

Gehöfte auf dem Land liegen oft ein bisschen Abseits der Straßen. Gewissheit bekommt man zum Beispiel, wenn man irgendwo ein Schild sieht. Je nachdem, ob die Buchstaben lateinisch oder kyrillisch sind.

Oder wenn der Luftalarm ertönt.

Mitten in der Landschaft steht der Grenzübergang Koczowa-Krakowez. Auf der polnischen Seite beginnt eine Autobahn, die bis nach Calais am Ärmelkanal führt. Auf der ukrainischen Seite hat man sich zur Fußball-Europameisterschaft 2012 immerhin frischen Asphalt auf der Landstraße bis in die 90 Kilometer entfernte Universitätsstadt Lwiw geleistet – der historischen Hauptstadt Galiziens. Es gibt einen Zaun, Stacheldraht und einen vegetationsfreien Geländestreifen, damit man Fußspuren gut erkennen kann. Auf der einen Seite ist das Nato-Land Polen, auf der anderen Seite muss sich die Ukraine des russischen Angriffskrieges seit mehr als zweieinhalb Jahren erwehren.

„Eine paradoxes Ergebnis der stalinschen Politik ist, dass dadurch 1939 erstmals fast alle Ukrainer im selben Staat gelebt ha-

Teils der Nationalbewegung getrieben. Und diese wiederum saß zwischen allen Stühlen. Sowohl Polen als auch die Sowjetunion waren für sie Besatzer. „Der Annäherungsversuch an Deutschland hat nicht funktioniert“, sagt Behrends. Die Nazis waren nicht an einem ukrainischen Staat interessiert. Für sie zählte die slawische Bevölkerung in Osteuropa allenfalls als Arbeitsklaven.

Der Partisanenkampf gegen die Sowjets dauerte bis Ende der 1940er-Jahre. „Ähnlich wie der Erste Weltkrieg in Osteuropa nicht 1918 zu Ende war, war auch der Zweite nicht 1945 vorbei“, so Behrends. Aus dem langen Widerstand speist sich auch bis heute die Popularität in Teilen der Bevölkerung. Das gelte beispielsweise auch für Stepan Bandera, der zeitweise mit den Nazis kollaboriert hat. „Bandera war für seine Epoche ein typischer nationalistischer Politiker.“ Dass er 1957 in München durch den KGB ermordet wurde, habe ihn posthum noch bekannter gemacht. „Die heutige Ukraine mit ihrem ethnisch und religiös inklusiven Nationalbewusstsein hätte ihm sicher nicht gefallen.“

„Im heutigen Polen wird dem 17. September genau so gedacht wie dem 1. September“, erklärt Behrends. Das könne man gar nicht voneinander trennen. Ein gewaltiges Gebiet, um das die Rote Armee nach der Machtübernahme der Bolschewiki bis Anfang der 1920er-Jahre erfolglos gekämpft hatte, gab es nun fast frei Haus. Die Implikationen gehen sogar weit über Osteuropa hinaus: „Die Kooperation mit der Sowjetunion habe Hitlerdeutschland den Rücken freigehalten, um in Westeuropa erfolgreich angreifen zu können“, sagt Historiker Behrends.

Anders als die Ostukraine oder zeitweise auch die Region Kyjiw ist der Westen des Landes seit 2022 allerdings kein Frontgebiet. Aber es gibt immer wieder Luftangriffe. Anfang September etwa schlug eine russische Rakete in ein Wohnhaus in der Innenstadt ein und tötete eine Mutter und ihre drei Töchter. Der Ort ist nur etwas mehr als einen Kilometer vom Museum entfernt.

## Wieder Gewalt in Papua-Neuguinea

Von **Sven Hansen**

Kämpfe zwischen bewaffneten Goldsuchern und Siedlern sowie der lokalen Bevölkerung haben in den letzten Tagen im zentralen Hochland von Papua-Neuguinea nach UN-Angaben bis zu 50 Menschenleben gekostet. Der UN-Berater für das Land, Máté Bagossy, erklärte am Montag nach Agenturangaben, lokale Behörden gingen von 20 bestätigten Toten aus. Es seien aber bis zu 50 Tote möglich, was er für wahrscheinlicher halte, so Bagossy. Angaben zu Verletzten machte er nicht. Die Kämpfe hatten am Mittwoch begonnen und gehen im Porgera-Tal weiter.

Dort in der Enga Provinz liegt die Porgera Gold- und Silbermine. Sie wird vom kanadischen Konzern Barrick Gold betrieben und ist eine der weltgrößten Goldminen. Porgera trägt rund ein Zehntel zu Papua-Neuguineas Exporteinnahmen bei. In Banden und ethnischen Clans organisierte Bergarbeiter und Siedler dringen immer wieder auf das Minengelände ein, um dort nach Gold zu suchen. Auch besetzen sie Land und verdrängen die lokale Bevölkerung.

Laut der britischen BBC sollen Angehörige des Sakar-Clans im August dem Piandean-Clan Land abgenommen haben. Gespräche seien ergebnislos geblieben. Laut einem in der Zeitung *Papua New Guinea Post-Courier* zitierte Lokalpolitiker ist das Tal in der Hand von „Warlords“.

Die Kämpfe stoppten in der abgelegenen Region den Handel und für einen Tag sogar den Betrieb der Mine. Am Montag hätten die Sicherheitskräfte laut Bagossy erstmals Verstärkung erhalten. Die Region ist nach einem Erdbeben am 24. Mai, der laut Regierung mehr als 2.000 Tote forderte, nicht mehr per Straße zu erreichen. Eine neue Umgehungsstraße ist noch nicht fertig.

Laut dem nationalen Polizeichef David Manning wurde am Samstag in der Region der Notstand verhängt. Der beinhaltet eine nächtliche Ausgangssperre, ein Alkoholverbot und einen erleichterten Schusswaffeneinsatz der laut Beobachtern zahlenmäßig viel zu geringen Sicherheitskräfte. Der Zeitung *The National* sagte Manning, insgesamt seien 122 Polizisten, Mitglieder von Spezialeinheiten und Militärs vor Ort. Bisher waren sie vor allem für die Sicherung der Mine zuständig.

In Papua-Neuguinea kommt es immer wieder zu ethnischer Gewalt, der meist Konflikte um Ressourcen zu Grunde liegen. Im Jahr 2022 waren bei Porgera mindestens 17 Personen erschossen worden. Im Februar dieses Jahres starben bei Kämpfen zwischen bewaffneten ethnischen Gruppen in Enga mindestens 26 Personen. Im Juli wurden beim Angriff dreier Dörfer auf ein Nachbardorf in Ost-Sepik ebenfalls mindestens 26 Personen getötet worden. Die leichtere Verfügbarkeit moderner Schusswaffen hat die Opferzahlen ansteigen lassen.

Erst letzte Woche hatte Papst Franziskus in Papua-Neuguinea zum Ende ethnischer Gewalt aufgerufen.



### Sie wollen die Hintergründe von Russlands Invasion und der damit einhergehenden Gräueltaten verstehen

Olesya Isaiuk, Historikerin im Museum des Lonsky-Gefängnisses

Bis Mitte 1941 Nazideutschland den Pakt mit Stalin brach, gab es vier Verhaftungswellen. Die letzte kurz vor dem Angriff der Wehrmacht. Als sich die deutschen Truppen der Stadt näherten, hatte der NKWD keine Zeit mehr für einen Abtransport der Gefangenen. Alle 1.681 Menschen wurden Ende Juni 1941 erschossen. Das ganze war kein Einzelfall. In der Region gab es 16 Massenerschießungen.

„Für viele hier ist die Erfahrung der sowjetischen Okkupa-

tion dem sowjetischen Einmarsch 1939 für die heutige Generation die Lehre, dass sie sich in einer existenziellen Auseinandersetzung befindet. „Wir wissen, wir haben keine andere Wahl, als zu kämpfen.“

Fährt man heute durch das historische Galizien, bemerkt man nicht auf Anhieb, ob man in Polen oder in der Ukraine ist. Die wellige Landschaft steigt langsam Richtung Süden zu den Karpaten an, wird von kleinen Flüssen durchzogen, die

ben – auch wenn es nicht ihr eigener war“, sagt der Historiker Jan Claas Behrends. Er hat die Professur Diktatur und Demokratie – Deutschland und Osteuropa von 1914 bis zur Gegenwart an der Europauniversität Viadrina in Frankfurt (Oder) inne. Bekannt ist er auch durch den Podcast „Ostauschuss der Salonkolumnisten“.

Die Brutalität der sowjetischen Unterdrückung habe damals die ukrainische Bevölkerung in die Arme des radikalen



debatte

## Blinde Flecken

Friedensbewegte Linke verbinden ihre Kritik am Ukrainekrieg mit Antimperialismus und Staatskritik. Das spielt vor allem Putin in die Hände

Spätestens mit den Wahlerfolgen von AfD und BSW bei den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen ist Frieden eine Chiffre für einen neuen Nationalchauvinismus geworden. Dieser denunziert Waffen- und Finanzhilfen an die Ukraine wahlweise als Diebstahl am deutschen Volk oder dem Steuerzahler. Wie aber ist zu erklären, dass auch weite Teile der Linken Waffenlieferungen ablehnen, mit denen die völkerrechtswidrig angegriffene Ukraine sich zu verteidigen versucht?

Eine Rolle spielen sicher die in der Friedensbewegung grassierenden Narrative zur „Vorgeschichte“ des Kriegs, etwa dass der Kreml sich einer immer aggressiveren Einkreisung durch die Nato ausgeliefert sah. Es ist allerdings seltsam, dass über jenen Teil der Vorgeschichte des Kriegs, der gerade PazifistInnen für die Ukraine einnehmen müsste, beharrlich geschwiegen wird. So

*Linksradikale Antimilitarist:innen versuchen, den Krieg in der Ukraine in ihr Weltbild von Klassenkampf zu integrieren*

hat die Ukraine ihre gesamten Atomwaffen und weitere Waffensysteme abgegeben, größtenteils an Russland. Indessen hat Russland seine strategische Situation gegenüber der Ukraine immer nur verbessert, etwa durch die teilweise auch gewaltsame Übernahme eines immer größeren Teils der Schwarzmeerflotte, die Besetzung der Krim und den Bau der Nord-Stream-Pipelines. Viel grundlegender als die Friedensbewegung versuchen linksradikale Antimilitarist:innen den Krieg in der Ukraine in ihr Weltbild von Klassenkampf, Antimperialismus und Staatskritik zu integrieren. Dabei wird nicht nur der Krieg, sondern darüber hinaus die bestehende Gesellschaft als gewaltförmig analysiert, so etwa die Jour Fixe Initiative Berlin: „Das aktuelle Kriegsregime bedeutet das Ende der falschen Erzählung einer gewaltlosen bürgerlichen Gesellschaft. Die Militarisierung des Lebens seit Beginn des Ukrainekrieges bringt die Gewaltförmigkeit der kapitalistischen Gesellschaften ins Offene.“

In Zeiten des Krieges ließe sich eine staatstragende Formierung durchsetzen und es würden soziale Errungenschaften geschliffen. Aussagen aus dem Baukasten linker Staatskritik, die immer einen Punkt treffen. Doch welche Erkenntnis bieten sie angesichts einer Formierung, die sich derzeit eher durch rechts- und linkspopulistische Friedensbewegte vollzieht? Wenn aber bereits die indirekten Folgen der „Kriegstreiberei“ all das Schlechte dieser Gesellschaft forciert, dann erfordert das massenhafte Sterben erst recht eine Äquidistanz zu allen Kriegsparteien, vornehmlich zum „Hauptfeind im eigenen Land“, so das Marx21-Netzwerk.

Vielleicht ist es kein Zufall, dass öfter an den Ersten und nicht den Zweiten Weltkrieg erinnert wird. Um jedenfalls gar nicht erst den Unterschied zwischen einem Angriffs- und einem Verteidigungskrieg diskutieren zu müssen, wer-

den umfangreiche „materialistische“ Analysen der Hintergründe des Krieges sowie der Klassengesellschaften der beiden Kriegsparteien liefert. Ausführlich zeichnet etwa Freerk Huiskens in „Frieden. Eine Kritik“ den Ukrainekrieg als einen Krieg zweier kapitalistischer Weltmächte nach. Huiskens Ausführungen zufolge erscheint Russlands Invasion als zwangsläufige Folge dieser Konkurrenz, einen qualitativen Unterschied oder Bruch scheint es nicht zu geben, denn „Krieg und Frieden sind eben nichts anderes als alternative Formen der Austragung der Staatenkonkurrenz“.

Derartige Versuche, den Krieg in der Ukraine in grundlegende Theorien des globalen Kapitalismus einzupassen, lassen die handelnden Subjekte verschwinden. Allenfalls tauchen kriegsmüde Menschen als Beleg dafür auf, dass nur der Westen und seine Marionettenregierung in Kiew den Krieg führen wollen. Auf die Idee, dass viele Ukrainer:innen längst am Westen und der unzureichenden militärischen Unterstützung zweifeln, kommen solcherlei Analysen nicht. Zugleich werden jene Stimmen aus sozialen Bewegungen und Gewerkschaften ignoriert, die trotz ihrer Kritik an der ukrainischen Regierung massive Waffenlieferungen vom Westen fordern. Die Gewerkschaften etwa hoffen nichts sehnlicher als auf ein Ende des Krieges und auf eine starke Unterstützung durch westliche Gewerkschaften – gerade auch nach dem Krieg. Dann, wenn es in der Tat darum gehen wird, die Ansprüche des erwähnten Westkapitals auf reibungslose Geschäfte im neuen Markt Ukraine zurückzudrängen und soziale Rechte in der Ukraine auszubauen.

Waffen zu fordern, resultiert hier zum einen aus der nüchternen Einschätzung, dass nur eine relevante militärische Antwort auf das aggressive Moskauer Regime überhaupt halbwegs akzeptable Verhandlungen beziehungsweise Verhandlungsergebnisse mit sich bringen kann. Zum anderen weil klar ist, dass die Bedingungen für eine weitere gesellschaftliche Emanzipation in der Ukraine bei einem Sieg Russlands unmöglich würde, insbesondere wenn dann wahrscheinlich auf Jahrzehnte „belarussische“ Bedingungen herrschen.

Dies kann nur leugnen, wer wie Wagenknecht den Angriff auf die Ukraine ja ohnehin als Reaktion Putins auf den Westen deutet und nicht als reaktionäre Abstrafung emanzipatorischer Veränderungen im postsowjetischen Raum. Aus den hier skizzierten blinden Flecken der Kritik an Waffenlieferungen ergibt sich keineswegs, dass damit alle Zweifel vom Tisch zu wischen wären angesichts des massenhaften Sterbens von ZivilistInnen und SoldatInnen. Allein, die Analyse der teilweise recht schrägen und auf Falschinformation basierenden Argumentation vieler Kriegsgegner:innen legen den Schluss nahe, dass manche Fragen um jeden Preis vermieden werden sollen, weil sie nicht ins linke Weltbild passen: Was, wenn ein Regime wirklich Krieg führen will? Was, wenn es das tut, weil es auf wenig oder unzureichende Gegenwehr zu treffen glaubt? Was, wenn an der Abschreckungsdoktrin etwas Wahres dran ist, auch wenn sich dies im falschen Ganzen (globaler Kapitalismus) abspielt? Ein falsches Ganzes, das allerdings leider Realität ist und zumindest mittelfristig nicht verschwinden wird.



**Holger Schatz** arbeitet für eine internationale Gewerkschaft, die unter anderem ukrainische Seeleute organisiert und mit ukrainischen und anderen postsowjetischen Transportarbeitsgewerkschaften kooperiert.



**Jan Keetman** ist freier Journalist.

Bernd Pickert über das versuchte Attentat auf Donald Trump

## Sprache der Rechten bedroht alle

Gewalt hat keinen Platz in Amerika.“ Das hat die demokratische US-Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris nach dem mutmaßlichen erneuten Attentatsversuch auf ihren Konkurrenten Donald Trump wirklich gesagt. Es ist schon klar, was sie meint: Gewalt darf keinen Platz haben. Deshalb ist es auch gesetzlich verboten, auf Präsidentschaftskandidaten zu schießen. Aber die affirmative Aussage, Gewalt habe keinen Platz, ist einfach nicht wahr, und das nicht nur in den Sphären gewöhnlicher Kriminalität und patriarchalischer Machtausübung.

Im Gegenteil: Die politische Auseinandersetzung erscheint heute in demokratischen Staaten, nicht nur in den USA, so sehr von Gewalt oder deren Androhung geprägt wie seit Jahrzehnten nicht.

Was den mutmaßlichen Attentäter, der in Florida offenbar vorhatte, auf den Golf spielenden Donald Trump zu schießen, tatsächlich dazu bewogen hat, ist zunächst nicht bekannt. Sein öffentliches Profil und die Erinnerungen etlicher US-Journalist\*innen, die in den vergangenen Jahren gleich mehrfach auf ihn getroffen sind, legen nahe, dass es ihm um die Ukraine ging. Vielleicht hat ihn wirklich die Sorge umgetrieben, unter einer zweiten Trump-Präsidentschaft würden die USA die Ukraine einfach fallenlassen. Es braucht eine unfassbare Selbstüberhöhung, wie wir sie auch von islamistischen Attentätern oder anderen Terroristen kennen, um daraus die Eigenermächtigung zu ziehen, jemanden erschießen zu dürfen, ja sich selbst von dem Auftrag zu überzeugen, das tun zu müssen.

Aber zumindest die Sorge um die Zukunft der Ukraine nach einer Wiederwahl Trumps ist real und wird von der Ukraine selbst und ihren Verbündeten in Europa geteilt.

Ohne jede Grundlage in der Realität ist hingegen, was Trump am Dienstag vergangener Woche in der TV-Debatte mit Kamala Harris über Haustiere verzehrende haitianische Migrant\*innen in Springfield, Ohio, von sich gab. Außerhalb von Springfield lachte die Welt über Trump, der sich mit diesem offensichtlichen Unsinn zum Löffel machte. Tagelang beherrschte das Zitat Memes, Songs wurden geschrieben, die Hosts aller Late Night Shows hatten ihr Thema.

In der Stadt selbst jedoch: Krankenhäuser, Schulen und andere öffentliche Gebäude mussten wegen Bombendrohungen schließen, die rechtsmilitanten „Proud Boys“ marschierten in der Stadt auf.

Die haitianische Community, legal und in Springfields Arbeitsmarkt integriert, geriet unter erheblichen Druck. Immerhin: Die Stadt hielt zusammen, Weiße besuchten aus Solidarität gezielt haitianische Restaurants, die Stadtverwaltung und selbst Ohios republikanischer Gouverneur wiesen zurück, was Trump und sein Vizekandidat J. D. Vance da national verbreitet hatten. Bloß: Die Angst bleibt.

Spätestens seit dem Sturm aufs Kapitol am 6. Januar 2021 ist vollkommen klar, welche Gewalt Trump mobilisieren kann. Auch er selbst weiß das, auch wenn er sich immer wieder dumm stellt, um nicht verurteilt zu werden.

Und genau das dürfte der Unterschied zur heutigen Art von politischer Gewalt in demokratischen Staaten zu früher sein. Militante Organisationen, von rechts bis links, gab es auch zuvor. Rechten Terror wie der des US-rechts-extremen Timothy McVeigh, der 1995 das Bundesgebäude von Oklahoma in die Luft sprengte, linken Terror wie den der Rote Armee Fraktion in der Bundesrepublik der 1970er Jahre. Aber die einen wie die anderen bewegten sich gedanklich wie praktisch in den Extremen, an den Rändern, und die waren klein. Niemand in Regierungsverantwortung nahm sie in Schutz. Auf der Linken ist das so geblieben.

Rechts aber scheinen die Zeiten des Lynchmobs zurück zu sein. Nicht immer mit Strick oder Mistgabel in der Hand, aber immer direkt und bedrohlich gegen Einzelpersonen und feindlich markierte Orte, längst nicht mehr nur im Netz. Sie sind auf Knopfdruck mobilisierbar durch Leute, die gute Chancen haben, in Regierungsfunktionen zu kommen.

Noch vor nicht allzu langer Zeit wäre die Nähe zum gewaltbereiten organisierten Mob ein Stoppschild gewesen, eine Disqualifikation fürs politische Amt. Die Trumps und Höckes der heutigen Welt hingegen spielen offen mit diesem „Vorfeld“ und nötigen der um gesellschaftlichen Zusammenhalt besorgten Mitte ihre Themen und Lösungen auf.

Dass es in diesem US-Wahlzyklus nun schon zweimal den Versuch gegeben hat, Donald Trump umzubringen, ist vollkommen unakzeptabel. Erinnert sich noch jemand daran, wie Trump und die Republikaner\*innen nach dem ersten Mordversuch davon sprachen, die spalterische Rhetorik müsse zurückgefahren werden? Eben. Und die meisten derer, die bedroht sind, haben keinen Secret Service, der sie rund um die Uhr beschützt. Nicht zu Hause und schon gar nicht auf dem Golfplatz.

der tag 2

Anna Lehmann über Scholz' Reise nach Kasachstan

## Wichtig ist das übergeordnete Ziel

Der Kanzler reist mit einer Wirtschaftsdelegation in autoritär geführte zentralasiatische Staaten. In Kasachstan vereinbart er Rohöllieferungen für die PCK-Raffinerie im brandenburgischen Schwedt, mit Usbekistan unterschreibt er ein Migrationsabkommen und hofft, im Gegenzug das Land als Drehkreuz für die Abschiebung von Afghanen nutzen zu können. Wiederholt Olaf Scholz gerade die Fehler von Schröder und Merkel im Umgang mit Russland? Auch wenn es ähnlich wirkt, ganz so ist es nicht.

Klar, Usbekistan und Kasachstan sind mehrere Tagesritte durch die Steppe davon entfernt, als lupenreine Demokratien durchzugehen, davon kann man sich vor Ort überzeugen. Die Inszenierung erinnert an sowjetische Zeiten, Pressekonferenzen werden abgesagt oder sind gar nicht erst vorgesehen, die Präsidenten stehen über allem und haben alle im Griff.

Aber etwas ist anders: Weder Usbekistan noch Kasachstan noch die anderen zentralasiatischen -stans wünschen sich eine Rückkehr zur alten Sowjet-

union. Vielmehr leiden sie unter den Großmachtanspruch des großen Bruders im Norden und dem Krieg Russlands gegen die Ukraine. Beide Länder sind zwar wirtschaftlich und kulturell stark mit Russland verbunden und pflegen ebenso enge Beziehungen zu China. Das wird auch so bleiben. Doch der Wunsch, sich aus den einseitigen Abhängigkeiten ein wenig zu lösen und eine Hand gen Westen auszustrecken, ist groß. Es ist deshalb gut, dass der Kanzler diese Hände ergreift und schüttelt, auch wenn sie zum Teil klebrig und korrupt sind.

Wichtiger ist das übergeordnete Ziel: Es braucht viele Länder – demokratische und weniger demokratische –, um Russland dazu zu bewegen, seinen Weg der Blockkonfrontation zu verlassen und die territoriale Integrität der einstigen Sowjetrepubliken zu garantieren.

Deutschland sollte bloß nicht den Fehler wiederholen, sich allzu sehr von diesen Partnern blenden zu lassen. Die Marmorsäulen im kasachischen Präsidentenpalast sind übrigens hohl.

talkshow

Von **Bernd Pickert**

Der US-Wahlkampf dauert quälend lang, es steht wirklich viel auf dem Spiel, die Themen sind sehr ernst und die Ängste sehr groß. Vielleicht ist es genau deshalb, dass sich der Wahlkampf immer wieder auch als pures Entertainment präsentiert, als große Mischung zwischen Comedy-Show, Sitcom und Rapper-Beef.

„Childless Cat Lady“ Taylor Swift gegen „I hate Taylor Swift“ Donald Trump.

Elon Musk, der Taylor Swift ein Kind machen will, um sie ruhigzustellen.

J.D. Vance, der sich dabei blamiert, Dounuts auszusuchen.

Tim Walz, der Trump und Vance „weird“ findet und seit letzter Woche bei jeder Gelegenheit darauf hinweist, dass auch er eine Katze besitzt, genau wie Taylor Swift.

Kamala Harris, deren Lachen auf dem Split Screen genauso viral geht wie Donald Trumps „They’re eating the cats“

Joe Biden, der vergessen von der Welt noch ein paar Monate im Weißen Haus hockt.

Dutzende von parteilichen Experten in allen TV-Sendern und auf den Meinungsseiten der Leitmedien, die als Lautsprecher und Spin-Doktoren beider Seiten fungieren und die Talking Points vorgeben.

Und dazu Kohorten von Late-Night-Hosts, die Abend für Abend die Absurditäten des Tages noch überspitzen, um ihr Publikum trotz aller Verzweiflung zum Lachen zu bringen. Kein Wunder, dass es gar nicht mal wenige US-Amerikanerinnen gibt, die ihre Informationen fast nur noch von dieser letzten Gruppe beziehen.

Ja, Wahlkampf in den USA war immer schon personenbezogen. Das bringt das Wahlsystem mit sich, nicht nur beim Kampf ums Weiße Haus, und so wurde und wird in den USA schon immer viel mehr über die Persönlichkeiten und Charaktere gesprochen, geschimpft, sich be- und entgeistert und gelacht als hierzulande. Trotzdem bleibt der Eindruck, als ob es alle vier Jahre immer noch ein bisschen dümmer würde und ein bisschen trivialer.

Preisfrage: Was hilft Kamala Harris mehr: die Unterstützung von Popkone Taylor Swift oder jene von inzwischen rund 230 ehemaligen republikanischen Regierungsmitarbeitern, die Trump als Riesengefahr ansehen?

An denen ist interessant: Sie sind quasi die einzigen, die in einer in Lagern fest verschanzten politischen Öffentlichkeit und Gesellschaft noch die Seiten wechseln und das öffentlich machen. Dabei haben Trump und seine MAGA-Republikaner schon vor Jahren begonnen, ihre Anhängerinnen gegen derlei Kritik zu immunisieren: Wer Widerworte gibt und gar die „linksradikale“ Kamala Harris unterstützt, ist für sie ein RINO, ein Republikaner nur dem Namen nach.

Derartige Immunität gegen Fremdeinflüsse oder Gegenargumente ist auch das Hauptmerkmal der politischen Comedy, die fest in liberaler Hand ist. Einzig Jon Stewart, der für diesen Wahlzyklus für ein paar Monate zur Daily Show zurückgekehrt ist, scherte vor Monaten aus dem allgemeinen Spin



**Abend für Abend versuchen die Late-Night-Hosts, die Absurditäten des Tages noch zu überspitzen, um ihr Publikum trotz aller Verzweiflung zum Lachen zu bringen**

aus, als er auf das massive Altersproblem des damaligen Kandidaten Joe Biden hinwies – was ihm seinerzeit einen veritablen Shitstorm einbrachte.

In Wirklichkeit aber wird fast niemand die Meinung ändern, weil Taylor Swift etwas sagt. Oder Elon Musk. Allerdings: Beide verbreiten ideologiebildende Botschaften: Musk eine myso-gyne, Swift eine feministische. In der eigenen Community festigen sie damit den Standpunkt. Genau wie Sean Hannity bei Fox News oder – ungleich intellektueller und witziger – Stephen Colbert in der Late Show auf CBS. Come together, America? Nö, mit den blöden da drüben bestimmt nicht.

Mit Regierungs-Verantwortung, um die eigentlich gekämpft wird, hat das alles nicht viel zu tun. Aber mit Politikdarstellung im 21. Jahrhundert hingegen alles. Wenn aber die Demokratie zum leidlich ehrlichen Austarieren verschiedener Interessen nicht mehr in der Lage ist, dann wird sie noch vulnerabler. Und das ist dann nicht mehr lustig.

# Chaos und Comedy

Im US-Wahlkampf geht es um sehr viel – auch um Entertainment. Das wird immer wichtiger. Und immer trivialer

Katzen-Lady mit Botschaft: Taylor Swift  
Fotos: Balkis Press/ABACA/ imago



# Am Alltag gehindert

„Schnell“ und „diskriminierungsfrei“ soll sie sein, die Bezahlkarte, mit der Asylsuchende in Hamburg seit Februar einkaufen müssen. Doch für Omar ist das Leben schwieriger geworden. Nicht nur, weil die meisten Läden nur Bargeld akzeptieren

Aus Hamburg Joscha Frahm



Omar ist gerne die palästinensische Süßspeise Nabulsiyeh - wenn er sich leisten kann  
Foto: Joscha Frahm

Montagvormittag, der erste frische Tag nach einem heißen Spätsommer in Hamburg. Trotz Nieselregen herrscht auf dem Steindamm, nahe dem Hauptbahnhof, geschäftiges Treiben. Teppiche mit kunstvollen Mustern werden auf der Straße verkauft, riesige Auberginen und knallgelbe Zitronen schmücken die Auslagen der Obst- und Gemüsehändler.

Omar kommt gerne hierher. Hier gibt es syrische und palästinensische Spezialitäten zu kaufen. Hier ist das Gemüse günstiger als in den Discountern, in denen der junge Asylbewerber aus Gaza sonst einkauft. Hier trifft er immer wieder auf Bekannte und Freunde, unterhält sich kurz auf Arabisch, zieht dann weiter. „Kaufen kann ich hier kaum etwas“, sagt Omar schulterzuckend.

Der Grund: Viele der Geschäfte nehmen nur Bargeld.

Das ist für Asylbewerber:innen in Hamburg seit Februar dieses Jahres Mangelware. Als erstes Bundesland führte der Stadtstaat die Bezahlkarte ein. Die Leistungen für Asylbewerber:innen, die in Erstaufnahmeeinrichtungen leben, werden seitdem auf die sogenannte SocialCard überwiesen. Einem ledigen Erwachsenen stehen im Monat, zusätzlich zu warmen Mahlzeiten und Sachleistungen, 185 Euro zur Verfügung. In bar können davon nur 50 Euro abgehoben werden. Überweisungen sind nicht mehr möglich.

Die Ministerpräsident:innenkonferenz beschloss Ende 2023, dass die Bezahlkarte bald auch bundesweit eingeführt werden soll. In Hamburg sind davon jetzt 2.440 Menschen betroffen.

„Der Hamburger Senat setzt eindeutig AfD-Politik um“, sagt eine Freiwillige der Initiative „Nein zur Bezahlkarte“, die ihren Namen nicht in der Zeitung lesen möchte.

Die Einführung der Bezahlkarte stelle eine massive Einschränkung der Freiheit von Asylsuchenden dar und belaste die Menschen in ihrem alltäglichen Leben, so die Freiwillige.

„Einkaufen auf Flohmärkten, in kleinen Obst- und Gemüseläden, auf Ebay oder im Second-Hand-Laden wird durch die Bezahlkarte unmöglich gemacht.“ In vielen solcher Läden sei nur Barzahlung möglich. Dabei seien Asylbewerber:innen auf genau diese günstigen Einkaufsmöglichkeiten angewiesen. „Die Bezahlkarte ist in höchstem Maße rassistisch und diskriminierend“, sagt sie.

Omar ist breit gebaut, trägt eine schwarze Weste über seinem weißen Hoodie, spricht ruhig, aber bestimmt. Er ist freundlich, zuvorkommend, trotzdem bleibt sein Gesicht meist ernst. Der 25-Jährige lebt seit sechs Monaten in einer Erstaufnahmeeinrichtung in Hamburg. Er würde gerne studieren und als Lehrer arbeiten, wie in seiner palästinensischen Heimat, erzählt er. Heute möchte Omar eine neue SIM-Card kaufen. „Ich komme zum Einkaufen am liebsten zum Steindamm“, sagt er. Hier fühle er sich wohl, könne seine Muttersprache sprechen und die Dinge kaufen, die er seit seiner Flucht vermisste.

Der junge Palästinenser betritt einen Handyladen, ein Aufsteller bewirbt günstige Verträge. „Kann ich auch mit dieser Karte bezahlen?“, fragt Omar und hebt die blaue SocialCard, die wie eine Visa-Card funktioniert. Der Ladenbesitzer schüttelt den Kopf. „Gerät kaputt“, erklärt er entschuldigend.

Omar verlässt den Laden unverrichteter Dinge – das kostbare Bargeld möchte er nicht für die SIM-Card aufwenden. „Das ist keine Ausnahme. Immer wieder kommt es vor, dass ich aus irgendeinem Grund nicht mit der Bezahlkarte zahlen kann“, sagt er kopfschüttelnd.

Häufig sei es schon vorgekommen, dass die Ladenbesit-

zer:innen eine Gebühr von fünf Euro verlangten, als er mit der SocialCard zahlen wollte, berichtet er. Fünf Euro, die Omar nicht entbehren kann – die 185 Euro reichten gerade so aus, um die monatlichen Kosten zu decken. Die Einschränkung, die die Bezahlkarte mit sich bringe, belaste seinen ohnehin schmalen Geldbeutel so zusätzlich und erschwere es, am alltäglichen Leben teilzunehmen. Einen Tee trinken zu gehen, werde so zur Herausforderung – und zum Hindernis, in Deutschland an-

## Es ist demütigend, Waren zurück in die Regale legen zu müssen

zukommen. „Bevor ich ein Restaurant oder Laden betrete, frage ich immer, ob die Bezahlkarte funktioniert“, sagt Omar. Ohne Bargeld in der Tasche falle eine Art Sicherheitsnetz weg.

In einer Pressemitteilung von Februar schreibt die Hamburger Sozialbehörde über die Bezahlkarte: „Sie ermöglicht einen schnellen, unkomplizierten und diskriminierungsfreien Zugang zu staatlichen Geldleistungen.“ Außerdem reduziere sie die Belastung der bezirklichen Zahlstellen und spare Zeit und Wege der Asylbewerber:innen – vor Einführung der Bezahlkarte mussten sie jeden Monat in die Behörde kommen, um die Leistungen bar abzuholen.

Ein weiterer Grund, den die Sozialbehörde für die Einführung der Bezahlkarte anführt: Man wolle verhindern, dass staatliche Gelder an „kriminelle Schleppernetzwerke“ weitergeleitet würden. Aus Gesprächen der taz mit der Sozialbehörde geht hervor: Belege dafür, dass dies vorher passiert ist, gibt es keine.

Trotzdem sei man mit dem Projekt der Bezahlkarte bisher überaus zufrieden, heißt es in der Behörde. Beschwerden von Asylbewerber:innen würden sie kaum erreichen.

Auf eine schriftliche Anfrage der taz antwortet ein Pressesprecher, die Nutzer:innen der Bezahlkarte seien erleichtert, nicht mehr jeden Monat Bargeld bei den bezirklichen Kassen abholen zu müssen.

Wenig erleichtert scheinen die rund 50 Asylbewerber:innen, die an dem ersten Freitag im September im „Café Exil“ in Hamburg Wandsbek Schlange stehen, um Gutscheine von Supermärkten und Drogerien gegen bares Geld einzutauschen.

Hier organisiert die Initiative „Nein zur Bezahlkarte“ zweimal im Monat eine Möglichkeit, die Einschränkung der Bezahlkarte zu umgehen: Freiwillige strecken der Initiative Bargeld vor, das den Asylsuchenden im Tausch gegen Gutscheine ausgehändigt wird.

Der kleine Raum füllt sich schnell, junge Männer und Frauen, die Gutscheine von Rewe oder Edeka in der Hand halten, unterhalten sich leise in der Schlange.

An der Wand hängt ein großer Schriftzug aus Silberpapier: „Fight Racism“, außerdem ziern viele bunte Plakate den Raum.

Die Freiwilligen, die auf türkis gepolsterten Stühlen an kleinen Schreibtischen sitzen, checken zuerst, ob die Nummer auf dem Kassenbon mit der jeweiligen Gutscheinnnummer übereinstimmt. Dann übergeben sie den Asylsuchenden das Bargeld. „Viele kommen jeden Monat – die meisten kaufen einen Gutschein für 100 Euro und tauschen ihn ein.“

Der Weg, den die Menschen vor der Einführung der SocialCard jeden Monat zur Behörde zurücklegen mussten, fällt also nicht weg, sondern führt viele ins Café Exil und andere Tauschstellen, die Ehrenamtliche organisieren.

Auch in anderen Städten, etwa in München, wird das System der Bezahlkarte inzwischen von verschiedenen Initiativen ausgetrickst. Geklagt hat dagegen noch niemand. „Glücklich dürfte der Hamburger Senat aber nicht sein. Schließlich umgehen wir so die Repression Geflüchteter, die mit der Bezahlkarte praktiziert wird“, erklärt ein junger Freiwilliger der Initiative, der ein T-Shirt mit der Aufschrift „Kein Mensch ist illegal“ trägt.

Gegen die Bargeldgrenze haben dagegen schon zwei Asylsuchende, die ihre Leistungen per Bezahlkarte erhalten, geklagt. Eine Klägerin bekam recht: Aufgrund ihrer Schwangerschaft, so entschied das Landessozialgericht, musste die Bargeldgrenze angehoben werden. Pauschal dürfe sie also nicht auf 50 Euro festgelegt werden.

Die Stadt legte Beschwerde gegen das Urteil ein, eine Entscheidung steht noch aus. Die zweite Klage eines Asylsuchenden scheiterte: das Landessozialgericht entschied, dass die Bargeldgrenze in seinem individuellen Fall rechtmäßig war. Nahe liegt, dass der Verwaltungsaufwand durch die Einführung der Bezahlkarte also – im Gegenteil zur Aussage der Sozialbehörde – erheblich steigen könnte, wenn das Landessozialgericht in jedem Einzelfall entscheiden muss, ob die Bargeldgrenze rechtmäßig ist. Eine schriftliche Nachfrage der taz dazu ließ die Sozialbehörde bis Redaktionsschluss unbeantwortet.

Auch Omar tauscht im Café Exil regelmäßig Gutscheine gegen Bargeld. Trotzdem bleibe die Bezahlkarte eine Belastung, sagt er. Er fühle sich abhängig von der Arbeit der ehrenamtlichen Initiative, häufig wartete er ungeduldig auf die Tauschgelegenheit. Klagen will Omar nicht, er hat andere Sorgen: Aktuell fürchtet er seine Abschiebung nach Belgien.

Während auf dem Steindamm links und rechts Männer und Frauen mit Einkaufstüten voller Tomaten und frischen Kräutern an ihm vorbeilaufen, winkt er mit dem Blick auf den Gemüseladen ab. „Die nehmen die Bezahlkarte hier nicht“, weiß Omar. Schon mehrmals sei er da gewesen – demütigend fühle es sich an, Lebensmittel wieder zurück in die Regale legen zu müssen, weil kein Bargeld vorhanden sei.

Der nächste Versuch: Diesmal möchte Omar Nabulsiyeh, eine palästinensische Süßspeise aus Käse, Zuckersirup und geröstetem Fadenteig, kaufen. Im Laden, den er betritt, begrüßt der Verkäufer Omar mit Handschlag. Baklava und andere Leckereien liegen auf kleinen weißen Präsentiertellern aus. Omar bestellt eine Portion Nabulsiyeh, die der Verkäufer abschneidet und in der Mikrowelle warm macht. Wieder hält Omar ihm seine Bezahlkarte entgegen – und wieder wird er vertrieben. Gerade kein Kartengerät da.

Omar zögert kurz, zückt dann einen 20-Euro-Schein, mit dem er die Süßspeise bezahlt. Häufig wird der junge Mann das diesen Monat nicht machen können. „Es tut gut, etwas aus meiner Heimat zu essen“, sagt Omar, während er grinsend Zuckersirup über das Gebäck gießt.

## SOCIAL MEDIA



## SEIT 1979

10 WOCHEN  
NUR 10 EURO  
TAZ.DE/ABO

taz zeitung für morgen



Die 1877 erbaute und 1939 abgebrochene Synagoge von Schopfloch  
Foto/Repro: Jim Tobias

## Scholem Alechem in der Medine

### Lachoudisch, die vergessene Sprache der fränkischen Juden, ist vom Aussterben bedroht

Von Thies Marsen und Jim Tobias

**B**esucht man Oswald Czech an seinem Arbeitsplatz im Rathaus der Marktgemeinde Schopfloch, dann kann es einem passieren, dass man mit einem freundlichen „Joufn Bauker“ begrüßt wird. Jedenfalls wenn man am Vormittag vorbeikommt. Denn statt „Guten Morgen“ sagt man in Schopfloch gerne „Joufn Bauker“. Und Oswald Czechs Amtsbezeichnung lautet zwar offiziell Bürgermeister, aber für die alteingesessenen Bürgerinnen und Bürger ist er der „Schoufet“.

Die kleine mittelfränkische Marktgemeinde Schopfloch, die ziemlich genau in der Mitte zwischen Nürnberg und Stuttgart an der bayerisch-württembergischen Grenze liegt, ist die letzte Sprachinsel, auf der noch Lachoudisch gesprochen wird – ein Relikt der reichhaltigen jüdischen Kultur, die die Region jahrhundertlang geprägt hat.

Die Gemeinde heißt in Schopfloch „Medine“, zum Neujahrsfest wünschen sich die Bauern statt „Glück und Segen“ „Massl Brouche“ und ihre Schweine nennen sie „Kasere“. Und wer beim Bäcker ein Brot kaufen möchte, verlangt einen Laib „Lächem“. Doch auch in Schopfloch ist Lachoudisch inzwischen vom Untergang bedroht. Mittlerweile gibt es weltweit wohl nur noch eine Handvoll Menschen, die dieses wundersame und fast vergessene Idiom als ihre Muttersprache bezeichnen. Bald könnte Lachoudisch ausgestorben sein – nach über 400 Jahren.

Der Name Lachoudisch lässt sich einerseits vom jiddischen Wort für Sprache ableiten: „Loschn“. Andererseits als Verballhornung von „haKodesch“, dem hebräischen Wort für „heilig“. Lachoudisch besteht vor allem aus hebräischen Wörtern, der Rest stammt aus dem Jiddischen beziehungsweise wurzelt im Fränkischen oder der

Gaunersprache Rotwelsch. Um die Ursprünge des Lachoudischen zu finden, muss man tief in die deutsche Geschichte eintauchen, die leider immer auch eine Geschichte der Verfolgung der Juden ist.

Die ersten Jüdinnen und Juden kamen vermutlich mit den römischen Legionen nach Mitteleuropa. Als erster schriftlicher Beleg für die Existenz einer jüdischen Gemeinde auf dem Gebiet des heutigen Deutschland gilt bekanntlich ein Dekret Kaiser Konstantins an den Stadtrat von Köln aus dem Jahr 321. Jahrhundertlang lebten Chris-

**„Rosche Schune“ ist Neujahr, Ostern heißt „Pessach“ und der Samstag ist selbstverständlich der „Schabbes“**

ten und Juden weitgehend friedlich zusammen.

Erst zum Ende des 11. Jahrhunderts begann mit den christlichen Kreuzzügen gegen die Araber im Orient auch die systematische Verfolgung der jüdischen Minderheit im Abendland. So gab es insbesondere in Städten entlang des Rheins zahlreiche Massaker. Überlebende dieser Kreuzzugspogrome flüchteten nach Osten oder siedelten sich in Franken an. So sind ab der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts jüdische Gemeinden etwa in den Reichsstädten Würzburg und Nürnberg nachweisbar.

Doch schon bald folgten neue Massaker: die sogenannten Rintfleischpogrome von 1298, benannt nach dem gleichnamigen Anführer, und die Pestpogrome zwischen 1348 und 1350 mit Tau-

senden von Ermordeten. Zum Ende des Mittelalters wurden Jüdinnen und Juden endgültig aus den deutschen Städten vertrieben. Die wenigen Überlebenden fanden zumeist Zuflucht in ländlichen Regionen: In kleineren Gemeinden, bei Grafen oder Rittern, die in Opposition zu den Reichsstädten und Bistümern standen.

So auch in Schopfloch. Dort ließen sich vermutlich bereits im 16. Jahrhundert Juden nieder, die aus der Reichsstadt Nördlingen vertrieben worden waren. Wie in vielen anderen fränkischen Gemeinden lebten und arbeiteten sie jahrhundertlang Seit an Seit mit der christlichen Mehrheit. Daran erinnert etwa der im Jahr 1612 angelegte jüdische Friedhof. Über 300 Jahre lang fanden hier Mitglieder der jüdischen Gemeinde ihre letzte Ruhestätte – bis 1938. Da es Juden fast überall verboten war, landwirtschaftlichen Grund zu erwerben oder ein Handwerk zu betreiben, bestritten viele ihren Lebensunterhalt mit Handel, insbesondere mit Viehhandel.

Allerdings fanden die meisten Bauernmärkte samstags statt, am Schabbat war es jüdischen Händlern wiederum aus religiösen Gründen nicht erlaubt zu arbeiten. Deshalb beauftragten sie christliche Vermittler damit, ihre Geschäfte zu übernehmen, sogenannte „Schmuser“. Durch diese enge Zusammenarbeit von Juden und Christen fanden zahlreiche Begriffe aus dem Lachoudischen Eingang in die Handelssprache. Wenn dem „Schmuser“ ein lohnendes Geschäft gelang, berichtete er stolz seinem jüdischen Auftraggeber über diese „Mezije“ (Schnäppchen), der diese gute Gelegenheit wiederum mit „Simmiche“ (Freude) zu Kenntnis nahm.

Gezählt wurde nach den Buchstaben des hebräischen Alphabets: „Olef“, „Bejs“, „Gimml“, „Dollet“, „Hej“, „Roof“ und so weiter. Auch die Namen vieler

Fest- und Feiertage scheinen direkt aus dem hebräischen Kalender übernommen worden zu sein. „Rosche Schune“ ist Neujahr, Ostern heißt „Pessach“ und der Samstag ist selbstverständlich der „Schabbes“. Bei den Monatsnamen gibt es ebenfalls eine frappierende Ähnlichkeit zum Hebräischen. Nach dem „Scharr“ (Januar) folgt der „Addar“ (Februar), der „Nissn“ (März), der „Itter“ (April) und der Wonnemonat Mai heißt auf Lachoudisch „Schwan“.

Mehr als 300 Jahre lang prägten Jüdinnen und Juden Mittelfranken mit – bis die Nazis mit den Menschen auch ihre Sprache und Kultur nahezu ausrotteten. Alle jüdischen Einwohner von Schopfloch wurden in der Nazizeit vertrieben oder ermordet. Inzwischen gibt es praktisch niemanden mehr, der mit Lachoudisch als Muttersprache aufgewachsen ist.

Einer der letzten Native Speaker war der 2015 verstorbene Hans Rosenfeld. Er wurde 1926 als Kind jüdischer Textilunternehmer in Schopfloch geboren und musste 1937 mit seiner Familie vor dem Terror der Nazis fliehen – zunächst nach Argentinien, dann in die USA. Als Erwachsener reiste Hans Rosenfeld nach Krieg und Schoah immer wieder nach Franken, vor allem wegen der Sprache – für ihn war es der Klang seiner Kindheit, als ein Hund noch „Kejlef“ hieß und eine Katze „Schunress“. Wenn er die vertrauten Worte hörte, wusste er, dass er zu Hause angekommen war, so schilderte es Rosenfeld wenige Jahre vor seinem Tod in einem Interview mit Tränen in den Augen: „Für mich ist Lachoudisch ein Stück Heimat, es ist wie die Wärme einer Mutter zum Kind.“

Doch in Schopfloch gibt es noch eine Handvoll Menschen, die diese uralte Sprache retten wollen. Neben Schopflocks „Schoufet“ Oswald Czech gehört dazu auch Jutta Breitingner. Bis

zu ihrer Pensionierung vor drei Jahren hat sie im Schopflocher Rathaus gearbeitet. Noch immer betreut sie den über 400 Jahre alten jüdischen Friedhof im Ort. Und sie setzt sich dafür ein, dass Lachoudisch nicht verschwindet. „Wenn ich mit meinen Enkeln spreche, dann versuche ich, ein paar lachoudische Wörter einzubauen. Dass die das auch ein bisschen lernen. Doch es wird immer schwieriger, diese Sprache zu erhalten.“

Dass das Lachoudische es wert wäre, am Leben zu bleiben, daran gibt es auch für die Historikerin Monika Berthold-Hilpert vom Jüdischen Museum Franken keinen Zweifel: „Ja, es ist ein absoluter kultureller Verlust, wenn die Sprache verloren geht. Denn es ist nicht nur so, dass die Menschen, die diese Sprache gesprochen haben, vertrieben und ermordet wurden, sondern um was es heutzutage vor allem geht: Das kulturelle Erbe bewahren, damit es

nicht irgendwann komplett verschwindet.“

Obwohl das Lachoudisch in Schopflocher Familien höchstens noch in Bruchstücken weitergegeben wird, glaubt Bürgermeistermeister Oswald Czech fest daran, dass die Sprache nie ganz aussterben wird: „Ich bin ja Einheimischer und schon als Kind mit Lachoudisch aufgewachsen. Ich habe es nie beiseite geschoben. So 100, 200 Wörter werden wir schon lebendig halten können.“

Wer nun Lust bekommen hat, mehr über diese geheimnisvolle Sprache zu erfahren, der oder die kann einfach mal einen Ausflug nach Schopfloch machen. Mit etwas Glück kann man im örtlichen Gasthaus die letzten Lachoudischsprecher beim sonntäglichen Frühschoppen treffen und sie dabei belauschen, wie sie ein „Schäecher“ bestellen oder einen „Soreff“. Was es damit auf sich hat? Einfach nachfragen. Lechajm!

Anzeige

**ARCHIVAL ASSEMBLY #3**

**Resounding Archives: The Politics of Listening to the Moving Image**

Films, Listening Sessions, Archive Projects, Symposium

**17.–22.9.2024**

Exhibition 17.–29.9.2024

im / at silent green, Kino Arsenal, SINEMA TRANSTOPIA, Gerichtstraße 53, migas, a listening bar

arsenal



Wolf-Dieter Vogel  
Latin Affairs

## Die Präsidentin bleibt eine Fremde

Die Stimmung war gut, die Straßen waren voller feiernder Menschen. Folglich war es nicht ganz einfach, ein Taxi zu finden, nachdem die Gewinnerin der mexikanischen Präsidentschaftswahlen nachts um eins ihren Sieg im Zentrum von Mexiko-Stadt gefeiert hatte. Was er denn davon halte, dass Claudia Sheinbaum künftig das Land regieren werde, wollte ich von dem Fahrer wissen, der mich dann doch noch, etwas genervt von dem vielen Trubel, in den Süden der Stadt brachte. „Nichts“, meinte der. Sie sei nicht von hier und im Übrigen Jüdin. Ja und? „Jüdin“, raunte er noch einmal in entschlossenem Tonfall. Schon vorher war mir auf einer Veranstaltung der konservativen Opposition eine Frau begegnet, die in ähnlichem Sinne erklärte: „Sheinbaum ist keine von uns.“ Seit der Wahlnacht sind ein paar Monate vergangen, aber Anfang Oktober wird mit Sheinbaum von der gemäßigt linken Morena-Partei erstmals eine Frau und Jüdin mexikanisches Staatsoberhaupt. Die 62-jährige hat ihre religiöse Herkunft nie thematisiert, doch mit der Amtsübernahme ist zu befürchten, dass sich misogynen und antisemitischen Ressentiments Bahn brechen werden.

Im offiziellen Diskurs war davon während des Wahlkampfes zum Glück wenig zu hören, und immerhin haben 60 Prozent der Wähler\*innen des vom Katholizismus dominierten konservativen Landes Sheinbaum ihre Stimme gegeben. Weder Rechte noch Linksradikale nutzten ihren familiären Hintergrund für verschwörungsideologische Theorien. Auch Hetzkommentare in sozialen Medien hielten sich in Grenzen. Nur der wirtschaftsliberale Ex-Präsident Vicente Fox stach hervor, weil er Sheinbaum als „Jüdin und zugleich Ausländerin“ bezeichnete. Den eigentlich gar nicht zulässigen Erklärungsversuch, sie sei doch hier geboren, wollte auch mein Taxifahrer nicht akzeptieren. Das Enkelkind bulgarischer Juden, die 1940 vor dem Holocaust flohen, und litauischer jüdischer Einwanderer, die 1920 nach Mexiko kamen, bleibt eine Fremde. Eine, die nicht zu „uns“ gehört.

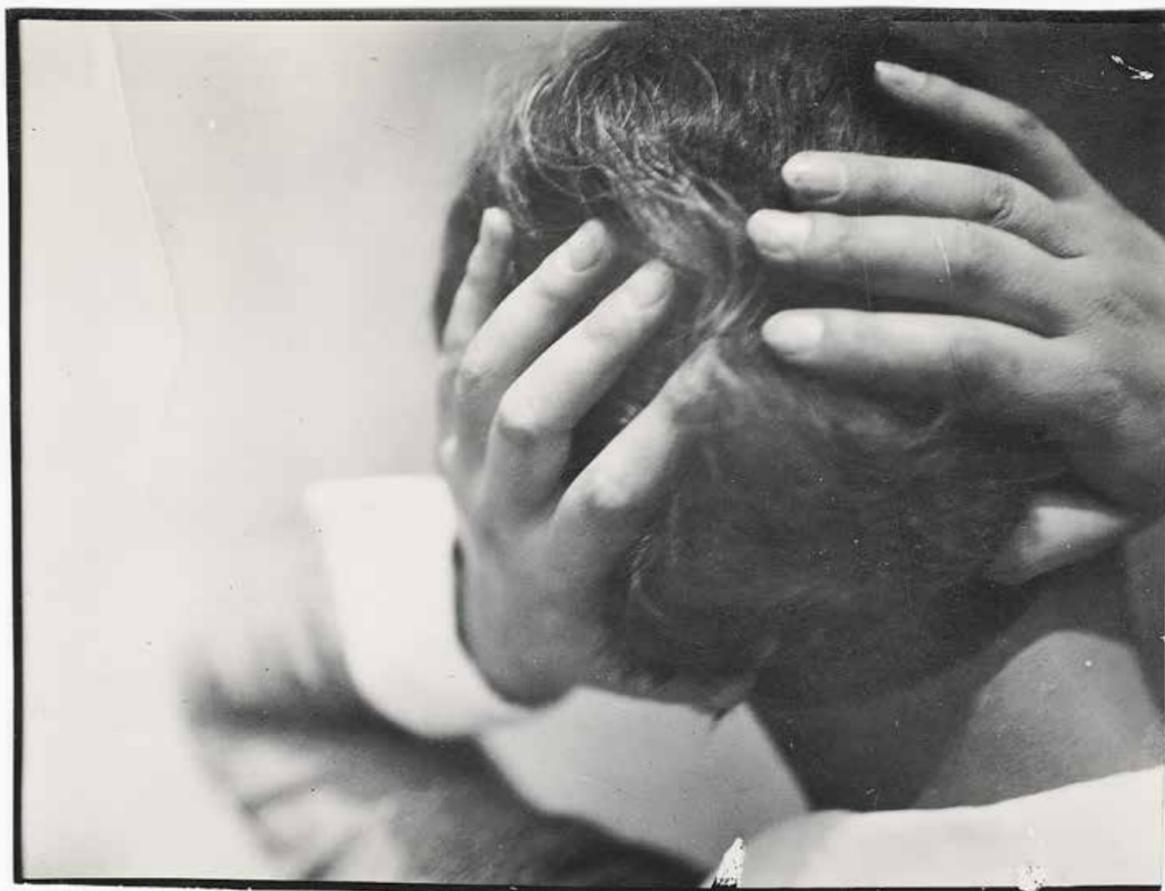
Unweigerlich diskutiert so mancher Kolumnist, so manche Kolumnistin nun die Frage, ob sich mit Sheinbaum die Haltung der Regierung zum Gazakrieg ändern werde. „Der katastrophale Konflikt zwischen Israel und der Hamas könnte für sie zu einem ausgesprochen heiklen Thema werden“, schreibt etwa der Geisteswissenschaftler Ilan Stavans in der *New York Times*. Zu Recht erinnert der Autor daran, dass die linken Regierungen Lateinamerikas „einen antiisraelischen Hang“ haben und, „ob es uns gefällt oder nicht, wir lateinamerikanischen Juden mit Israel assoziiert werden“.

Doch im Gegensatz etwa zu Kolumbiens Staatschef Gustavo Petro, der im Gazastreifen gleich eine Kopie von Auschwitz erkannte, blieb Mexikos Präsident Andrés Manuel López Obrador auf dem Teppich. Zwar schloss sich seine Regierung der Genozid-Klage Südafrikas gegen Israel vor dem Internationalen Strafgerichtshof an, doch am nächsten Tag stellte der Staatschef klar, er sei in dem Konflikt neutral. Der Völkermordvorwurf vertiefte das Problem, anstatt es zu lösen.

Vieles spricht dafür, dass Sheinbaum der Linie ihres Vorgängers treu bleibt: Zwei-Staaten-Lösung und Empathie für alle Opfer des Krieges. Zugleich wies sie in ihrem Amt als Bürgermeisterin von Mexiko-Stadt schon 2019 Kritiker\*innen deutlich zurück, die ihre Nähe zu jüdischen Israel-freundlichen Organisationen monierten: Sie werde sich „der Agenda antiisraelischer und antisemitischer Gruppen nicht unterordnen“. Sollte sie bei ihrer Haltung bleiben, könnte das Folgen haben. Denn angesichts des „fürchterlichen Konflikts im Nahen Osten wurde sie wegen ihrer jüdischen Herkunft seit ihrer Wahl Ziel des zeitgenössischen Antisemitismus“, betont der Kolumnist Arnoldo Kraus in der Tageszeitung *El País*.

Auch den christlichen Antisemitismus wird sie wortwörtlich nicht aus den Augen verlieren. Unweit ihres Regierungssitzes liegt der Palast der Inquisition. Dort wurden in kolonialen Zeiten Jüdinnen und Juden gefoltert, die trotz der zwangsweisen Christianisierung heimlich ihren Glauben praktizierten.

Der Autor ist Journalist in Lateinamerika.



Ihr Porträt einer Zeitgenossin (Gisela Schulz): Lucia Moholy, ca. 1929 Foto: Bauhaus Archiv, Berlin

## Ohne Lucia kein Bauhaus

Die Prager Kunsthalle widmet der Bauhaus-Fotografin Lucia Moholy eine große Retrospektive. Aber warum nimmt man erst jetzt ihr wichtiges Werk wahr?

Von Bernhard Schulz

Bei Prag wurde sie 1894 geboren, in Prag wuchs sie auf, von hier aus ging sie 1915 in die Welt: Lucie Schulz, bekannt unter ihrem späteren Namen als Lucia Moholy. Den Nachnamen hatte sie von ihrem Ehemann László Moholy-Nagy, den sie 1921 in Berlin geheiratet und von dem sie sich acht Jahre später wieder getrennt hatte. Mit ihm kam sie ans Bauhaus, erst in Weimar, dann ab Ende 1926 in Dessau. Doch während er zu einem der „Meister“ berufen wurde, blieb sie lediglich im Umfeld, als Zuarbeiterin für Fotografien und die Herausgabe der Bauhaus-Bücher.

Diese Geringschätzung ist das eigentliche Thema der groß angelegten Ausstellung, die die Kunsthalle Prag der Pragerin Lucia Moholy widmet. Sie breitet das Lebenswerk aus und alle Lebensstationen, mithin auch die mehrfachen Brüche in beidem, die dazu beigetragen haben, dass ihr ein angemessener Platz in der Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts verwehrt blieb. Mit dieser Ausstellung – die mit der Fotostiftung Schweiz in Win-

terthur entstand und dorthin weiterwandern wird – und der begleitenden Buchpublikation liegt das Material für eine Neubewertung offen zutage.

Das betrifft zum einen die Bauhaus-Historie. Die Fotografien, die das von Walter Gropius entworfene Dessauer Gebäude weltberühmt gemacht haben, und zwar viel stärker, als das vermeintlich so singuläre Schulkonzept, stammen ganz überwiegend von der Hand Lucia Moholys, die 1923 bei einem Weimarer Fotografen in die Lehre ging und 1925 in Leipzig Fototechnik studierte. Nur eine Anstellung am Bauhaus selbst fand sie nicht, wie auch später nicht in den USA, wo ihr Ex-Mann das New Bauhaus in Chicago leitete und wohin sie vergeblich zu emigrieren versuchte.

Bereits 1934 war sie nach London übersiedelt und arbeitete als „Kunstphotographin“. Später widmete sie sich der Technik der Mikrofilmdokumentation, übernahm mehr und mehr administrative Aufgaben und wurde schließlich sogar von der Unesco als Expertin gerufen. Als Fotografin arbeitete sie immer

wieder, vor allem in Ländern wie der Türkei. Später lebte sie in der Schweiz, wo sie 1989 hochbetagt verstarb. All das ist nun erstmals mit biografischem und dokumentarischem Material in der Prager Kunsthalle ausgebreitet; für den Besucher nicht immer ganz einfach zu verfolgen, weil dieses so ereignisreiche Leben beständige Sprünge macht.

Die Bauhaus-Jahre spielen hier gar nicht einmal die Hauptrolle, obgleich nicht nur einige ihrer bekanntesten Fotografien zu sehen sind, sondern auch eine Handvoll der 600 Glasnegative. Um sie musste Lucia Moholy einen jahrelangen, demütigenden Streit mit Gropius ausfechten, der sie bei seiner Übersiedlung in die USA hatte mitgehen lassen und mit ihnen seine so erfolgreiche Bauhaus-Propaganda betrieb.

Diese Geschichte ist inzwischen bekannt. Im Herbst 2022 zeigte das Berliner Bröhan-Museum die Ausstellung „Lucia Moholy. Das Bild der Moderne“, in der die Konstruktion der Moderne durch Lucias Fotografien im Mittelpunkt stand, und bereits 1995 hatte das Bauhaus-Archiv ebenfalls in Berlin „Lucia

Moholy. Bauhaus-Fotografin“ gezeigt. Der Katalog verzeichnet 296, allesamt abgebildete Aufnahmen der Jahre zwischen 1923 und 1930. Es ist also seit 30 Jahren nachzulesen, wie Lucia Moholys Lebenswerk zu bewerten ist, und der Entdeckerruhm der jetzigen Prager Ausstellung beruht eher auf der Unkenntnis bereits erbrachter Leistungen.

Solches Vergessen begleitet Lucia Moholys Leben und Rezeption. Anders als bei Gropius, Breuer und all den „Meistern“ des Bauhauses verband man mit ihrem Namen keine genuine Leistung – und die Fotografien des Gebäudes wurden, wie es schon Gropius selbstherrlich gemacht hatte, allein dem Architekten gutgeschrieben. Um so wichtiger ist auch die jetzige Ausstellung. Man kann es nicht oft genug sagen: Die Geschichte des Bauhauses ist ohne Lucia Moholy nicht zu schreiben. Ihr ganzes Leben aber, weit über diese Episode hinaus, steht exemplarisch für dieses zerrissene 20. Jahrhundert.

„Lucia Moholy: Exposures“: Kunsthalle Prag, bis 28.10.; Katalog (Hatje Cantz), 48 Euro

## Gemeinsamer Weg von Prag nach Paris

Von den Verlegern wurde sie als Agentin Milan Kunderas gefürchtet: Zum Tod von Vera Kundera

Von Uli Aumüller

„Ohne ihn ist alles nichts“, schrieb mir Vera Kundera am 11. Juli, dem ersten Todestag von Milan Kundera. Nun ist auch sie, kaum mehr als ein Jahr nach ihm, am 14. September neunundachtzigjährig in Paris gestorben. Der mit Milan und Vera befreundete Philosoph Alain Finkielkraut sah in dem innig verbundenen Paar eine Reinkarnation von Philemon und Baucis.

1967 hatten die beiden in Prag geheiratet. Vera Hrabánková, temperamentvoll, ehrgeizig und begabt, sechs Jahre jünger als der vielversprechende Autor des Romans „Der Scherz“, war zu der Zeit von einer Serviererin in ei-

nem Bahnhofsklokal in der Provinz zur Starmoderatorin im tschechoslowakischen Fernsehen aufgestiegen.

**Milan Kunderas Archiv führte sie** Gemeinsam erlebten sie den Prager Frühling und seine gewaltsame Niederschlagung durch die Truppen des Warschauer Pakts. Gemeinsam emigrierten sie nach Frankreich, zuerst nach Rennes, dann, 1978, nach Paris. Jahrzehntlang war sie Milan Kunderas von den Verlegern gefürchtete Agentin. Sie führte sein Archiv und machte es sich zur Aufgabe, ihm einen würdigen Platz zu schaffen.

So konnte am 1. April 2023, Milan Kunderas 94. Geburtstag, in Brünn,

tschechisch Brno, seiner Geburtsstadt, innerhalb der Mährischen Landesbibliothek eine neu geschaffene Abteilung mit seinem Nachlass zu Lebzeiten eröffnet werden – allerdings ohne Beisein des seit Langem schwerkranken Schriftstellers.

Noch Ende Mai dieses Jahres hatte Vera Kundera als eine letzte Würdigung ihres verstorbenen Ehemanns zusammen mit seinem französischen Verleger Antoine Gallimard und dem befreundeten Autor und Diplomaten Daniel Rondeau ein Symposium an der UN-Universität der Unesco mit Beiträgen von Kundera-Übersetzern und -Lektoren aus mehreren Ländern organisiert.



Vera Kundera Foto: Bertrand Rindoff/Petroff/Getty Images

# Halbnackt eine Polonaise tanzen

ACAB oder Freund und Helfer? „Hier spricht die Polizei“ feiert am Staatstheater Hannover Premiere. Das Dokumentartheaterstück ist ehrlich, informativ und absichtlich monoperspektivisch

Von **Katrin Ullmann**

„Wie müsste die Polizei sein, damit ich sie gut finden würde?“ Es ist die Regisseurin Julia Rösler, die sich diese Frage stellt – und eine Antwort schuldig bleibt. Mehrere Monate, fast ein Jahr lang hat sie sich mit dem Thema beschäftigt, hat gemeinsam mit der Dramaturgin Silke Merzhäuser und der Musikerin Insa Rudolph daran gearbeitet. Hat recherchiert, Gespräche geführt, Polizist\*innen befragt.

Gemeinsam bilden Rösler, Merzhäuser und Rudolph das Kollektiv werkgruppe 2. Jeweils basierend auf einer ausführlichen journalistischen Recherche, erarbeiten sie Umsetzungen, die die Grenzen von Dokumentation und Fiktion in unterschiedlichen Genres ausloten. Im Film, im Hörspiel und auf der Bühne. Ihr jüngstes Projekt „Hier spricht die Polizei“ hatte im Mai während der Ruhrfestspiele in Recklinghausen Premiere. Jetzt ist es im Ballhof Eins am koproduzierenden Schauspiel Hannover zu sehen.

Fünf Schauspieler\*innen des Ensembles werden an diesem Abend zu Stellvertreter\*innen der interviewten Polizist\*innen. Mit hoher Präzision haben sie sich deren Texte angeeignet, Versprecher, Sprechdruck und Pausen inklusive. Einen Abend lang nehmen also Fabian Dott, Servan Durmaz, Anja Herden, Alrun Hofert und Sebastian Nakajew die Perspektive und Haltung von Polizist\*innen ein, erzählen aus deren Alltag zwischen 1.-Mai-Demos und Feierabendbier, zwischen Sturmmasken und Angst.

Es ist ein Abend ganz unter Kolleg\*innen, ein Abend auf der Wache. Ein langer dunkelblauer Teppich markiert den Flur. Dort stehen ein grauer Spind, ein Regal mit Aktenordnern und Kaffeemaschine. Ein großes Fenster öffnet den Blick in ein schmuckloses Büro, zwei graue Türen führen nirgendwohin. Neonröhren verbreiten fieses Licht und die in den Boden eingelassenen Lüftungsgitter werden den Live-Musikern (Christian Decker, Dominik Decker, Uli Genenger)



auch als Instrumente dienen. Zurückhaltend haben Lea Dietrich und Viva Schudt Bühne und Kostüme (dunkelblaue Arbeitskleidung: vom Helly-Hansen-T-Shirt bis hin zum Overall) gestaltet. Klug verzichten sie auf Wandkalender, Papierstapel oder Urlaubskarten. Der Raum erzählt nicht mehr, als er muss.

„Es ist ja so, dass wir immer alles richtig machen, weil wir eben alles richtig machen müssen“, heißt es einmal

Er ist reduziert, realitätsnah und doch fiktiv.

Die Hauptrolle an diesem Abend spielt tatsächlich der Text. Er erzählt von extremistischen Netzwerken, Hakenkreuzen in Chatgruppen und Racial Profiling: „Da passiert es schon mal, dass ich die Handschellen

bisschen schneller anlege.“ Er erzählt von Kollegen, die „grundsätzlich nach rechts offen“ sind und starke Affinitäten zum Doppel-H haben, von jenen, die bei der Polizei vor allem das Gruppengefühl mögen und solchen, die besser als „Hauptkommissar Warsteiner“ bekannt sind. Er erzählt genauso von der täglichen Gefahr, von Einsätzen im Milieu, von Provokationen und Stigmatisierungen. Von fliegenden Molotowcocktails, Steinen und Spucke und davon, dass die Uniform quasi eine Rüstung sei. Er erzählt von den gesellschaftlichen Erwartungen, vom Handlungsdruck und von Allmachtsfantasien.

„Es ist ja so, dass wir immer alles richtig machen, weil wir eben alles richtig machen müssen“, heißt es einmal. Es sind Innensichten, die mal mehr, meist weniger sympathisch sind. Es sind Geschichten, die von einem Beruf erzählen, der die freiheitliche demokratische Grundordnung per geleistetem Eid schützen soll. Es sind berührende und abstoßende Geschichten.

Geschichten, die höchst widersprüchlich sind und doch beständig ineinander greifen, auch weil die fünf Spieler\*innen sie ganz direkt und nahbar wiedergeben.

Dass sich der eine Kollege mehr Schutz wünscht, die andere Kollegin mehr Entscheidungsfreiheit, ein dritter davon träumt, dass der Wasserwerfer häufiger zum Einsatz kommt, eine vierte die Bilder der Duisburger Loveparade nicht mehr aus dem Kopf bekommt, ein fünfter voller Selbstzweifel ist und sie schließlich alle fünf halbnackt auf der Firmenfeier zwischen Luftschlangen und zu „Bumsfallera“ eine Polizeipolonaise tanzen. Das alles umfasst dieser Abend, der kompakt ist und ehrlich, der informativ ist und absichtlich monoperspektivisch, der genauso Klischees bedient wie er Sympathien herstellt. Es ist ein Abend, der eigenwillig ist und der nachdenklich macht. Und der eben jene Frage ungemütlich offen lässt: „Wie müsste die Polizei sein, damit ich sie gut finden würde?“

Die Schauspieler\*innen versuchen, Perspektive und Haltung von Polizist\*innen einzunehmen  
Foto: Kerstin Schomburg

## unterm strich

### Tito Jackson stirbt im Alter von 70 Jahren

Tito Jackson war ein Bruder des King of Pop Michael Jackson und wurde mit der Band The Jackson Five in den 1970ern bekannt. Die Soul-Gruppe bestand aus den Geschwistern der Jackson-Familie mit dem damals siebenjährigen Michael Jackson als Leadsänger. Die Jackson Five erreichten mehrere Nummer-eins-Hits mit Songs wie „I Want You Back“ und „ABC“. Als Teil der Band wurde Tito Jackson in die Rock and Roll Hall of Fame eingeführt. Neben seiner Karriere mit den Jackson Five, später The Jacksons, veröffentlichte Tito Jackson zwei Soloalben und erhielt drei Grammy-Nominierungen. Erst vergangene Woche trat der Musiker noch mit seiner Familie in München auf und besuchte die Gedenkstätte des vor 15 Jahren verstorbenen Michael Jackson. Die Hintergründe seines Todes sind bisher unbekannt.

### „The Life of Chuck“ gewinnt in Toronto

Der Film von Regisseur Mike Flanagan wurde mit dem People's Choice Award des 49. Internationalen Filmfestivals von Toronto (TIFF) ausgezeichnet, wie der Leiter des Festivals am Sonntag verkündete. Mit „The Life of Chuck“ adaptierte Mike Flanagan eine Kurzgeschichte von Stephen King, dem weltbekannten US-amerikanischen Horrorauteur. Die Hauptrolle des Buchhalters Charles „Chuck“ Krantz verkörperte Tom Hiddleston. Auf dem TIFF feierte das Science-Fiction-Drama „The Life of Chuck“ seine Weltpremiere und begeisterte das kanadische Publikum. Gewählt wird der Gewinnerfilm des Festivals nämlich nicht von einer Jury, sondern von den Zuschauer\*innen. Den zweiten Platz erhielt „Emilia Pérez“ von Regisseur Jacques Audiard.

### Der Alfred-Döblin-Preis 2025 ist ausgeschrieben

Der Alfred-Döblin-Preis des Literarischen Colloquiums Berlin und der Akademie der Künste geht in die nächste Runde. Gestiftet von Günter Grass, ist er mit 15.000 Euro dotiert und wird alle zwei Jahre für ein noch nicht gesetztes Prosamanuskript verliehen. 2023 erhielt der Autor Jan Kuhlbrodt den Literaturpreis. Manuskripte können bis zum 15. November eingereicht werden. Der Alfred-Döblin-Preis wird im Mai 2025 vergeben.

## berichtigung

Heißt es jetzt trans Frau oder Transfrau? Letztere Variante steht im Duden, die getrennte Form gab es gestern in unserer Besprechung zu Lola Arias' Musical „Los días afuera“ am Gorki Theater Berlin. Sprachlich ist die Sache kompliziert, weil „trans“ als Adjektiv nicht gebeugt werden kann. Eine „transe Frau“ geht daher nicht.

taz shop

## Aufwärmen



**Teesiebe.** Bieten losem Tee viel Platz zur freien Entfaltung und passen in Kannen, Gläser und Becher. Aus langlebigem und rostfreiem Edelstahl, spülmaschinen geeignet. Von Küchenprofi.

**Artikel-Nr.** 12900 **Classic.** Maße: Ø 7,6 cm, H 8,9 cm. € 10,50

12901 **Profi.** Mit Deckel, der auch als Untersetzer für das Sieb verwendet werden kann. Maße: Ø 7,5 cm, H 7,4 cm. € 17,99



**Ayurvedischer Kräutertee.** Die Kräuter für die Teemischungen von Nepali Gardens stammen aus Demeter- oder biodynamischem Anbau und sind fair und direkt gehandelt. Dahinter steht die Initiative OneWorld, die in Nepal die lokale Kleinbäuer\*innenkultur fördert. Jede Packung ist ein Unikat aus handgeschöpftem Loktapapier. Aus Demeteranbau. Inhalt: jeweils 35 g.

**Artikel-Nr.** 11749 **Spirit of Yoga.** Tulsi, Basilikumblüten, Shatavari.

11750 **Lamas Kraftquelle.** Tulsi, Brahmi, Ingwer, Zimtbasilikum, Tejpat. Jeweils € 5,99



**Stövchen mit Teelicht.** Heizen ist teuer, heißer Tee zum Glück nicht. Auf der breiten Aufstellfläche steht jede Kanne sicher und fest. Wird das Stövchen nicht gebraucht, kann es mit einem Griff auseinander genommen werden und verschwindet in der Schublade.

Aus geölter Eiche aus nachhaltiger Forstwirtschaft, Unterseite aus veganem Filz. Gefertigt in den Inntal Werkstätten der Stiftung Attl, einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung. Von Fairwerk.

Maße: B 15 x H 6 x T 15 cm  
**Artikel-Nr.** 12933, € 39,50



**Teepott.** Wenn eine Kanne zu viel ist, eine Tasse aber zu wenig. Dank herausnehmbarem Glasfilter auch bestens für losen Tee geeignet – Energiepreisdeckelung inklusive. Aus hitzebeständigem Borosilikatglas, mikrowellengeeignet und spülmaschinenfest.

Von Trendglas Jena. Maße: Ø 8 cm, H 12 cm. Volumen: 300 ml.  
**Artikel-Nr.** 13043, € 26,50



10 % Rabatt für taz-Unterstützer\*innen | taz.de/shop | taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | T (0 30) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de

Ausgenommen sind bereits reduzierte Waren, Druckerzeugnisse, Wein, Gutscheine und Soli-Artikel.

# Wirbel um Hamas-Dokumente

Kürzlich erschienen in „Bild“ und „Jewish Chronicle“ Artikel, die sich auf interne Informationen der islamistischen Terrororganisation berufen. Es geht auch um die Geiseln. Doch die Authentizität der Dokumente wirft Fragen auf

Von **Nicholas Potter**

**Z**um Schaudern!“, heißt die Überschrift, „Das plant der Hamas-Chef mit den Geiseln“. Der Artikel vom 6. September beruft sich auf ein „internes Schreiben“, das auf Jahia Sinwar's Computer gefunden und von ihm persönlich abgelesen worden sei – und der *Bild* exklusiv vorliegt.

Im *Bild*-Artikel heißt es unter anderem, die islamistische Terrororganisation strebe kein schnelles Ende des Krieges an und wolle Israel für die erfolglosen Verhandlungen alleine verantwortlichen machen. „Wichtige Klauseln im Abkommen“ sollten „verbessert werden, selbst wenn die Verhandlungen über einen längeren Zeitraum fortgesetzt werden“, soll es im zitierten Dokument heißen. Und weiter: Die Familien der israelischen Geiseln sollen unter psychologischen Druck gesetzt werden.

Eine Woche später, am 12. September, steht in der linken israelischen Zeitung *Haaretz* ein Cartoon, der sich über den „Scoop“ lustig macht: Benjamin Netanjahu ruft die *Bild* an, ein Zeitungsbote liefert am nächsten Tag das Blatt und schon hat Bibi, so heißt der Premier mit Spitznamen, einen Beweis in der Presse für seine Behauptungen.

Kritisiert wurde der *Bild*-Artikel etwa in der *Jedioth Aharonot*, eine von Israels auflagenstärksten Zeitungen. Ronen Bergman, der auch zum diesjährigen Pulitzer-Preis-Gewinner-Team für die Nahostberichterstattung der *New York Times* gehört und in den israelischen Sicherheitsbehörden als bestens vernetzt gilt, schrieb am 8. September: Das Dokument stamme nicht vom Hamas-Chef Sinwar, sondern sei der „Vorschlag eines mittleren Funktionärs“ der islamistischen Terrororganisation.



Israelische Soldaten am Eingang eines Tunnels, in dem kürzlich sechs israelische Geiseln erschossen aufgefunden wurden. Foto: Leo Correa/ap

Das Dokument sei zudem manipuliert worden, so Bergman weiter. Die entscheidende Stelle, dass Hamas kein Interesse an einem Deal habe, komme im Original nicht vor. Doch das behauptet der *Bild*-Artikel, geschrieben vom stellvertretenden Chefredakteur Paul Ronzheimer und Co-Politik-Chief Filipp Piatov, auch nicht. Sondern nur, dass die Hamas die Verhandlungen mit Israel hinauszögern wolle.

In einem weiteren Artikel Bergmans vom 15. September kommt dieser Vorwurf nicht mehr vor. Stattdessen heißt es: Das Dokument sei zwar vom mi-

litärischen Nachrichtendienst der Eshed-al-Kassam-Brigaden der Hamas verfasst worden, sei aber von weniger Bedeutung und nicht im Auftrag Sinwar entstanden.

Auf taz-Anfrage sagt die *Bild*, dass sie sich aus Quellenschutzgründen zu Ursprung und Überprüfung der Authentizität des Dokuments nicht äußern könne.

Die israelische Armee (IDF) habe aber die Echtheit des Dokuments nach der Veröffentlichung bestätigt, so die Zeitung.

Die *Times of Israel* berichtet, dass das originale Dokument vor fünf Monaten in Gaza gefunden worden sei und laut IDF-

Quellen „keine neuen Informationen“ enthalte. Weiter sagt die *Bild* der taz: Die Zeitung „berichtet nirgendwo, dass aus dem Dokument hervorgehe, dass die Hamas kein Interesse an einem Deal hat. Im Gegenteil: *Bild* berichtet, dass die Hamas sogar Maßnahmen plant, um die Waffenruhe zu verlängern“.

Aus dem Hamas-Dokument gehe hervor, dass ein schnelles Ende des Kriegs für die Terrororganisation nicht wichtig sei – „dies wird mit einer entsprechenden Textpassage belegt“.

Gravierender sind die Vorwürfe, auch von Ronen Bergman in der *Jedioth Aharonot* er-

hoben, gegen die britische Zeitung *Jewish Chronicle*.

Ein Artikel des freien Reporters Elon Perry vom 5. September berief sich ebenfalls auf ein internes Hamas-Dokument, nach dem Sinwar mit israelischen Geiseln über den Philadelphi-Korridor zwischen Gaza und Ägypten in den Iran fliehen wolle.

Dieses Dokument hat die IDF als Fake entlarvt und kündigt Ermittlungen an. Israelische Medien spekulieren, dass die Fälschung in der europäischen Presse gezielt platziert worden sei, um Netanjahus Positionen zu unterstützen. Am Tag vor der

Veröffentlichung hatte der israelische Premier nämlich genau darauf auf einer Pressekonferenz ohne Belege spekuliert. In den Verhandlungen beharrte er darauf, militärische Kontrolle über den Korridor zu behalten. Der Artikel in der *Jewish Chronicle* wurde etwa von seinem Sohn Jair etwa.

In einem knappen Statement am 13. September erklärte die *Jewish Chronicle* nach einer internen Untersuchung die Zusam-

*Bild* berichtet, dass die Hamas sogar Maßnahmen plant, um die Waffenruhe zu verlängern

menarbeit mit Perry für beendet, sie entfernte sämtliche Artikel von ihm von ihrer Webseite. Teile der Biografie des ehemaligen IDF-Soldaten sollen zudem von ihm falsch dargestellt oder erfunden worden seien. „Wir entschuldigen uns bei unseren treuen Lesern und haben unsere internen Abläufe überprüft, damit sich so etwas nicht wiederholt“, schreibt die älteste jüdische Zeitung der Welt.

In der Zwischenzeit laufen die Ermittlungen der IDF zu den Enthüllungen weiter. Denn die Weitergabe solcher Dokumente an die Presse sei eine „schwere Straftat“, so ein Sprecher.

Doch auch wenn die beiden Fälle von manchen als Teil der gleichen Strategie Netanjahus gesehen werden, weisen sie auch wichtige Unterschiede auf: Bei der *Bild* geht es um ein echtes Dokument, das von der Zeitung als wichtiger dargestellt wird, als es tatsächlich ist; bei der *Jewish Chronicle* offenbar um eine gezielte Fälschung, die die öffentliche Meinung zugunsten Netanjahus beeinflussen soll.

## ARD

- 12.00 Tagesschau
- 12.10 Mittagmagazin
- 14.00 Tagesschau
- 14.10 Rote Rosen
- 15.00 Tagesschau
- 15.10 Sturm der Liebe
- 16.00 Tagesschau
- 16.10 Amado, Belli, Biedermann
- 17.00 Tagesschau
- 17.15 Brisant
- 18.00 Gefragt – Gejagt
- 18.50 WaPo Bodensee: Die Tatorreinigerin. D 2022
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Mord mit Aussicht: Renate. D 2024
- 21.00 In aller Freundschaft
- 21.45 FAKT
- 22.15 Tagesthemen
- 22.50 Maischberger
- 0.05 Tagesschau
- 0.15 Mord mit Aussicht: Renate. D 2024
- 1.00 In aller Freundschaft
- 1.50 Maischberger

## ZDF

- 12.00 heute
- 12.10 Mittagmagazin
- 14.00 heute – in Deutschland
- 14.15 Die Küchenschlacht
- 15.05 Bares für Rares
- 16.00 heute – in Europa
- 16.10 Die Rosenheim-Cops: Eine Nacht mit Folgen. D 2009
- 17.00 heute
- 17.10 hallo deutschland
- 18.00 SOKO Köln: Vaterfreuden. D 2023
- 19.00 heute
- 19.25 Die Rosenheim-Cops: Mehr Schein als Sein. D 2021
- 20.15 besseresser
- 21.00 frontal
- 21.45 heute-journal
- 22.15 Plötzlich gesund? Katharina und der Krebs
- 22.45 Terra X Harald Lesch
- 23.15 Markus Lanz
- 0.30 heute journal update
- 0.45 Fall – Fear Reaches New Heights. Actionthriller, USA/GB 2022. Regie: Scott Mann. Mit Grace Fulton, Virginia Gardner

## RTL

- 12.00 Punkt 12
- 15.00 Barbara Salesch – Das Strafgericht
- 16.00 Ulrich Wetzl – Das Strafgericht
- 17.00 Ulrich Wetzl – Der Ermittlungsrichter
- 17.30 Unter uns
- 18.00 Explosiv – Das Magazin
- 18.30 Exklusiv – Das Star-Magazin
- 18.45 RTL Aktuell
- 19.05 Alles was zählt
- 19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten
- 20.15 Das Sommerhaus der Stars – Kampf der Promipaare
- 22.15 RTL Direkt
- 22.35 Das Sommerhaus der Stars – Kampf der Promipaare
- 23.30 Extra – Das RTL Magazin
- 0.00 RTL Nachtjournal
- 0.25 RTL Nachtjournal Spezial: Luisa Schneider im Interview

## SAT.1

- 12.00 Auf Streife
- 13.00 Auf Streife – Die Spezialisten
- 15.00 Auf Streife
- 17.00 Lebensretter hautnah – Wenn jede Sekunde zählt
- 18.00 Notruf
- 19.00 Die Spreewaldklinik
- 19.45 SAT.1 newstime
- 20.15 Navy CIS: Der Plan. USA 2024
- 21.15 Navy CIS: Hawaii: Der Spezialauftrag. USA 2024
- 22.15 FBI: Special Crime Unit: Opfer. USA 2022
- 23.15 FBI: Most Wanted: Tödliches Vermächtnis. USA 2022

## Pro 7

- 12.20 Two and a Half Men
- 14.10 The Middle
- 15.10 The Big Bang Theory
- 17.00 taff
- 18.00 ProSieben: newstime
- 18.15 Die Simpsons
- 19.05 Galileo

## tagestipp

Der chinesische Präsident Mao wurde in der radikalen westdeutschen Linken wie ein Heiliger verehrt. Auch, weil sie mit ihm die Öffentlichkeit provozieren konnten. Dabei ignorierten sie den Terror und die Rechtslosigkeit unter seinem Regime. Vielleicht lässt sich in dieser Doku erfahren, warum.

„Mao – Chinas roter Kaiser“, 20.15 Uhr, Arte



Foto: Khabine-Tapal/SWR/mago

20.15 Die Superduper Show

22.35 Late Night Berlin

23.50 TV total

**KI.KA**

7.45 Sesamstraße

8.05 Nitsso und das zottelige Alphabet

8.15 JoNaLu – Mäuseabenteuer zum Mitmachen

8.40 Ernest & Célestine

9.05 Simon

9.15 Ene Mene Bu – und dran bist du

9.30 Ich bin Ich

9.40 Weißt du eigentlich, wie

lieb ich dich hab? – Die

Abenteuer des kleinen Hasen

10.15 Der kleine Rabe Socke

11.00 Logo!

11.10 Floyd Fliege

12.25 The Garfield Show

12.50 Sherlock Yack – Der

Zoodetektiv

13.15 Taylors Welt der Tiere

13.40 Superhero Academy

14.10 Schloss Einstein

15.00 Mako – Einfach

Meerjungfrau

15.45 Mia und me – Abenteuer

in Centopia

- 16.10 Power Sisters
- 16.35 The Garfield Show
- 17.00 Anna und der wilde Wald
- 17.30 Die Schlümpfe
- 18.05 Nö-Nö Schnabeltier
- 18.20 Feuerwehrmann Sam
- 18.50 Unser Sandmännchen
- 19.00 Peter Pan – Neue Abenteuer
- 19.25 pur+
- 19.50 logo!
- 20.00 KiKA Live
- 20.10 RUN4U – die Familienedition!

## ARTE

- 9.00 Strände Europas
- 11.10 Wildnis Europa
- 12.10 Ukrainerinnen im Männerjob
- 12.40 Stadt Land Kunst
- 14.15 Gattaca. Science-Fiction-Thriller, USA 1997. Regie: Andrew Niccol. Mit Ethan Hawke, Uma Thurman
- 16.55 Phänomene Natur
- 17.50 Inselwelt New York
- 18.35 Meine wilden Nachbarn
- 19.20 Arte Journal
- 19.40 Vom Wegwerfkab zum Alpenretter
- 20.15 Mao – Chinas roter Kaiser (1–3/3)
- 22.55 Im Schatten Chinas – Die Philippinen im Zentrum eines Weltkonflikts
- 23.50 Tracks Spezial
- 0.20 Machtmensch Silvio Berlusconi (1–3/3)

## 3SAT

- 18.30 Feind oder Verwandter? Der Neandertaler und wir
- 19.00 heute
- 19.20 Kulturzeit
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Die Toten am Meer
- 21.45 kinokino
- 22.00 ZIB 2
- 22.25 31 Tage bis zur Katastrophe – Der Weg zum Ersten Weltkrieg
- 23.15 Der letzte Kaiser – Karl I. 0.00 Bildung im Wandel – Lehrer will die Schule auf den Kopf stellen

## BAYERN

- 18.00 Abendschau – Das bewegt Bayern heute
- 18.30 BR24
- 19.00 Gesundheit!
- 19.30 Dahoam is Dahoam
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Tatort: Die ewige Welle. D 2019
- 21.45 BR24
- 22.00 Der Kroatien-Krimi
- 23.30 Alles außer Kartoffeln: Menschen. Küche. Heimat. 0.00 Asül für alle
- 0.45 Vereinsheim Schwabing

## SWR

- 18.00 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 18.15 SWR Landesschau Rheinland-Pfalz
- 19.30 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Marktcheck
- 21.00 Preiswert, nützlich, gut?
- 21.45 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 22.00 Wohnzimmer-Comedy – Mit Dui do on de Sell
- 22.30 Die Mathias Richling Show
- 23.00 Das Beste aus der St. Ingberter Pfanne 2024
- 0.00 Nuhr im Ersten

## HESSEN

- 18.00 Maintower – News & Boulevard
- 18.25 Brisant
- 18.45 Die Ratgeber
- 19.15 alle wetter
- 19.30 hessenschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Tobis Urlaubstrip
- 21.00 Der Camping-Check
- 21.45 Kochstories
- 22.15 hessenschau
- 22.30 Bäckström: Der Schatz. S/D 2022
- 23.15 Bäckström: Der Verdacht. S/D 2022
- 0.00 Chinatown. Detektivthriller, USA 1974. Regie: Roman Polański

## WDR

- 18.00 WDR aktuell / Lokalzeit
- 18.15 Servicezeit
- 18.45 Aktuelle Stunde
- 19.30 Lokalzeit
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Tatort: Monster. D/A/CH 2020
- 21.45 WDR aktuell
- 22.15 Der Kommissar und die Alpen: Ein Tag im Juli. I 2018
- 23.45 Der Kommissar und die Alpen: Das gute Leben. I 2018
- 1.15 Morden im Norden: Eiskind. D 2016
- 2.05 Erlebnisreisen
- 2.30 Lokalzeit aus Köln
- 3.00 Lokalzeit aus Aachen
- 3.25 Lokalzeit aus Düsseldorf
- 3.55 Lokalzeit Bergisches Land

## NDR

- 18.00 Ländermagazine
- 18.15 Seevogel in Gefahr+ Ratten auf der Hallig
- 18.45 DAS!
- 19.30 Ländermagazine
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Visite
- 21.15 NDR Info
- 21.45 NDR Info
- 22.00 Tatort: Schwarze Tiger, weiße Löwen. D 2011
- 23.30 Rückkehr der Wildnis in Schottlands Highlands
- 0.00 Allein im All – Die einsame Reise zum Mars
- 1.25 Tatort: Schwarze Tiger, weiße Löwen. D 2011
- 3.15 Nordmagazin
- 3.45 Schleswig-Holstein Magazin

## RBB

- 18.00 DER TAG in Berlin & Brandenburg – mit rbb24, Sport und Wetter
- 19.30 rbb24 Abendschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 rbb24 – Ihre Wahl
- 22.00 rbb24
- 22.15 Asbest (1/5)
- 22.55 Asbest (2/5)
- 23.35 Asbest (3/5)

- 0.20 Hauptstadtderby – der Union- und Hertha-Podcast
- 1.20 Zimmer frei? – Die Baukunst der Spechte
- 2.05 Wilde Ostsee
- 2.50 Heimatjournal

## MDR

- 18.10 Brisant
- 19.00 MDR Regional
- 19.30 MDR aktuell
- 19.50 Einfach genial
- 20.15 Umschau
- 21.00 Tiermedizin in Leipzig – Traumberuf und Knochenjob
- 21.45 MDR aktuell
- 22.10 Hoyerswerda, 91 – Eine Stadt, die Gewalt und ihre Aufarbeitung
- 22.55 Polizeiruf 110: Per Anhalter. DDR 1974
- 0.20 Rentnercops: Das Krimidinner. D 2023
- 1.10 Wataha – Einsatz an der Grenze Europas: Unter Verdacht. PL 2017
- 2.05 Umschau
- 2.50 Der Osten – Entdecke wo du lebst

## PHOENIX

- 12.00 phoenix vor ort
- 12.45 phoenix plus
- 13.35 phoenix vor ort
- 14.00 phoenix vor ort
- 14.45 phoenix plus
- 16.00 Dokumentation
- 16.45 Dokumentation
- 17.30 phoenix der tag
- 18.00 Aktuelle Reportage
- 18.30 Ein perfekter Planet
- 19.15 Indiens wilde Wölfe
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Traumorte
- 21.00 Galileo Galilei – Revolutionär der Wissenschaften
- 21.45 heute-journal
- 22.15 phoenix runde
- 23.00 phoenix der tag
- 0.00 phoenix runde
- 0.45 Traumorte
- 1.30 Galileo Galilei – Revolutionär der Wissenschaften
- 2.15 Adenauers letzte Reise



Energischer Luftkampf: Alara Şehitler (l.) und Vanessa Diehm (r.) nehmen die US-Amerikanerin Jordynn Dudley in die Zange  
Foto: AP

## Ein Sache von Minuten

Recht unglücklich scheidet das U20-Team der deutschen Fußballerinnen im Viertelfinale der Weltmeisterschaft gegen die USA aus. Steckt mehr als nur ein bisschen Pech dahinter?

Von Frank Hellmann

Rebecca Adamczyk schlug erst die Hände vors Gesicht, dann legte sich die junge Torhüterin vom SC Freiburg bäuchlings auf den Rasen im Estadio Olímpico Pascual Guerrero, um bitterlich zu weinen. Um sie herum kauerten ihre Feldspielerinnen in den grünen Trikots, die ihnen bis dahin bei der U20 WM der Frauen in Kolumbien eigentlich viel Glück gebracht hatten. Doch letztlich hätten die deutschen Fußballerinnen bei der WM kaum tragischer und dramatischer scheitern können. Auch Trainerin Kathrin Peter kämpfte nach dem im Elfmeterschießen verlorenen Viertelfinale gegen die USA (1:3) mit den Tränen: „Das ist alles sehr bitter, die USA waren das glücklichere Team.“ Sie müsse nun ihre „tollen Mädels“ irgendwie aufrichten – dabei wirkte sie selbst untröstlich.

Als Loreen Bender (Bayer Leverkusen) in der zweiten Minute der Nachspielzeit für Deutschlands Nachwuchs auf 2:0 gestellt hatte, schien der Halbfinaaleinzug perfekt. Ein Doppelschlag von Jordynn Dudley (90.+8) und Allyson Sentnor (90.+9) rettete die US-Amerikanerinnen völlig unerwartet in die Verlängerung. Ihre seit Generationen er-

probte Siegermentalität scheint bereits in jungen Jahren tief verankert zu sein. Fast mit Ansage verschoss Paulina Platner (SGS Essen), zielte Vanessa Diehm (TSG Hoffenheim) ans Gebäck und scheiterte Alara Şehitler (Bayern München) an US-Keeperin Teagan Wy.

Vorrundenerfolge gegen Venezuela und Nigeria oder der Kanter Sieg im Achtelfinale gegen Argentinien zählen nun nicht mehr viel – denn hängen bleibt das vermeidbare Aus in der kolumbianischen Stadt Cali. „Es ist unglaublich schade, dass sich unsere U20-Frauen nicht für ihre guten Leistungen und ihre Leidenschaft belohnt haben“, sagte Sportdirektorin Nia Künzer. Der Einzug unter die besten Vier (neben den USA noch Nordkorea, Japan und Niederlande) wäre „ein weiterer wichtiger Entwicklungsschritt“ gewesen.

Einst hatten Dzenifer Marozsan oder Alexandra Popp mit dem Gewinn einer U20-Weltmeisterschaft ihrer Karriere den entscheidenden Schub verliehen. Drei Mal (2004, 2010 und 2014) steht Deutschland in der Siegerliste. Künzer findet, dass auch dieses Turnier gezeigt habe, „welches Potenzial in den Spielerinnen steckt“. Die Weltmeisterin von

2003 hatte bereits nach dem Gewinn von Olympia-Bronze gemahnt, dass der Weg zurück in die Weltspitze steinig würde: „Es braucht weitere Entwicklungsschritte, um uns dauerhaft auf internationalem Topniveau zu etablieren.“

„Wir sind trotzdem eine gute Mannschaft und können stolz auf uns sein“

Tomke Schneider, U20-Spielerin nach dem 1:3 nach Elfmeterschießen

Das blamable Aus von Eintracht Frankfurt in der Qualifikation für die Champions League muss als weitere Warnung vor einer Stagnation dienen. Zudem haben mit Merle Frohms und Marina Hegering bereits zwei Leistungsträgerinnen ihren Rücktritt bei den DFB-Frauen erklärt, und wenn die 33-jährige Kapitänin Popp noch vor dem Länderspiel-Klassiker gegen England in Wembley (25. Oktober) folgen sollte, wäre eine komplette Achse vom VfL Wolfsburg weggebrochen.

Möglicherweise wird der neue Bundestrainer Christian Wück für die EM 2025 in der Schweiz eher zur Verjüngung gezwungen sein als gedacht. Der 51-Jährige hat bei der männlichen U17 mit dem Gewinn von EM und WM in 2023 gezeigt, wie gut er mit Talenten arbeiten kann. Erst vorm Supercup sagte Wück, er würde bei den Frauen gerne „junge Spielerinnen fördern, wenn sie in den Vereinen performen.“ Das Problem beim Übergang ist ähnlich gelagert wie bei den Männern. Nicht jede U20-Nationalspielerin bekommt ausreichend Spielzeit in der Liga.

Zwar wird die trickreiche Stürmerin Cora Zicai, die per Elfmeter die Führung erzielte, beim SC Freiburg genauso regelmäßig eingesetzt wie die technisch starke Mittelfeldspielerin Sofie Zdebek bei Bayer Leverkusen, doch bei den Topklubs kommen viele über den Status der Ergänzungsspielerinnen kaum hinaus. Jella Veit oder Sophie Nachtigall sitzen bei Eintracht Frankfurt meist auf der Bank, Tomke Schneider spielt dort in der zweiten Mannschaft. Die 20-jährige Verteidigerin bekämpfte mit viel Trotz ihre Trauer: „Wir sind trotzdem eine gute Mannschaft und können stolz auf uns sein.“

### was alles nicht fehlt

**Eingereicht:** Sieben Bewerber gehen ins Rennen um die Nachfolge von Thomas Bach als Präsident des Internationalen Olympischen Komitees. Neben dem zweimaligen Olympiasieger Sebastian Coe kandidieren Prinz Feisal bin al-Hussein aus Jordanien (60), der französische Radsport-Weltverbandschef David Lappartient (51) und Juan Antonio Samaranch junior (64), Sohn des früheren IOC-Präsidenten aus Spanien. Wie das IOC mitteilte, haben sich auch Turn-Chef Morinari Watanabe (65) und Ski-Präsident Johan Eliasch (62) beworben. Einzige Frau auf der Liste ist Simbabwe Sportministerin Kirsty Coventry (41).

taz blogs

taz geht auch anders

Die Blogs sind erfrischend, kurz, lang, schräg und eigenständig: [taz.de/blogs](http://taz.de/blogs)

**Eingelocht:** Die Olympia-Zweite Esther Henseleit hat bei ihrem Debüt gemeinsam mit Europas besten Golferinnen den Titel beim Solheim Cup nicht verteidigen können. Die Europäerinnen unterlagen beim 19. Kontinentalvergleich im Robert Trent Jones Golf Club in Gainesville dem US-Team mit 12,5:15,5 Punkten. Für die Amerikanerinnen ist es der elfte Triumph beim Solheim Cup.

**Eingedeutscht:** Der FC Barcelona und Ex-Bundestrainer Hansi Flick eilen in der spanischen Fußball-Liga weiter von Sieg zu Sieg. Angeführt von Doppeltorschütze Lamine Yamal gewannen die Katalanen beim FC Girona mit 4:1 und festigten mit der Maximalausbeute von 15 Punkten ihren Platz an der Tabellenspitze.

## Galaktische Rumppler

Das Räderwerk des Getriebes von Real Madrid läuft noch knarzend, weil Toni Kroos schmerzlich vermisst wird und Kylian Mbappé Zeit braucht

Von Florian Haupt

Vorige Woche kam es im Madrider Fußball zu einem aufsehenerregenden Comeback. Toni Kroos wurde wieder in der Szene gesichtet. Allerdings besuchte der Deutsche nur die Toni Kroos Academy – sein Projekt im wohlhabenden Vorort Boadilla del Monte. Vergebens blieben Hoffnungen, der Mittelfeldstrategie könne selbst wieder die Schuhe schnüren.

Zwanzig Kilometer weiter östlich im Zentrum der Hauptstadt gastiert heute der VfB Stuttgart bei einem Real Madrid, das Kroos schmerzlich vermisst. „Unersetzbar“ nannte Trainer Carlo Ancelotti seinen Spielmacher schon, als er noch hoffte, ihn zum Weitermachen überreden zu können. Doch Kroos optierte gegen eine elfte Saison mit Real. Wer in Ancelottis damaligen Worten eine düstere Prophezeiung erblicken mochte, darf sich bisher bestätigt fühlen.

Real „rumpelt“ durch die bisherige Saison, findet die Madrider Sportzeitung As. Die Ausbeute von elf Punkten aus fünf Partien ist noch das Positivste, bedeutet aber trotzdem schon vier Zähler Rückstand auf Barcelona. Zuletzt

gelang am Samstag bei Real Sociedad in San Sebastián nur deshalb ein Sieg, weil der Gegner dreimal Latte und Pfosten traf, ehe er zwei unnötige Elfmeter verursachte. Der etablierte Klubstar Vinícius Júnior und der neue Klubstar Kylian Mbappé verwandelten je einen, und Ancelotti räumte ein: „Wir hatten wahrscheinlich nicht verdient zu gewinnen.“ So kleinlaut erlebt man den stolzen Titelverteidiger von Liga und Champions League selten.

Dabei sah sich Real nach dem in allem Pomp zelebrierten Mbappé-Transfer erst recht als Meister aller Klassen. Doch noch plagen den Franzosen gewisse Anpassungsprobleme. Obwohl er im Schnitt pro Match 5,8 Torschüsse abgibt, weit mehr als jeder andere Profi in der Liga, hat er erst einmal aus dem Spiel heraus getroffen. Mbappés Über-eifer darf freilich erst mal als erwartbar eingestuft werden – wie auch die zahlreichen Blessuren bei Spielern, die im Sommer kaum regeneriert haben und diese Saison wegen neuer und erweiterter Wettbewerbe bis zu 70 Matches allein im Klub bestreiten müssen.

Andere Konflikte überraschen, zuvorderst einer um Vinícius und sein Standing im Verein. Der seit jeder

streitbare Brasilianer ist manchen offenbar zu weit gegangen, als er anregte, Spanien die Ausrichtung der WM 2030 zu entziehen, sollten die rassistischen Beleidigungen in den Stadien nicht abnehmen. Vinícius sei zu sehr mit Dingen außerhalb des Fußballs beschäftigt, wird nun lanciert. Dass die Ankunft eines neuen Galaktischen, wie von Skep-

tikern befürchtet, das sensible Ego-Gleichgewicht im Team durcheinandergebracht hat, wird dagegen bestritten. Vinícius' Verhältnis zu Mbappé gilt als einwandfrei. Der Landsmann und angestammte Sturmpartner Rodrygo beklagte sich zuletzt jedoch schon auffallend häufig, nicht mehr ausreichende Würdigung zu erfahren.

Und über allem steht die Lücke, die Kroos hinterlassen hat. Ohne ihn fehlen Sinn und Struktur auf dem Platz – das Gespür für Pausen und Beschleunigungen, für die Wechsel zwischen direktem und elaboriertem Angriffsspiel – sowie die Souveränität am Ball, all diese Erfordernisse und Ideen auch präzise umzusetzen. Nicht zufällig folgten in San Sebastián die ersten beiden Lattentreffer der Basken jeweils Fehlern in Reals Spieleröffnung – ein Ressort, für das Kroos zuständig war.

Ist der Deutsche der schmerzlichste Verlust in einem Verein, der in den letzten Jahren so prominente Abgänge wie von Ronaldo, Ramos oder Benzema kompensieren musste? Das wurde Ancelotti am Montag gefragt. „Man kann ihn nicht ersetzen“, wiederholte der Italiener, erklärte aber auch, „dass das Thema erledigt ist: Wir müssen nach vorn schauen.“ Mit dem vielseitigen Jude Bellingham, dem jungen Arda Güler, dem Veteranen Luka Modrić und dem Reservisten Dani Ceballos hat er schon allerlei Alternativen als Ballverteiler ausprobiert. Überzeugt hat bislang nur der dynamische Federico Valverde, ein anderer Spielertyp als Kroos, kein Organisator, aber solide.



„Blick nach vorn“: Real Madrids Mbappé (r.) und Coach Ancelotti Foto: reuters

gurke des tages

„Gemeinsames Singen soll Deutschland am 3. Oktober verbinden“, drohte die Bewegung „3. Oktober“ in ihrem gestrigen Bekenner schreiben auf epd für den Tag der Einheit an. An „rund 250 Orten“ will die Initiative auch gänzlich unmusikalische Gesamtdeutsche „zehn verbindende Lieder“ in die Gegend kraweelen lassen, um Ost mit West zu verschmelzen. Wo Soli wie Sonntagsrede versagten, soll die Plündererei das beharrlich geteilte Land zur Einheit zwingen. Da hilft echt nur noch beten.



das wetter

Direktiven

Gemäß der jüngst ausgelosten Staatsdirektive „Alles hängt mit allem zusammen“ hatte die Regierung den Bürgern die Große Verknüpfung verordnet. Carmen Palisander musste nun nicht nur ein emotionales Band mit einer Elster, einem Toaster und dem Kategorischen Imperativ knüpfen, mit einer Kordel am großen Zeh war sie auch mit ihrer ungeliebten Nachbarin Gesine Kaltenborn verbunden. Die Kaltenborn aber hatte einen der-



art unruhigen Schlaf, dass Carmen mehrmals in der Nacht erwachte. Zudem zog die Nachbarin beim Spaziergang im Park derart an der Leine, dass die alte Dame auf dem Herbstlaub ausrutschte und in eine Pfütze fiel. Deswegen fieberte die Rentnerin schon der morgigen Ausziehung entgegen, die eine neue Direktive bringen würde. Die begeisterte Brustschwimmerin hoffte auf den alten kosmologischen Badezusatz „Alles fließt“.

# Die Gottheit und die Gnoten

Der Knoten in den Akten. Eine Fortsetzungsgeschichte der etwas anderen Art (Teil 9 und Ende). Heute: Wie sich alles auflöste ...

Von Corinna Stegemann

Was bisher geschah: Rechtsanwalt Doktor Schrunz hat mithilfe der Triaden seine Mutter beseitigen lassen. Die drei verbrecherischen Brüder aber haben Schrunz seinen Mandanten Röder entführt, um an einen mysteriösen Knoten zu gelangen, der sie zu einem Schatz von unermesslichem Wert führen soll. Doch auf der Spur der Triaden ist bereits Schroppmann, der Transgender-Kommissar vom BKA. Rudi Röders Vater, der Großknöterich senior, wird derweil von Irmina Hornbach mit einem Kreuzstich ins Herz außer Gefecht gesetzt, und Schrunz bedroht sein Umfeld mit einem Komodowaran. Beim Eintreffen Schroppmanns am Ort des Showdowns erwartet alle Beteiligten eine äußerst überraschende Überraschung ...



Selbst eine in tausend Einzelteile zerflechte Welt kann wieder vollkommen gänschenheil werden Foto: ap

Während Schroppmann und Irmina noch damit beschäftigt waren, sich einerseits mit Bedacht, andererseits aber in Blitzesschnelle die Latexmasken von ihren Gesichtern zu ziehen und dabei „Blitzesschnelle“ rückwärts zu buchstabieren, bemerkten sie nicht, dass sich das Wasser im Froschteich zu merkwürdig verschlungenen Knoten kräuselte, unter denen es sich bedenklich und bedrohlich reckelte und regte, während kleine aufsteigende Blubberblasen eine Vorahnung auf die Hölle boten, die bald über alles hereinbrechen sollte. Und richtig: Aus dem Wasser stieg – wütend und mit blutunterlaufenden Lippen – Korbinian, der untote Komodowaran auf. Als Schroppmann und Irmina seinen bestialischen Todesatem, der sich ihnen ver-

mutlich in nicht weniger als 23 Sekunden nähern würde, bereits erahnen konnten, fiel Irmina etwas ein: Sie hatte neulich im Kaugummiautomaten eigentlich einen farbveränderlichen Gefühlsring ziehen wollen, es kam aber nur ein kleines Taschenmesser heraus, das sie dann in ihrer Jeans vergessen hatte. Vielleicht könnte sie das ja noch irgendwie finden: Nervös tastete sie ihre Hose ab – da war es! Heimlich zog sie es aus einer ihrer Taschen und buchstabierte dabei „Taschen“ und „Taschenmesser“ rückwärts. Mit bedrohlichen Schritten versuchte sie, sich dem grinsenden Korbinian zu nähern, das Taschenmesser geückt ...

Korbinian duckte sich mit seinen winzigen Echsenbeinchen noch tiefer, als er sich jemals zuvor geduckt hatte. Und dann tat der Komodowaran etwas, was er noch nie zuvor in seinem Leben getan hatte: Er stellte sich mit seinen stattlichen viereinhalb Metern aufrecht auf seine Schwanzspitze, bückte sich und griff sich mit den unansehnlichen Vorderkrallen an die noch hässlicheren Fußkrallen. Dann zog er sich mit einem gewaltigen Ruck seine giftig-warzenrumpckige Pustelhaut vom Leib! Schrunz kollabierte, als er sah, was sich wirklich unter Korbinians Maske verborgen hatte: Es war Röder, der sich ein Komodowaran-kostüm angezogen hatte, und

Schrunz nun die Hand reichte: „Ich werde dir, Schrunz, eine neue Welt eröffnen! Wappne dich, Schrunz, denn du erhältst heute die höchsten Weihen, die ein Rechtsanwalt und Bürgerlicher jemals erhalten hat, denn du hast alle Prüfungen bestanden ...“ „Das muss entweder die GGG sein, oder es sind die Chinesischen Tiraden“, schoss es Schrunz grammatikalisch korrekt durch den wirren Kopf. Nicht nur seine Frisur sah abscheulich aus, er konnte auch kaum einen klaren Gedanken fassen. Als hätte Röder seine unklaren Gedanken spüren können, blickte er ihn tief und unergründlich an. Dann schnauzte er im Kasernenhoft: „Schrunzi,

ziskus und Theodora Schrunz, geborene Bundschuh! Die Chinesischen Triaden Ems Müller, Heinz Meier, Heinz Schulze und Onkel Donald! Der Sonderermittler des BKA, Kommissar Schroppmann und Feng Hui, sein Assistent! Und Rudi Röder Senior! Der amtierende Großknöterich vom GGG und Tante Gunhild! Das verschlungene Ungetüm ächzte und krächzte, seufzte und stöhnte, knarzte und krachte. Das war also des Rätsels Lösung. Befreit lachte Schulz auf. Röder war ihm plötzlich so vertraut. Neckisch puffte der Anwalt seinen Mandanten in die Seite. Der puffte zurück, und im Nu war die hübscheste Rauferei im Gange. Danach schauten sie erschöpft, aber glücklich in die rote Sonne, die irgendwo zwischen Xanten und Trier im Meer versank. Nach einer Weile fragte Schrunz: „Du, Röder?“ – „Ja, Schrunz?“ – „Was ist denn jetzt eigentlich aus Irmina Hornbach geworden? Und was sollen wir mit dem Knoten jetzt anfangen?“ Röder zog seine Augen zu bedrohlichen Schlitzeln zusammen, hinter denen es gefährlich funkelte und knurrte: „Das klären wir nächsten Sommer.“ Dann brauste er in seinem goldenen Citroën CX in die aufgehende Sonne. Im Froschteich vollführte ein hübscher komodowaranähnlicher Koi Kapriolen ... (Ende)

Christian Kreis Flachmatt

Jetzt habe ich mir eine Matte bestellt, auf der Scheiben aus Hartplastik mit lauter Spitzen dran befestigt sind. Ein schwedischer Masseur oder Masochist hat das erfunden, in Anlehnung an das Nagelbrett der Fakire. Kurz darauf erhielt ich ein Video von Nico von Shaktimat. Das ist kein Prinz aus dem Morgenland, wie man denken könnte, sondern eine Influencerin aus Berlin, die mir die Vorteile dieser Akkupressurmatte, der Shaktimat, näherbringen soll. Bevor wir mit der Übung beginnen, möchte sie mir noch etwas „Background Knowledge geben“. Ich halte ja in die Rede eingestreutes Englisch, um irgendwie cool und up to date zu wirken, für ein absolutes No-Go. Hier mache ich mal eine Aus-

nahme, was nicht an ihrer attraktiven Figur in hautengen Yogaleggins liegt, sondern an der freundlichen Ansprache. Shakti, so erklärt er mir Nico von Shaktimat, während sie im Schneidersitz in die Kamera spricht, bedeutet in Sanskrit „weibliche Energie durch Mitgefühl, Kreativität und Fürsorge“. Wer wollte sich dem verschließen? Gerade jetzt liegt das ja voll im Trend. Die Matten werden auch von fröhlich lachenden indischen Frauen hergestellt, wie Fotos bezeugen. Kann auch sein, dass sie aus dem Lachen nicht mehr herauskommen, weil das Marketing von Shaktimat alles richtig gemacht hat und mir das Gefühl gibt, ein rundherum gutes Produkt erworben zu haben. Ich öffne den Karton, ein optimistisches Orange strahlt mir

entgegen. Autsch! Die Plastespitzen sind wirklich spitz. Wenn ich mich da 20 Minuten am Tag drauflege, werden die natürlichen Glückshormone meines Körpers freigesetzt. Ich breite die Matte auf dem Boden aus. Man kann sich auch mit den Füßen draufstellen. Meine Füße würden glücklich werden, verheißt mir Nico von Shaktimat. Es hat auch ein bisschen was von einer Tretfalle im Dschungel, um den Feind lahmzulegen. Wenn bloß die vielen Spitzen nicht wären. Dann läge man recht problemlos auf dieser Matte. Es gibt allerdings einen Trick, den Nico von Shaktimat mir nun verrät. Nach fünf Minuten des Drauf liegens, sagt sie, lasse der Schmerz nach. Fünf Minuten können jedoch sehr lang sein, was jeder nach-

vollziehen kann, der regelmäßig mit seiner Mutter telefoniert. Ob die Shaktimat endet wie mein Kopfstandhocker, der Bauchroller, das Liebscher-Bracht-Faszienballset und das Wackelbrett mit rutschfestem Standfuß? Rücklings näherte ich mich langsam der Matte, es tänzelte kleine schwarze Punkte auf meiner Iris, denn die Spitzen bohren sich tief in die Haut, meine Rückenschmerzen spüre ich augenblicklich gar nicht mehr, weil das so weh tut. Das ist ja toll, denke ich, während meine Freundin die Tür zu meinem Arbeitszimmer öffnet, um nachzusehen, warum ich so schreie. Nicht schlimm, bedeute ich ihr. „A new Fakir is born“, rufe ich. Dann verliere ich vor Glück mein kritisches Bewusstsein.

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag, Herausgeb.: taz die tageszeitung, Verlagsgenossenschaft eG

**Hausanschrift:** Friedrichstraße 21, 10969 Berlin  
**Postanschrift:** Postf. 610229, 10923 Berlin  
**Telefon:** 030 | 25 902-0 | www.taz.de  
**Chefredaktion:** Barbara Junge, Ulrike Winkelmann, Katrin Gottschalk (stellv.)  
**Chefreporter:** Peter Unfried

**Lokalredaktionen:**  
**Nord-Hamburg:** Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0  
**Bremen:** Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0  
**Berlin:** Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 25 902 0

**Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes:** Barbara Junge  
**LeserInnenbriefseite:** Gaby Sohl  
**Anzeigen:** Sönke Tümmler  
**Berliner Lokalteil:** Marie Frank | alle Berlin  
**Regionaltel Nord:** Jan Kahlcke | Hamburg  
**LeserInnenbriefe E-Mail:** briefe@taz.de  
**Fax:** 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

**taz Shop:** 030 | 25 902 138

**Anzeigenverkauf:** taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21  
**Tel.:** 030 | 25 902 314  
**E-Mail:** anzeige@taz.de

**Verlag:** taz Verlags- und Vertriebs GmbH Friedrichstraße 21, 10969 Berlin  
**Geschäftsführerinnen:** Aline Lüllmann, Andreas Marggraf  
**Gesellschafter:** taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

**Vorstand:** Pascal Becker, Redakteur | Anne Fromm, Redakteurin | Aline Lüllmann, Kauffrau | Andreas Marggraf, Kaufmann | Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

**Aufsichtsrat:** Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer / Steuerberater, Bielefeld | Hermann-Josef Tenhagen, Journalist, Berlin | Nina Schoenian, Kauffrau, Berlin

**Druck:** auf PALM Recyclingpapier: A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, 25421 Pinneberg | prima Rotationsdruck Nord GmbH & Co. KG, 19243 Wittenburg | MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen

**Abo-Service:** 030 | 25 902 590  
 9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.  
**Fax:** 030 | 2 59 02-680  
**E-Mail:** abo@taz.de  
 Abo-Nummer nicht vergessen!  
 Mtl. Mindestpreis regulär 42,80 €



bundes **talk** 



**bundestalk**

# Kamala Harris weiter Weg zum Sieg

Das TV-Duell gegen Donald Trump hat Harris souverän gewonnen. Doch wie wird der Kampf um das Weiße Haus ausgehen? Darüber spricht **Stefan Reinecke** mit **Barbara Junge**, **Bernd Pickert** und **Marina Klimchuk**.

**Jetzt hören!**



Matthias Platzeck 1997 bei der Oderflut in Brandenburg. Das Hochwasser brachte dem damaligen Umweltminister den Ruf ein, ein „Deichgraf“, kurzum ein Kümmerer, zu sein. Foto: Jochen Eckel/ imago

# „Vertrauen ist eine der wichtigsten Währungen“

Die kommende Landtagswahl in Brandenburg treibt vielen den Angstschweiß auf die Stirn. Bleibt die SPD mit Dietmar Woidke stärkste Kraft? Ein Gespräch mit dem früheren Ministerpräsidenten Matthias Platzeck (SPD) über Gründe für das Wahlverhalten im Osten. Und warum es dringend nötig ist, in einen ehrlichen Dialog mit den Menschen zu treten

Interview **Plutonia Plarre**

**taz:** Herr Platzeck, im Moment holt die SPD in Brandenburg in den Umfragen auf, aber die AfD liegt nach wie vor vorn. Was muss Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) tun, damit das Hochwasser für ihn bei den Wahlen am 22. September nicht zum Waterloo wird?

**Matthias Platzeck:** Das, was er immer tut, vorausschauend und überlegt auf die Situation reagieren. Er hat bereits am Sonntag mit den Landräten, dem THW und der Feuerwehr nötige Maßnahmen vorbereitet. Seine Erfahrungen als früherem Umwelt- und Innenminister kommen ihm dabei zugute. **Machen Sie sich Sorgen um Brandenburg?**

**Platzeck:** Ich bin nach wie vor optimistisch, dass die Sozialdemokratische Partei mit Dietmar Woidke und wegen Dietmar Woidke am 22. September die Wahl gewinnt. Die Bilanz des Ministerpräsidenten ist sehr gut. Unter den ostdeutschen Ländern steht Brandenburg exzellent da. Es ist das Land mit dem größten Wirtschaftswachstum. Die Regierung Woidke hat hier in den letzten fünf Jahren deutlich geliefert. Und er

hat auch eine sehr gute persönliche Bilanz. Alle Umfragen sagen, dass er mit großem Abstand der beliebteste Politiker in diesem Land ist.

**taz:** Sie selbst waren vor Woidke Ministerpräsident von Brandenburg, davor waren Sie auch Umweltminister. Bundesweit bekannt geworden sind Sie 1997 bei der Oderflut als allseits präsen-ter „Deichgraf“, der sich um die Menschen kümmert. Woidke gilt als eher spröde und bürokratisch, alles andere als charismatisch, geschweige denn als Kuscheltyp. Wie erklären Sie sich seine Popularität?

**Platzeck:** Bei Wahlveranstaltungen, an denen ich in den letzten Tagen zusammen mit ihm teilgenommen habe, war deutlich spürbar, dass er ein großes Vertrauen bei den Menschen genießt. Kuscheltyp hin oder her, Vertrauen ist eine der wichtigsten Währungen, die wir überhaupt haben.

**taz:** Knapp 35 Jahre nach dem Mauerfall sind etliche Bücher über Ostdeutschland erschienen. Mit allerhand Thesen über mögliche Gründe für den großen Zuspruch der AfD im Osten. Was sagen Sie?

**Platzeck:** Da spielen viele Dinge rein, unter anderem die nicht selten überhebliche Debatte über Ostdeutschland. Und natürlich gibt es in der ostdeutschen Gesellschaft Nachwirkungen, was den totalen Zusammenbruch der 90er und 2000er Jahre angeht. Die Deindustrialisierung. Die Abwanderung. Wenn Sie 1,5 Millionen bis 2 Millionen Menschen verlieren, wird eine Gesellschaft, die diesen Verlust verkraften muss, nicht per se mutiger und zuversichtlicher. Das ist erst mal zu verarbeiten. Und wenn Sie abheben auf die ja geringere Achtung, die demokratische Institutionen im Osten Deutschlands genießen, wie Umfragen zeigen, hat das natürlich Ursachen.

**taz:** Die wären?

**Platzeck:** Eine der Hauptursachen ist die totale Unterrepräsentanz von Ostdeutschen in ebendiesen vielen Institutionen. Damit geht natürlich auch eine Haltung einher: Sind ja nicht meine Institutionen. Nehmen Sie nur die Gerichte, die Hochschulen oder die Medien – überall sind die Spitzenposten mit Westdeutschen besetzt.

**taz:** Was wäre da noch?

**Platzeck:** Wir haben eine völlig ungleiche Vermögensverteilung. Ein Großteil der Immobilien, viele Wälder und Äcker und was auch immer gehört mittlerweile Westdeutschen. Unzählige zahlen ihre Mieten nach Westdeutschland. Wenn Sie eine Ferienwohnung an der Ostsee mieten, zahlen Sie die Mieten oft nach Nordrhein-Westfalen. Bei Erbschaften und Vermögen stellt der Osten nur einen Bruchteil. Die Abschlüsse von Ostdeutschen mussten meist nachgeholt werden, was natürlich eine Abwertung ist. Wenn eine kleinere Gesellschaft einen Systemwettbewerb verloren hat, wäre es klug und erfolgversprechend gewesen, sie bei der Vereinigung mit einer größeren Gewinnergesellschaft zumindest auf die Dinge abzuklopfen, die in den 40 Jahren DDR ganz gut funktioniert haben, und die mit in das gemeinsame Deutschland zu nehmen.

**taz:** Was hätte das sein können?

**Platzeck:** Ich denke da an die Stellung der Frauen in der Gesellschaft, Ganztagschulen, Kitas und Polikliniken, die wir heute verschämt nicht mehr Polikliniken nennen, sondern medizinische Versorgungszentren. Es darf ja nicht nach Osten klingen. Strukturelle Elemente, die vernünftig waren, hätte man ihrer ideologischen Gehalte entkleiden und mitnehmen müssen. Ist alles vermieden worden. Man hatte gewonnen, triumphierte, und dann wundert man sich heute, dass das nachwirkt. Dieser Erfahrungshintergrund, der auch die DDR-Vergangenheit einschließt, hat dazu beigetragen, dass es heute eine deutlich ausgeprägte ostdeutsche Identität gibt, die viele Menschen in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg verbindet.

**taz:** Aber warum kommt das erst jetzt zum Vorschein und warum haben in Thüringen 38 Prozent der Jungwähler AfD gewählt?

**Platzeck:** Wer individualpsychologisch Verletzungen und Missbräuche erlitten hat, der liegt auch selten schon ein Vierteljahr später beim Psychologen auf der Couch, das kommt erst später hoch. Gesellschaftliche Traumata werden oft über Generationen weitergegeben. Der heimische Küchentisch schlägt jede an-

dere Bildungs- und Informationseinstellung.

**taz:** Was folgt daraus?

**Platzeck:** Damit müssen wir umgehen und zumindest den Versuch starten. Das beginnt übrigens immer mit einem offenen ehrlichen Gespräch, was wir viele Jahre Ost-West nicht geführt haben. Und, das ärgert mich auch als überzeugten Ostdeutschen, dass der Osten immer dann Mode wird, wenn es solche Wahlergebnisse gibt. Dann trommelt man alles zusammen und sagt: Was ist denn da los? Aber danach ist immer gleich Schluss und man widmet sich wieder der westdeutsch geprägten Gesamtdebatte. Bisher war das zumindest so. Aktuell gibt ein paar Anzeichen, dass es dieses Mal vielleicht anders ist.

**taz:** Dann sage ich jetzt mal als Westlerin: Viele ärgert maßlos, dass Ostdeutsche von Überfremdung reden, obwohl in ihrer Gegend kaum Migranten leben. Dass Ostdeutsche von sich behaupten, nicht rechtsextrem zu sein, aber einer Partei Vorschub leisten, die die Nazivergangenheit verharmlost und deren Führungspersonal zum Teil aus Faschisten besteht. Haben Sie für diesen Ärger auch Verständnis?

**Platzeck:** Das verstehe ich nicht nur, ich erfahre es jeden Tag, ich diskutiere ja viel mit westdeutschen Kollegen und Freunden. Da kommt dann auch gerne mal das Wort vom undankbaren Ossi. „Die Ossis sind entweder Kommunisten oder Faschisten. Dazwischen tun sie es nicht. Eklig.“ So eine Debatte muss man fundierter und tiefergehend führen. Was sich in Ostdeutschland Bahn bricht, ist etwas, was die Summe der Ereignisse ausmacht und damit entschuldige ich gar nichts. Es gibt Dinge, die sind nicht entschuldbar. Aber sie haben Ursachen, trotzdem.

**taz:** Die vermeintlich Zukurzgekommenen rächen sich, indem sie den etablierten Parteien mit ihrem Wahlverhalten richtig eins auswischen. Die AfD wird das ja nicht richten.

**Platzeck:** Das wird vordergründig vielleicht auch nicht erwartet. Man will hier

## Wahlen in Brandenburg

**Am 22. September** wählt Brandenburg einen neuen Landtag. Seit mehr als elf Jahren regiert Ministerpräsident Dietmar Woidke, zurzeit in einer rot-schwarz-grünen Koalition. Woidke tritt zum dritten Mal als SPD-Spitzenkandidat an. Bei der Wahl setzt er alles auf eine Karte. Wenn die AfD stärkste Kraft wird, sei er weg.

**In einer Umfrage** vom 9. bis 11. September sah infratest die AfD mit 27 Prozent vorn, aber die SPD ist den Rechtspopulisten mit 26 Prozent dicht auf den Fersen. CDU 16 %, BSW 13 %. Grüne und Linke könnten an der Fünfprozenthürde scheitern.

auch Zeichen setzen. Wir dürfen bei allen AfD Wählern aber nicht vergessen, dass 70 Prozent andere Wege suchen, die vielleicht auch nicht zufrieden sind mit manchen Dingen. Wenn ich die Debatten, an denen ich teilnehme, sozusagen als Feldversuch richtig zusammenfasse, dann wollen Menschen Sicherheit in ihrem Land und sie wollen einen handlungsfähigen Staat.

**taz:** Geht das präziser?

**Platzeck:** Holzschnittartig zusammengefasst haben wir zweimal bei großen Fragen keine entsprechenden Antworten und Lösungen gefunden. Nach 2015 in der Flüchtlingskrise, wo eine schon fast scheinotote AfD komplett wieder auferstanden ist. Bei der Frage Krieg und Frieden in der Ukraine haben wir völlig zurecht gesagt, wir unterstützen die Ukraine mit Waffen. Kein Land in Europa hat das so umgesetzt wie Deutschland, aber das reicht den Menschen nicht, weil sie zum Beispiel Ängste haben vor einer Eskalation bis hin zu einem Atomkrieg. Auf diese beiden Fragen haben wir keine zufriedenstellenden Antworten gefunden, die den moralischen und sachlichen Anforderungen genügen. Das hat sich ein Ventil gesucht.

Fortsetzung auf Seite 22

Fortsetzung von Seite 21

**taz: Welches Ventil?**

**Platzek:** AfD und BSW. So ist das in einer Demokratie. Auch Sahra Wagenknecht lebt letztlich nur von diesen beiden Themen. Vielleicht muss man das auch noch mal klar sagen: Wenn zwei Parteien in relativ kurzer Zeit so rüssieren, dass sie in Thüringen fast die Hälfte der Wählerschaft begeistern, müssen sich etablierte Parteien fragen, was sie tun können, damit sich die Menschen mit ihren Empfindungen wieder mehr berücksichtigt fühlen.

**taz: Was heißt das in Bezug auf weitere Waffenlieferungen an die Ukraine?**

**Platzek:** An der Kriegssituation hat sich relativ wenig geändert. Die Russen machen sogar weiter Geländegewinne in der Ostukraine. „Wollt ihr die nächsten zwei Jahre das einfach so weitermachen?“, fragen die Leute auf den Wahlveranstaltungen.

**taz: Vergangene Woche hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) überraschend erklärt, die Zeit sei reif für Friedensverhandlungen.**

**Platzek:** Nicht nur in Anbetracht dessen, was in der Bevölkerung debattiert wird, halte ich das, genau wie die weitere Solidarität mit dem ukrainischen Volk, für absolut richtig. Egal wo Krieg ist, egal wer den Krieg führt – es ist fast eine heilige Pflicht immer wieder den Versuch zu machen, den Krieg durch Verhandlungen und diplomatische Bemühungen zu beenden.

**taz: Sie sagen selbst, Putin gewinnt Land, die Panzer rollen. Glauben Sie, ein Frieden wäre möglich, ohne dass die Ukraine große territoriale Verluste erleidet und damit viele weitere Menschen auf der Flucht wären?**

**Platzek:** Das wäre derzeit alles Spekulation. Noch mal gesagt: Die Versuche müssen erstmal gemacht werden. Die Uraufgabe von Diplomatie ist, 100 Türklinken anzufassen und Lösungsansätze zu suchen. Diplomatie kennt viele Wege. Es gibt auch diplomatische Bemühungen, die kommen nicht an die Öffentlichkeit, und das ist auch gut so.

**taz: Sie waren 10 Jahre Vorsitzender des deutsch-russischen Forums. Die Verständigung mit Russland in Form einer nachträglichen völkerrechtlichen Regelung, die Sie 2014 nach der Annexion der Krim durch Russland gefordert haben, hat Ihnen bei Kritikern den Ruf „Putin-Freund“ eingebracht.**

**Platzek:** Es reicht ja heute fast schon, das Wort Diplomatie in den Mund zu nehmen, um als Putin Freund bezeichnet zu werden. Das richtet Schaden in der Gesellschaft an.

**taz: Das müssen Sie erklären.**

**Platzek:** Das Problem ist, dass Diskussionen über berechnete Fragen und Ängste von Menschen sofort damit diskreditiert werden, man habe keine Solidarität mit dem ukrainischen Volk oder sei ein Freund Putins. Wir haben nur noch diese schematischen Diskussionen, die die Menschen aber spüren. Entweder ziehen sie sich dann aus solchen Debatten zurück oder sie zeigen an der Wahlurne ihre Meinung.

Die Pegelstände steigen weiter: an der Elbe, der Oder und – wie hier in Guben – an der Neiße  
Foto: Patrick Pleul/dpa



## Brandenburg vor den Wahlen und der Welle

An der Oder und der Elbe rechnen sie mit Hochwasser und stellen sich auch auf den Katastrophenfall ein. Berlin ist durch den Spreewald besser geschützt

Von **Claudius Präßer** und **Uta Schleiermacher**

In Brandenburg starren sie derzeit nicht nur auf Diagrammbalken zu Wahlumfragen, sondern auch auf Pegelstände. Wegen der extremen Niederschläge in Polen und Tschechien bereiten sich das Land und die Kommunen auch hier auf Hochwasser vor. Das Land hat für den gesamten Osten an Elbe, Neiße, Oder, aber auch Dahme, Spree und Berste bereits am Wochenende Hochwasserwarnungen herausgegeben.

Besonderes Augenmerk liegt derzeit auf der Oder: „Alarmstufe 3 werden wir hier sicher erreichen, möglicherweise auch Stufe 4“, sagte ein Sprecher des Landesamts für Umwelt (LfU) am Montag der taz. Für genauere Vorhersagen sei es noch zu früh, auch die Datenübermittlung aus den Hochwassergebieten in Polen lieferte teils stockend. Er rechnet damit, dass am Dienstag genauere Prognosen möglich seien. Alarmstufe 3 ruft das LfU aus, wenn das Wasser bis zur halben Deichhöhe geht und absehbar weiter steigt. Dann wird ein ständiger Wachdienst auf den Deichen eingerichtet. Alarmstufe 4 ist die „Katastrophenabwehr“, bei der damit zu rechnen ist, dass das Wasser größere Flächen und Straßen überflutet.

In Frankfurt (Oder) war der Pegelstand am Montag laut LfU-Daten rund 60 cm höher als noch am Freitag, Tendenz weiter steigend. Die Stadt sei vorbereitet, sie seien mit den Landesbehörden in Kontakt und hätten für Dienstag einen Krisenstab einberufen, sagte ein Sprecher der taz. „Die großen Wassermassen erwarten wir erst ab Mittwoch“, sagte er. Beim LfU rechnen sie damit, dass die Hochwasserwelle aus Polen am Mittwoch die Oder-Neiße-Mündung bei Ratzdorf passiert, von wo aus es noch ein bis zwei „Fließtage“ bis Frankfurt (Oder) seien. „Im Moment sieht es nicht nach besonders

hohen Wasserständen aus. Konkret wird es auch davon abhängen, wie die Hochwasserwellen der Neiße und anderer Zuflüsse zeitlich aufeinandertreffen“, sagt Sergiy Vorogushyn, Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Hydrologie beim Deutschen Geoforschungszentrum Potsdam (GFZ).

Auch die Elbe sei vom Hochwasser betroffen, allerdings rechnet Brandenburg derzeit damit, dass es hier mit einer langgestreckte-

Ohne die Klimaveränderung wäre die aktuelle Wetterlage quasi unmöglich

ren Welle und einem abgeschwächten Scheitel durchfließen wird. Es könnte sich auf einen längeren Fluss-Abschnitt verteilen und daher weniger heftig ausfallen. „Die Saale, die 2002 auch Hochwasser geführt hatte, ist jetzt nicht betroffen, auch das entschärft die Situation“, sagte der LfU-Sprecher.

Laut Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) sind 2,6 Millionen Sandsäcke verfügbar. Technisches Hilfswerk, Feuerwehr und Bundeswehr seien darauf vorbereitet, bei Bedarf zu unterstützen. „Wir müssen sehr wachsam sein“, sagte Landesumweltminister Axel Vogel (Grüne) am Wochenende.

Klar sei aber auch, dass durch die vom Menschen verursachte Erderwärmung solche Extremwetterereignisse künftig häufiger auftreten werden – mit den entsprechenden Folgen.

„Die Forschung zeigt, dass Extremwetterereignisse wie das aktuelle wahrscheinlicher werden, auch wenn wir den Faktor erst im Nachgang genauer berechnen können“, sagt GFZ-Mitarbeiter Vorogushyn. Schon jetzt ließe sich sagen, dass die sommerliche Hitzewelle im Mittelmeerraum und die extremen Temperaturen, die mit ursächlich für die aktuelle Wetterlage sind, ohne die Klimaänderung quasi unmöglich gewesen wären. „Das ist tatsächlich ein Präzedenzfall“, betont Vorogushyn.

Berlin dürfte übrigens bis auf Weiteres zumindest von einem Flusshochwasser verschont bleiben: „Eine Ausuferung der Spree ist hier nicht das Problem“, sagt der Wissenschaftler. Wenn es Niederschläge im Oberlauf der Spree gegeben habe, seien diese nie nennenswert in der Stadt angekommen – „weil beispielsweise der Spreewald wie ein Schwamm wirkt und das Hochwasser abpuffert“.

Bedeutende menschengemachte Puffer kommen hinzu, etwa die Überleitungen in die ehemaligen Tagebaue bei Cottbus, die geflutet und in Seen verwandelt werden, oder der Spree-Dahme-Umflutkanal. Auch Müggelspree und Müggelsee können große Wassermassen aufnehmen. Abgesehen von den Überschwemmungen im Jahr 1945, für die zahlreiche gesprengte Brücken und ein folgende Eisstau verantwortlich waren, trat die Stadtspreetzuletzte 1905 aufgrund eines Hochwassers über ihre Ufer. Für die Hauptstadt sind laut Vorogushyn dagegen Starkniederschläge wie etwa im Sommer 2017 die größere Gefahr. Wenn heftige Wolkenbrüche in einzelnen Stadtteilen die Kanalsysteme überfordern, kann es zur Überschwemmung von Unterführungen, Autobahnabschnitten oder Kellern kommen.

Protest an der TU

### Aufregung um Volker Beck

Der ehemalige Grünen-Bundestagsabgeordnete und Leiter des Tikvah-Instituts, Volker Beck, bezeichnet Aktionen gegen seinen Vortrag an der Technischen Universität (TU) als „Demokratieproblem“. Im Rahmen einer Sommerakademie zu Antisemitismus war er für Montagabend zu einem Vortrag über jüdische Feiertage und deutsches Recht eingeladen. Dagegen hatten unter anderem die Gruppen „NotinyournameTU“ und „Palästina spricht“ mehrere Protestveranstaltungen angekündigt. Ihr Protest richte sich nicht gegen das Thema, sondern gegen die Person Volker Beck, als „eine Person, die Hass schürt“ und bekannt dafür sei, gegen Minderheiten zu hetzen, wie ein „studentisches Kollektiv“ der TU in einem Statement schreibt. Beck unterstütze das militärische Vorgehen Israels in Gaza und habe die Wiedereinführung des Ordnungsrechts an Berliner Universitäten „vehement“ befürwortet.

„Die Polizei ist schon seit vielen Tagen mit der Sicherheit der Veranstaltung beschäftigt“, erklärte Beck.

„Aber: Die Aktionen gegen meinen Vortrag sind in erster Linie kein Sicherheitsproblem.“ Die dahinterstehenden Aktivisten wollen niederbrüllen und mundtot machen. Er forderte die Leitung der TU dazu auf, „klar und öffentlich“ Position zu beziehen. Beck äußerte außerdem die Forderung, dass die Protestaufrufe aus dem Umfeld von Gruppen kämen, die auch Sympathien für den Angriff auf Kultursenator Joe Chialo (CDU) zeigten.

Chialo hatte am Donnerstagabend bei der Wiedereröffnung des Zentrums für Kunst und Urbanistik in Moabit gesprochen. Rund 40 Demonstrant\*innen hatten sich am Rednerpult vor dem Eingang des Gebäudes versammelt, verbotene Parolen skandiert und Chialo als „Rassisten“ beleidigt. Plakate forderten den Fortbestand des Kulturzentrums „Oyoun“. Die Gruppe umringte den Senator, zündete Böller und warf einen Mikrofonständer in seine Richtung. Die Polizei nahm mehrere Menschen fest.

Uta Schleiermacher

**Andreas Hergeth** ist happy über Baulärm vor seinem Mietshaus – endlich wird der Gehweg saniert

### Jetzt geht's aber holterdiepolter

Das ich mich mal über Baulärm vorm Haus freuen hätte ich nie gedacht. Seit einer Woche wird in meiner Straße, der Hausburgstraße im Nordkiez von Friedrichshain, der Gehweg saniert. Und ich bin happy. Das klingt absurd? Nun, ich warte darauf seit einigen Jahren. Aber der Reihe nach.

Seit einer Woche herrscht reges Treiben in unserer ansonsten ruhigen Seitenstraße. Die Hausburgstraße liegt am alten Schlachthof, auf der einen Seite stehen Gründerzeitbauten, auf der anderen säumt die alte Schlachthofmauer aus Backsteinen den Gehweg. Nun versperren weiß-rote Absperrgitter aus Kunststoff komplett den Bürgersteig vorm Haus; durch einen schmalen Bereich kommt man rein und raus.

Der Fußgängerweg hat eine Sanierung bitter nötig. Denn der ist eine Zumutung, schon immer – ich lebe hier seit 1995. Überall Stolperfallen. Hier ist nichts mehr eben, mensch muss Slalom laufen, hier wacklige Gehwegplatten, da Wurzeln der Straßenbäume, so dick wie starke Oberarme. Auf mehreren Metern fehlen Gehwegplatten ganz, dort liegt das Erdreich blank, bei Regen entstehen große Pfützen. Diese fieseren Stellen wurden immer mal wieder mit Bitumen aufgeschüttet, aber das

hat die Sache eher verschlimmbessert.

Ein Teil des Trottoirs jenseits unseres Wohnhauses wurde schon saniert – im Herbst 2019. Damals ließ der Bezirk rund 80 Meter an einem Ende der Hausburgstraße aufmöbeln. Es entstand schönster Gehweg, ebenerdig und plan, eine Freude für alle Fußgänger:innen, vor allem Leute mit Gehstützen, Rollstühlen, Kinderwagen ... Doch der nun stolperfreie Gehweg endete genau vor unserem Haus.

„Für dieses Jahr geplant“

Die seinerzeit befragte Pressestelle des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg gab im Januar 2020 die Auskunft, dass „die Gehwegsanierung der Hausburgstraße in mehreren Abschnitten für dieses Jahr geplant“ wäre – also für 2020. Das Ziel wurde glatt verfehlt. Aber nun ja, ich will dankbar sein, dass es vier Jahre später doch noch etwas wird damit. Eben in mehreren Abschnitten.

Denn die Sanierung ist wieder nur Stückwerk. Nur auf gut rund 100 Meter wird der Gehweg lediglich bis zur nächsten Ecke, der Kochhahnstraße, erneuert. Daran schließt sich ein Stück mit unsaniertem Holterdiepolter-Gehweg an, gefolgt von einem Bereich eines bereits

sanierten Teilstückes (da, wo die bekannte Hausburgschule liegt). Der letzte Teil ist dann wieder in einem miserablen Zustand. Mit gesundem Menschenverstand lässt sich diese Vorgehensweise im Häppchenformat nicht erklären.

Letztens waren Männer der beauftragten Firma dabei, Holzgitter zum Schutz um die Straßenbäume zu verschrauben. Erste Platten wurden von ihnen aus dem Gehweg herausgebrochen. Eine Woche später sind fast schon alle alten Gehwegplatten und Pflastersteine weg, das sandige Erdreich liegt wie eine offene Wunde da.

Ich sage den Kollegen beherzt „Guten Morgen“ und auch, wie sehr ich mich als Anwohner freue, dass es endlich – nach vier Jahren! – weitergeht mit der Gehwegsanierung, und das in finanziell so klammen Zeiten. „Die nächsten Jahre wird es ja noch enger“, sagt der eine. „Und wir werden auch immer wieder abgezogen von den Arbeiten“, meint der andere, „wie überall gibt es Personalprobleme.“

Na mal sehen, ob die avisierte Bauzeit für das Stück Bürgersteig tatsächlich bis 1. November eingehalten werden kann. Man kennt ja das Problem mit großen und auch kleinen Baustellen in Berlin.

# Spreewater reitet Verdrängungswelle

Ein Berliner Immobilienunternehmen kauft ein Mietshaus in Wedding. Prompt folgen Kündigungen und Mietpreiserhöhungen. Die Bewohner stellen sich auf unruhige Zeiten ein

Von **Christoph Mayer**

„Alles bleibt besser“, verkündete die Spreewater GmbH, als sie sich den Bewohnern der Groninger Straße 3 und 5 im April dieses Jahres als neue Eigentümerin des Wohnhauses vorstellte. Doch die Mieterinnen und Mieter machen schnell eine ganz andere Erfahrung: Nichts bleibt, wie es war, und besser wird schon gar nichts – so lässt sich die vorherrschende Stimmung in dem Mietshaus unweit des Leopoldplatzes einfassen.

Einige Bewohner erhielten bereits Kündigungsschreiben, andere wurden mit hohen Mietpreiserhöhungen konfrontiert. Ein Vertreter der Spreewater GmbH informiert die Mieter aktuell in Hausgesprächen über geplante Modernisierungsmaßnahmen, deren Kosten auf die Mieten umgelegt werden sollen.

In der Groninger Straße 3 und 5 zeigt sich, wie Aufwertung und Verdrängung auf dem Berliner Immobilienmarkt Hand in Hand gehen. Besonders bemerkenswert ist das hohe Tempo, mit dem die 2020 gegründete Spreewater GmbH das Gründerzeithaus in Wedding an die modernen Mietgegebenheiten in der Hauptstadt anpasst.

Das bekommt auch Jacky K. zu spüren, die seit zwei Jahren in einer der 22 Wohnungen des Hauses zur Untermiete wohnt. Wie lange sie noch bleiben kann, ist ungewiss. Mitte August sollte sie laut Aufforderung des Vermieters das Zimmer in ihrer WG räumen, erzählt sie. Vor ihr mussten bereits andere Mieter Kündigungen für Lagerräume und ein Atelier einstecken.

Doch Jacky K. ist in ihrer Wohnung geblieben, nachdem das Ultimatum endete. Die 49-Jährige sitzt auf einer Bierbank im Innenhof des Doppelhauses. Leere Flaschen zeugen noch von einem gemeinsamen Grillabend der Hausgemeinschaft am Vorabend. Es gibt derzeit viel Gesprächsstoff im Haus.

Ende Juli erhielt ihr Mitbewohner ein

Schreiben von der neuen Eigentümerin. Darin fordert die Spreewater GmbH die Beendigung des „Untermietverhältnisses mit Frau K.“ für das es keine Genehmigung gebe. Das Unternehmen sei „nicht bereit, dieses vertragswidrige Verhalten zu akzeptieren“, heißt es in dem Brief, der der taz vorliegt.

Spreewater stellte dem Mitbewohner eine fristlose Kündigung in Aussicht, sollte er „die Nutzung der Mietsache durch Frau K.“ nicht bis zum 15. August beenden. Auf eine Anfrage der taz zur Rechtmäßigkeit der Abmahnung antwortete das Unternehmen: „Verstöße gegen vertragliche Pflichten werden im Rahmen der ordentlichen Verwaltung nicht geduldet“.

Jacky K. ist zuversichtlich, dass die Drohungen der Spreewater GmbH ins Leere laufen. Dafür spricht eine Genehmigung des Untermietverhältnisses, die noch von der alten Hausverwaltung ausgestellt wurde. Dennoch ist die Situation für sie unangenehm, wie sie sagt. Die gebürtige Ost-Berlinerin, die aktuell arbeitsunfähig ist, arbeitete eigentlich als Stewardess auf Yachten. Bis September 2020 verbrachte sie die meiste Zeit auf dem Meer, doch ein Handgelenkbruch zwang sie, ihren Beruf aufzugeben. Seitdem ist sie an Berlin gebunden – und an diese Wohnung, wie sie betont.

Das Drohschreiben ist aus ihrer Sicht reine Schikane. Spreewater wisse genau, dass sie legal in der Groninger Straße wohne. Ihrer Meinung nach wird Druck gemacht, weil die aktuellen Bewohner einer Verwertung der Immobilie im Weg stehen. Doch die Hausgemeinschaft will die Verwertungsabsichten der neuen Eigentümerin nicht einfach so über sich ergehen lassen.

Die Renditeerwartungen der Spreewater „Immobilienboutique“ werden auf der Webseite offen kommuniziert. In „aufstrebenden Lagen wie dem Wed-

ding bieten sich momentan zahlreiche Opportunitäten“, heißt es im entsprechenden Portfolio zur Groninger Straße 3 und 5. Man sei überzeugt, dass die Mieten im Leopoldkiez weiter steigen werden. Um das Potenzial des Weddinger Gründerzeithauses voll auszuschöpfen, wolle Spreewater umfassende energetische Modernisierungen und eine Aufstockung des Dachgeschosses realisieren.

Eine Protokollnotiz einer Bewohnerin des Hauses liefert Einblicke, wie umfangreich die Erneuerung des Altbauquartals ausfallen könnte: Demnach plant der Investor den Austausch der Fenster, den Einbau einer neuen Heizung, die Neuverlegung der Heizungsrohre („aka alle Wände öffnen“) sowie die Dämmung der Außenfassade. Die Mieter sollen während der umfangreichen Sanierungsarbeiten in ihren Wohnungen bleiben können, und auch danach, so lautet die Zusicherung der Eigentümerin. Doch für die Mieter stellt sich derzeit die Frage, ob sie die erhöhten Mietpreise nach der Sanierung überhaupt zahlen können.

Spreewater antwortete auf taz-Anfrage, man sei bestrebt, „auf die individuelle wirtschaftliche Situation der Mieter einzugehen und sozialverträgliche Konzepte zu erarbeiten“. Diese wolle man in etwaige Mietanpassungen einfließen lassen. Daran haben manche Mieter Zweifel. Auch Raiko, der seit etwas mehr als zwei Jahren in der Groninger Straße 3 lebt, im Kunst- und Kulturbereich arbeitet und ebenfalls nicht mit vollem Namen in der Zeitung stehen will. Er und andere im Haus hätten nicht grundsätzlich etwas gegen Instandsetzungen und Sanierungen – „allerdings nur mit fairen Mitteln und im Rahmen der Notwendigkeit“.

Um die Mieter von der Notwendigkeit zu überzeugen, hat Spreewater einen Abgesandten in die Groninger Straße geschickt, der dort seit Wochen Hausbesuche durchführt. Tomek Piotrowski präsentiert sich auf seiner Webseite als „Machertyp mit Gewinner-Mindset.“ Sein Instagram-Account ist reich an Vorträgen, Selfies und Lebensweisheiten. „Sei beeindruckt von Großzügigkeit, Integrität, Bescheidenheit und Freundlichkeit“, lautet eine Weisheit, die Piotrowski auf seinem Account teilt. Zudem verspricht er, „30 bis 40 Prozent mehr Rendite“ durch „transparente Mietergespräche“ zu erzielen.

Piotrowski führt derartige Mietergespräche im Auftrag von Immobilieneigentümern wie der Spreewater GmbH. Bei einem seiner zahlreichen Hausbesuche in der Groninger Straße brachte

er überraschend Bier mit und setzte sich zu den Bewohnern, die sich gerade im Innenhof aufhielten, berichtet Jacky K.. An anderen Tagen lauere er den Mietern stundenlang auf, um sie beim Betreten oder Verlassen des Hauses im Treppenhaus abzufangen.

**„Die Spreewater GmbH hat sich bei uns im Haus vertan. Das merken sie gerade“**

Jacky K., Mieterin

Einige Bewohner berichten von Einschüchterungsversuchen und unangemessenen privaten Fragen. Als Jacky K. Piotrowski den Zutritt zu ihrer Wohnung verweigerte, soll dieser gerufen haben: „Dafür werden Sie bezahlen müssen.“ Ein Mieter fühlte sich sogar genötigt, die Polizei zu rufen, weil er aufdringlich geworden sei. Andere Bewohner hingegen geben an, mit den Gesprächen zufrieden gewesen zu sein. Ihnen gegenüber sei Piotrowski freundlich aufgetreten.

Max, der sich bei „Mietenwahn Sinn Nord“ der Stadtteilorganisation „Hände weg vom Wedding“ engagiert, nimmt an den Hausgesprächen in der Groninger Straße 3 und 5 teil. Die mietenpolitische Gruppe unterstützt Hausgemeinschaften in Wedding und Moabit, die von Verdrängung betroffen sind. Von seiner Begegnung mit Piotrowski berichtet Max, dieser wolle demnächst Formulare bei den Mietern vorbeibringen, in denen diese sich mit einer 15-prozentigen Mietpreiserhöhung einverstanden erklären sollen. Andernfalls, so habe der Dienstleister von Spreewater klargemacht, gehe es vor Gericht. „Wir empfehlen den Mieterinnen und Mietern, die Formulare nicht an der Haustür zu unterschreiben“, sagt Max. Stattdessen sollten sie das Schreiben sorgfältig prüfen und sich gegebenenfalls dagegen wehren.

Raiko schätzt die Unterstützung, die die Hausgemeinschaft von Mietenwahn Sinn Nord erhalte. Es gebe ihm das Gefühl, in seinem Abwehrkampf nicht allein dazustehen, erklärt der 35-Jährige. Der Bezirk Mitte habe die Mieter\*innen hingegen im Stich gelassen, als es darauf ankam, sie vor der Investorenübernahme zu schützen. Bezirke können in Milieuschutzgebieten unter bestimmten Bedingungen anstelle eines privaten Investors in

den Kauf eines Mietshauses eintreten. Doch im Fall der Weddinger Altbauimmobilie sah das Bezirksamt die Grundlage dafür nicht gegeben und verzichtete auf die Ausübung des bezirklichen Vorkaufsrechts.

Die Rolle des Bezirksamtes beim Verkauf der Groninger Straße 3 und 5 wirft auch bei der Bezirksverordneten der Linken, Martha Kleedörfer, Fragen auf. Zwar sei das Vorkaufsrecht durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von 2021 eingeschränkt worden. Dennoch gebe es Möglichkeiten, es anzuwenden – etwa wenn ein Gebäude erhebliche Mängel aufweist. „Im Fall der Groninger Straße wurde das Haus jedoch nicht ordnungsgemäß auf Mängel geprüft, die Wohnungen wurden gar nicht besichtigt“, bemängelt Kleedörfer. Der gesamte Verkauf erscheine ihr fragwürdig.

Ein Sprecher des Bezirksamtes Mitte erklärte auf taz-Anfrage, das Gebäude sei „sowohl von außen, als auch von innen (Treppenhaus) bewertet worden“. Das Recht zum Betreten der Wohnungen obliege jedoch der Ordnungsbehörde, der keine Mängelmeldungen vorgelegen hätten.

Wie die Bewohner findet auch Kleedörfer, dass das Bezirksamt seinen behördlichen Auftrag im Fall der Groninger Straße 3 und 5 nicht erfüllt hat. „In einem Mietenwahnsinn, wie er seit Jahren in Berlin herrscht, ist es die Aufgabe von Senat und Bezirk, die Mieter\*innen zu schützen.“ Ihrer Meinung nach hätte das Bezirksamt durch eine intensivere Prüfung und rechtzeitige Intervention einen entscheidenden Beitrag leisten können, um die aktuelle Situation zu verhindern oder zumindest abzumildern.

Künftig wird der Bezirk nur noch begrenzt Einfluss auf die Mietverhältnisse haben – hauptsächlich, um Luxus-Aufwertungen wie bodentiefe Fenster, Fußbodenheizungen oder Marmor im Treppenhaus zu verhindern. Das soziale Erhaltungsrecht, das in Milieuschutzgebieten gilt, regelt es so. Der Einbau eines Aufzugs, einer Zentralheizung oder von Fassadendämmung liegt hingegen nicht im Ermessen der Behörden. Die Kosten für solche Neuerungen können Eigentümer scheinbarweise auf die Mieter umlegen.

Die müssen – mit Unterstützung einer engagierten Nachbarschaft – selbst Verantwortung übernehmen. Jacky K. glaubt, dass die kritische Haltung der Hausgemeinschaft bei Spreewater bereits Wirkung hinterlassen hat: „Die haben sich bei uns im Haus vertan. Das merken sie gerade.“



Der Vermieter forderte Mieterin Jacky K. Mitte August auf, ihr WG-Zimmer zu räumen. Foto: Steve Braun



In dem Mietshaus in Wedding zeigt sich, wie Aufwertung und Verdrängung zusammenwirken. Foto: Steve Braun

## berliner szenen

## Techno für den Schwindel

Ich sitze in der Kabine vor dem MRT und denke über lustige Wortspiele nach. Dusel oder den Dreh raus haben, im Taumel leben, aber am besten gefällt mir: Ich drehe frei. Na gut, nicht ich, sondern die Welt um mich herum. Das macht es aber nicht besser, und schließlich ist alles nur eine Frage der Perspektive.

„Ich habe nie Schlimmeres erlebt“, erzähle ich Freundinnen, „stellt euch vor, ihr fahrt vier Tage betrunken Kettenkarussell und es gibt kein Entkommen.“ Bald ist klar, der Drehschwindel stammt von einer Entzündung im Innenohr, die sich auf das Gleichgewichtsorgan gelegt hat, und ich muss zur weiteren Abklärung ins MRT. Es ist mein erstes.

Die Kabinentür öffnet sich. Der Radiologe trägt einen hellblauen Anzug und streicht sich beim Sprechen mit der Hand über die Glatze. Seine Augen sind braun. Er positioniert mich in der Röhre fast entschuldigend mit einem Gitter über dem Kopf, gibt mir einen Notfallschalter in die Hand und setzt mir Kopfhörer auf. „Einfach genießen“, sagt er und zwinkert. Dann geht es los. Ich atme tief, kneife die Augen zu und lausche dem ohrenbetäubenden metallischem Hämmern des Geräts. Atmen, denke ich und finde, es klingt wie Techno. Eine Sequenz gefällt mir. Danach wird es minimalistisch. Ich stelle mir vor, wie ich tanze. Dong, dong, dong. Atmen. Ich überlege, ob sich mein Leben nach dieser Bildgebung auf den Kopf stellen wird. Atmen. Dong, dong, dong.

Dann ist es vorbei. Der Radiologe nimmt das Gitter ab: „Wie Musik, oder?“ Ich nicke. „Hab dauernd DJs hier, die den Sound aufnehmen wollen.“ Ich sehe ihn an. „Sieht alles gut aus“, sagt er dann. „Der Befund kommt in zwei Tagen.“ In der Kabine muss ich vor Erleichterung heulen. Aber als ich mit meinem Sohn das Gebäude verlasse, ist mir nach Tanzen zumute. Tanzen, bis mir schwindelig wird. *Isobel Markus*

## verweis

## Die Vögel feiern die USA

Eine ungewöhnliche Musik für die Zweihundertjahrfeier der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten: Der französische Komponist Olivier Messiaen bereiste zu Beginn der siebziger Jahre den US-Staat Utah und seine Nationalparks. Dort sammelte er Vogelstimmen und ließ sich von den bunten Farben der Canyons zu spezifischen Klängen inspirieren. Das Ergebnis, „Des Canyons aux étoiles...“ von 1974, sein umfangreichstes Werk für Orchester, spielt heute die Karajan-Akademie der Berliner Philharmoniker unter Sir Simon Rattle um 20 Uhr in der Philharmonie. Es ist ein Beitrag zum Thema „Amériques“ des aktuellen Musikfests Berlin, das diese Woche zu Ende geht.



Ein aktueller Beitrag zu Archival Assembly ist der Film „Resonance Spiral“ (2024) Foto: Arsenal Institut

## Wo die Tonspuren nachklingen

Die dritte Ausgabe des Festivals Archival Assembly #3 im Silent Green widmet sich der Bedeutung von Ton und Sprache in den sehr reichhaltigen Archiven der Kinogeschichte

Von Silvia Hallensleben

Ein Umzug ist meist Gelegenheit zum Ausmisten. Mit etwas Glück können dabei auch vergessene Schätze auftauchen. Das Kino Arsenal wird nach 25 Mietjahren im Sony Center Anfang nächsten Jahres in ein eigenes Haus in Wedding umziehen. Das Einpacken brachte hier neben Altlasten auch ein Konvolut bespielter Magnettonbänder und Audiokassetten zum Vorschein. Oder mit handschriftlichen Anmerkungen versehene „Textlisten“ vorgeführter Filme zum Live-Einsprechen deutscher Übersetzungen aus der kleinen Kabine hinten im Saal des ganz alten ersten Arsenal in der Welschstraße.

Die analogen Bänder bewahren unter anderem Mitschnitte der Publikumsgespräche, die nach den Premieren des Berlinale-Forums im Delphi seit Gründung 1971 nicht nur – wie recht bekannt – nach strengem Ritual geführt, sondern auch mitgeschnitten worden waren. Während der erzwungenen Corona-Schließungen (es gab doch Gutes am Virus!) wurden diese Bestände dann von den Projektionisten des Arsenal digitalisiert und können nun am Dienstag in einem zweistündigen Zusammenschchnitt in der sogenannten „migas listening bar“ in der Lindower Straße abgehört werden: Nach einem halben Jahrhundert gewaltiger sozialer Umbrüche eine spannende Quelle zur Geschichte der oralen Filmkultur und der oft streitbaren Diskurse dort.

„The Delphi Table 1971 – 1989“ ist ein Mosaiksteinchen der diesjährigen „Archival Assembly“, deren dritter Durchgang wegen des Arsenal-Umzugs ein Jahr vorgezogen wurde und sich schwerpunktmäßig der Bedeutung von Ton und Sprache in den Archiven der Kinogeschichte widmet. „Das von Stefanie Schulte Strathaus kuratierte Programm will damit die Dominanz des Bildes in der Beschäftigung mit dem Me-

dium Film hinterfragen, die auch die Auseinandersetzung mit dem Filmerbe prägt“, heißt es in der Ankündigung der fünf Tage mit fünf Spielorten und unterschiedlichsten Präsentationsformen von der Ausstellung (etwa der oben genannten Textlisten) über Präsentationen bis zur Livemusik.

## Die analogen Bänder bewahren Mitschnitte der Publikumsgespräche

Im Zentrum steht dabei ein Symposium des Masterstudiengangs „Filmkultur: Archivierung, Programmierung, Präsentation“ der Uni Frankfurt mit Vinzenz Hediger im Kuppelsaal des Silent Green. „Resounding Archives: The Politics of Listening to the Moving Image“ widmet sich in zehn Panels aus unterschiedlichen Perspektiven der Frage, wie das „Nachklingen der Archive“ Mediengeschichte und künstlerische Praxis beeinflusst: Auch eine gute Möglichkeit zum Besuch der neuen Räume des Arsenal, dessen Kinosaal – nach entsprechenden Bauarbeiten und wohl mindestens einem Jahr Pause – hoffentlich ab 2026 dort auferstehen wird.

Die Büros in der Gerichtstraße nebenan sind aber schon bezogen und Heimstatt für mehrere Installationen und den sogenannten Reading Room. Fast direkter Nachbar in der hoffentlich entstehenden Kulturnachbarschaft Wedding ist auch das seit Januar 2023 dort angesiedelte Kinoprojekt Sinema Transpota, das als Kooperationspartner der „Archival Assembly“ in der Reihe Found Futures unter anderem exilierte Filmarchive aus Kabul und dem Sudan stellt. Doch auch Filme selbst gibt es (im Arsenal 1 am Pots-

damer Platz), auch hier spielen Übersetzungen und Asynchronitäten eine Rolle.

Etwa wenn nur der Ton eines Films überlebt hat, wie bei dem indischen Spielfilm „Badnam Basti“ (1971, Regie: Prem Kapoor), der vermutlich auch wegen männlicher Homosexualität auf der Leinwand von der indischen Schnittbehörde von 132 auf 83 Minuten gekürzt wurde. Eine 35-mm-Kopie dieser Fassung liegt im Filmarchiv des Arsenal, während im National Film Archive of India Bild- und Tonfragmente eines Negativs auch mit zensierten Stellen zu finden sind. Vorgeführt im Arsenal wird nun eine digitale 122 Minuten lange Restaurierung des Films inklusive einer nur als Tonnegativ erhaltenen Sequenz.

Ein besonderer Fall „stummen“ Kinos sind Filmtraditionen, die (ähnlich dem bei uns bekannteren japanischen Benshi) auf orale Synchronbegleitung zurückgreifen. Beispiel einer solchen thailändischen Praxis hier ist die Legendenverfilmung „The Ghost of Mae Nak“ aus dem Jahr 1959: Die populäre Produktion wurde – wie viele andere für den heimischen Markt – aus ökonomischen Gründen auf 16-mm-Film (also stumm) gedreht und dann bei der Vorführung (so auch am Samstag im Arsenal) simultan eingesprochen.

Eine ähnliche Praxis aus dem zeitgenössischen Uganda präsentiert die Vorführung von „Blood Diamond“ (2006, Regie: Edward Zwick), einem Actionthriller um den blutigen Diamantenhandel in Sierra Leone, der zwar mit Ton in Englisch und Afrikaans gedreht wurde, am Mittwoch im Kino aber parallel zu diesem Soundtrack von dem professionellen ugandischen Filmerzähler VJ Junior live (!) begleitet werden wird.

Vom 17. bis 22. 9., verschiedene Spielorte, Ausstellung bis 29. 9.



Ausgehen und rumstehen von Maxi Broecking

## Um die Angst vor dem Fremden zu überwinden

Es wird früh dunkel in diesen Tagen und bereits um halb acht fühlt es sich an, als würde man mitten in der Nacht durch die Stadt spazieren. So auch am Mittwoch, dem Beginn der Berlin Art Week, dem alljährlichen herbstlichen Kunstfest in der Stadt, mit Eröffnungen, Performances und Artist Talks. Wohin bei der Fülle der Möglichkeiten?

Zuerst zum Martin-Gropius-Bau, zur Eröffnung der Ausstellung „Das Glück ist nicht immer lustig“, einer Werkübersicht des 1961 geborenen thailändischen, in Bangkok, New York und Berlin lebenden Künstlers Rirkrit Tiravanija. Der Titel stammt aus dem Fassbinder-Film „Angst essen Seele auf“, auf den er sich seit seinen ersten Ausstellungen in den 1990er Jahren immer wieder bezieht. Doch erst mal überhaupt hineinkommen. Eine lange Schlange Wartender zieht sich die Straße entlang. Die Stimmung ist dennoch ausgelassen.

Innen angekommen stehen im Lichthof Tischtennisplatten aus seiner Serie „untitled 2013 (morgen ist die frage)“, ebenfalls einem Satz aus Fassbinders Film, eine Hommage an die „Ping Pong Society“ des slowakischen Künstlers Julius Koller von 1970, der das Publikum aufforderte, mitzuspielen. Weitere Schlangen stehen für die Thaigerichte an, die – eine Grundform von Tiravanijas künstlerischer Praxis – an die Besucher\*innen ausgegeben werden, um über das Ritual des gemeinsamen Essens die Angst vor dem Fremden zu überwinden. In den oberen Ausstellungsräumen sind weitere Arbeiten seit seinen Anfängen 1987 zu sehen, darunter ein Selbstportrait in Form von drei Dosen mit verschiedenen Thai-Currypasten (untitled 1992 (Red, Yellow, Green Curry)) in einem Glaskasten, ein Verweis auf die in Museen in Vitruven ausgestellten Buddha-Statuen, herausgelöst aus ihren kulturellen Zusammenhängen.

## Neben der Kunst ist es auch das letzte Wochenende des Musikfests

Am Freitagabend strömen die Besucher\*innen durch den Regen in die Akademie der Künste am Pariser Platz, wo die Künstlerin und Architekturfotografin Candida Höfer mit dem Käthe-Kollwitz-Preis ausgezeichnet wurde. In zwei großen Räumen sind Arbeiten aus einer neueren Werkserie zu sehen, die ihre großformatigen Raumportraits zeigen, darunter die Komische Oper Berlin und die Neue Nationalgalerie. Gut gefüllt ist es auch in der Galerie Sprüth Magers in der Oranienburger Straße, die erstmals die 1992 in Indien entstandene mehrteilige Serie „Ahmedabad“ des 2020 verstorbenen Konzeptkünstlers John Baldessari zeigt, in der er Malerei, Fotografie und die von ortsansässigen Künstler\*innen bemalten Schmutzfänger von Rikschas zu skulpturalen Arbeiten zusammenfügte.

Doch neben der Kunst ist es auch das letzte Wochenende des diesjährigen Musikfests, das Komponist\*innen des amerikanischen Kontinents gewidmet war. An diesem strahlenden Herbstsonntag ist zur Matinee der Kammermusiksaal beinahe leer, obwohl das großartige Ensemble Modern auftritt, die den in den 1920er Jahren in New York entstandenen Werken der Komponistin Ruth Crawford Seeger eine Konzertsérie widmet. Überraschend melodisch und spielerisch wirken Crawford Seegers Dekonstruktionen der musikalischen Form.

Ein Genuss sind auch die virtuos interpretierten des Ensembles, die, über den Zuschauerraum verteilt, durch ein dezentriertes Raumgefühl Hörgewohnheiten hinterfragen. Nach einem kurzen Spaziergang über das Kulturforum, vorbei an der Baustelle für das gerade entstehende Museum der Moderne, wirkt die Ansicht der Neuen Nationalgalerie wie eine Übersetzung der Fotografien von Candida Höfer in die Dreidimensionalität, neu gesehen aus ihrem Blickwinkel. Doch nicht wie bei Höfer menschenleer. Im Gegenteil, immer noch – oder wieder? Schlangen vor dem Eingang. Für ein Fest der Kunst.

# Anwohnerverein fürchtet konzentriertes Elend

Die Stadt Hamburg will nahe des Hauptbahnhofes noch mehr Hilfsangebote für suchtkranke und obdachlose Menschen schaffen. Anwohner:innen halten diese Pläne für „sozialpolitisch riskant“

Von Robert Matthies

Platz für ein großes Housing-First-Projekt gäbe es in dem leer stehenden Gebäude in der Repsoldstraße 27 am Hamburger Hauptbahnhof mehr als genug. 100 bis 200 Kleinstwohnungen, je nach Größe der Apartments, und begleitende Angebote für wohnungslose Menschen könnten in dem 6.500 Quadratmeter großen Gebäude entstehen. Das jedenfalls hat der Anwohnerverein St. Georg ausgerechnet. Dessen Vorsitzender Michael Joho sagt zur taz, dass man diese Chance nutzen müsse, um angesichts des eher mäßigen Erfolgs des bestehenden Modellprojekts „Housing First Hamburg“ schnell möglichst viele Menschen von der Straße zu bringen und ihnen eine dauerhafte Perspektive zu geben.

Doch die Stadt hat andere Pläne für das Gebäude. Bis Ende des Jahres will die Sozialbehörde in dem siebenstöckigen Haus eine Reihe von Hilfsangeboten unterbringen. Wohnungen sind bisher keine geplant. Im April hatte das städtische Sozialunternehmen Fördern und Wohnen die Immobilie im Auftrag der Sozialbehörde gekauft. Entstehen soll dort ein umfassendes und niedrigschwelliges Hilfsangebot für suchtkranke und wohnungslose Menschen, auch für Menschen ohne Papiere oder solche, die noch keinen Entzug hinter sich haben. Der Kauf stehe im Zusammenhang „mit umfangreichen sozialpolitischen Maßnahmen rund um den Hauptbahnhof“, heißt es auf taz-Anfrage aus der Sozialbehörde.

Das Konzept für das Gebäude werde derzeit entwickelt, so die Be-

hörde. In einem ersten Schritt sollten möglichst bis Ende des Jahres „Tages- und Nachtschlafplätze für drogenkonsumierende Personen“ sowie ein „medizinisches und psychiatrisches Beratungsangebot“ entstehen. Weitere Funktionalitäten werden demnach zurzeit geprüft. Grob ließen sich die geplanten Angebote den vier Rubriken „Beratung, Übernachtung, Überlebenshilfe/Versorgung und Heranführung an

**Der Anwohnerverein kritisiert, dass eine „massive Konzentration unterschiedlicher Hilfsangebote“ negative Konsequenzen für den Stadtteil mit sich bringe und „sozialpolitisch riskant“ sei**

Beschäftigung“ zuordnen. In diesem Zusammenhang werde auch das Thema Housing First geprüft, so die Behörde. Diese Ideen sollen aber jetzt mit den räumlichen Gegebenheiten des Gebäudes abgeglichen und weiter konkretisiert werden.

Grundsätzlich begrüße der Anwohnerverein St. Georg, dass das Gebäude der Stadt die Möglichkeit gibt, „den ordnungspolitischen nun auch sozial- und gesundheitspolitische Maßnahmen folgen zu lassen“, schreibt er in einer Pressemit-

teilung. Die Dimension des Hauses aber berge „erhebliche Gefahren“. Die Kritik: Eine „massive Konzentration unterschiedlicher Hilfsangebote“ bringe negative Konsequenzen für den Stadtteil mit sich und sei „sozialpolitisch riskant“. Durch den Kauf des Hauses habe der Senat sich selbst unter Druck gesetzt, es „irgendwie vollzuzukriegen“.

Die Fülle an Angeboten, die Staatsrat Tim Angerer (SPD) im Juli im Stadtteilbeirat St. Georg vorgestellt hat, erscheine dem Verein „in dieser Konzentration und gleich neben dem Drob Inn“ „sozial z. T. nicht kompatibel“. Dort Notschlafplätze einzurichten, sei dringend erforderlich, betont auch Joho auf Nachfrage der taz. Daneben aber einen Trinkraum für Alkoholkonsumierende oder eine Pension für Saisonarbeitskräfte aus der EU einzurichten, führe unweigerlich zu Konflikten und widerspreche allen fachlichen Erfahrungen, schreibt der Verein.

Die Mitglieder des Anwohnervereins befürchtet außerdem, dass immer mehr an den gesellschaftlichen Rand gedrängte Gruppen in den Stadtteil am Hauptbahnhof gezogen werden könnten. St. Georg und das zum Stadtteil Hammerbrook gehörende Münzviertel auf der gegenüberliegenden Seite der Fernbahngleise seien deshalb als Wohnstandorte in Gefahr. Die Situation dort habe sich in den vergangenen drei Jahren zugespitzt, schreibt der Anwohnerverein: „Drogenkonsum und -handel, vermehrter Alkoholkonsum und aggressives Verhalten, vor allem eine starke Zunahme der Menschen ohne Obdach

und ihre Verelendung sorgen in Teilen St. Georgs für immer angespanntere Verhältnisse.“

Hintergrund der Entwicklungen sei zum einen die Zunahme von Armut und Entwurzelung, Inflation und fehlendem, bezahlbarem Wohnraum. Die Zuspitzung sei aber auch Ergebnis der Hauptbahnhof- und City-Politik des rot-grünen Senats und des Bezirksamtes Mitte in den vergangenen Jahren. Die Einrichtung neuer Überwachungskameras, die Einführung eines Waffen-, Bettel- und Alkoholverbotes sowie die Einführung der sogenannten „Quattrostreifen“, eine Kooperation von Polizei und Bundespolizei sowie zwei Sicherheitsdiensten, habe Auswirkungen wie in den 1990ern. Die Vertreibung der offenen Drogenszene um den Hauptbahnhof hatte damals dazu geführt, dass die Szene sich in andere Stadtteile, vor allem das Schanzenviertel, verlagerte.

Auch die Sozialbehörde will auf Nachfrage der taz nicht ausschließen, „dass die erhöhte Aufmerksamkeit an bekannten Aufenthaltsorten obdachloser und/oder suchtkranker Menschen auch zu räumlichen Bewegungen führt“. Ziel der Hilfsangebote am und um den Hauptbahnhof sei aber nicht, „Menschen von dort in andere Sozialräume zu verdrängen“. Die Maßnahmen seien „noch neu und ungewohnt“ und noch nicht voll umgesetzt, ihre Wirksamkeit könne erst beurteilt werden, wenn sie vollends umgesetzt seien. Sich ergebende Wechselwirkungen beobachte die Behörde genau, „um gegebenenfalls nachzujustieren“.

Die Stadt will hier Hilfsangebote schaffen: Es geht um das helle Haus links neben dem Baum  
Foto: Christophe Gateau/dpa



## südwest

### Müllenumlösung

Braunschweig zeigt, dass auch eine illegale Deponie eine Chance sein kann. Erst hat die Stadt ihren Müll-werbetauglich Millenniumsberg getauft. Jetzt sollen dort Freizeitnutzungen – Aussichtsplattformen, eine Sommerdelbahn und Spielplätze ohne Buddelkisten – entstehen. Wer genügend Müll hat, hat eben etwas davon. Das macht Hoffnung auch für Salzgitter! Gerade erst hat Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne) die Betriebs-Genehmigung von Schacht Konrad bestätigen müssen, obwohl die schwach radioaktiven Abfälle, anders als geplant, dort nicht wieder rausgeholt werden können. Jetzt muss die Stahlstadt nur noch den altfränkischen Namen gegen die hippe Bezeichnung Nevercomebackwerk tauschen, schon wäre sie um eine einzigartige Touri-Attraktion reicher: Deutschlands unentronnbarster Escape Room.



Nadine Conti  
Provinzhauptstadt

## Rien ne va dings

Es gibt so festgestanzte Sprüche im Familienjargon, die einem als Kind Rätsel aufgeben, die man aber akzeptiert, weil Erwachsene halt eh immer seltsames Zeug reden. An einen musste ich kürzlich denken als ich – hört, hört – in Hannover in der Spielbank war. Er heißt: „Sieht aus wie gewarnt, aber kann nicht“ und kam meist von meiner Mutter. Gemeint waren damit Kleidungsstücke, die vielleicht theoretisch oder am Bügel schick aussahen, am Körper aber eher nicht so.

Ich treibe mich sonst nicht in Spielbanken herum, ich bin da mitgelaufen, weil ich prinzipiell neugierig bin. Ich hatte sogar ein Kleid angezogen, obwohl man mich vorher gewarnt hatte: „Versprich dir da mal nicht zu viel von.“ Aber irgendwo in meinem Hinterkopf spukten halt immer noch so James-Bond- und Oceans-11-Filmfantasien herum, immerhin hieß das Ding ja früher auch einmal Casino und stand am Nordufer des Maschsees. Jetzt heißt es aber Spielbank und liegt direkt hinterm Hauptbahnhof, das sagt vielleicht schon einiges.

Innen drin trifft man auf eine absurde Mischung aus Vorstadt-Spielhalle und Bling-Bling wie bei Mochtegern-Gangsterrappern. Es gibt eine gut bestückte Bar mit einer Armee von winkenden Glückskatzen. Unmotiviert in die Gegend geklebte Strasssteinchen und ein monströser Kronleuchter stehen im Kontrast zu der schlechten Fahrstuhlmusik und den Raucherkabinen wie am Flughafen. Spielautomaten auf der einen, fein vor sich hin klackernde Roulettetische auf der anderen Seite.

## Spielbank-Affären haben hier in Hannover immerhin Tradition

Und das Publikum genauso: Schmuddelige Jeans, 96-Trikots, Hoodies stehen neben Männern, die immerhin ein Jackett hervorgekramt haben, dazwischen ein paar Frauen, manche in so etwas Ähnlichem wie Abendkleidern.

Eine zieht mehr als ein Dutzend Hunderter aus der Handtasche und legt sie auf den Roulettetisch, 1.000 Euro sind es bestimmt, sie zuckt nicht mal, als der Croupier die abräumt, läuft weiter zum nächsten Tisch. Ich bin mir nicht sicher, ob sie am Eingang die Wahrheit gesagt hat, als sie gefragt wurde, ob sie mit ihrem eigenen Geld spielt. Das Kleid und die Handtasche sehen nicht sehr teuer aus.

Es scheint mir jedenfalls irgendwie logisch, dass bei der letzten Ausschreibung der Lizenzen die Merkur-Gruppe gewonnen hat. Die kennt in Hannover kaum einer, aber sie gehört dem „Automatenkönig“ Paul Gauselmann beziehungsweise seiner Familie. Der hat es mit der Ausbeutung von Spielsüchtigen immerhin zu einem der reichsten Deutschen gebracht. Eine großartige, skurrile Figur aus einer anderen Zeit. Sieht schon aus wie aus einem Märchen, mit sorgsam gestutztem Bart und Zigarre und Dreiteilern. Ein klassischer Patriarch, hat sich Schloss gekauft, ein eigenes Museum eingerichtet, lässt sich gern als Mäzen hofieren, Kritik mag er nicht so.

Als Unternehmer soll er Spielregeln und Gesetze eher kreativ auslegen. In seiner ersten Spielothek – so jedenfalls die Legende – ließ er einfach Zwischenwände einziehen, weil damals noch nicht mehr als zwei Spielautomaten pro Raum erlaubt waren. Zack, waren es sechs. Sein Name taucht auch in Verbindung mit dubiosen Parteispenden, Online-Casinos und der Isle of Man auf.

Vielleicht wittert die CDU deshalb Schiebung. Jedenfalls geht sie den grünen Finanzminister und den Ministerpräsidenten an und pestet sie mit Fragen, ob bei dieser Ausschreibung alles korrekt gelaufen ist. Der aktuelle Spielbankbetreiber, der unterlegen war, klagt dagegen. Vorläufig darf diese österreichische Firma mit einer Interimslizenz weitermachen. Der Prozess vor dem Verwaltungsgericht steht noch aus. Und so Spielbank-Affären haben in Hannover ja Tradition: Immerhin ist Ende der 80er-Jahre schon die CDU-Regierung unter Ernst Albrecht (Vater von Frau von der Leyen) über eine gestolpert. Aber früher war ja auch noch mehr Casino.

Nadine Conti ist Niedersachsenkorrespondentin in Hannover – und darüber viel glücklicher, als sie es für möglich gehalten hätte

# „Kinder haben nicht von vornherein Vorbehalte“

Hamburgs Straßenmagazin „Hinz & Kunzt“ bekommt einen Ableger für Kinder. Ideengeberin Annette Woywode über Berührungsängste und Schulklassen, die Obdachlose interviewen

Interview **Friederike Gräff**

**taz: Wie ist die Idee entstanden, ein Straßenmagazin für Kinder zu machen, Frau Woywode?**

**Annette Woywode:** Ich habe zwei, drei Mal beobachtet, wie Kinder Obdachlose auf der Straße gesehen und gefragt haben: „Du, Mama, was macht denn der Mann da?“ Oder: „Wieso sieht die Frau so komisch aus?“ Da bekam ich mit, dass die Eltern nicht so richtig wussten, was sie antworten sollen und verunsichert waren. Aber die Kinder sehen Obdachlosigkeit tagtäglich. Also hatten wir das Gefühl: Es wäre doch schön, wenn man den Kindern die Sache korrekt erklären könnte.

**taz: Ist Hinz&Kids auch Präventionsarbeit gegen Ressentiments?**

**Woywode:** Für das Magazin sind wir mit ehemals Obdachlosen in Schulklassen gegangen und haben die Kinder Interviews machen lassen. Das war zum Teil rührend. Wenn Fragen unbeantwortet bleiben oder die Kinder Unsicherheiten bemerken, werden sie oft selbst unsicher oder bekommen Ängste, die nicht sein müssten. Von daher ist es tatsächlich eine Art Präventionsarbeit, aber das ist mir eigentlich erst im Nachhinein klar geworden.

**taz: Was war das Rührende bei den Gesprächen?**

**Woywode:** Ich war zum Beispiel in einer Schulklasse mit ei-

nem Kollegen aus dem Vertrieb, der war früher selbst obdachlos. Die Kinder durften ihn interviewen und dabei kam zur Sprache, dass er als Jugendlicher obdachlos war. Die Kinder haben ihn gefragt: „Bist du sauer auf deine Eltern?“ und am Ende wollten sie ihn umarmen und abklatschen. Einem Hinz&Kunzt-Verkäufer, mit dem ich in einer anderen Klasse war, wollten sie am Ende ihre Brote schenken, und haben sie dann auf seine Unterarme gestapelt, weil er gar nicht so viele in der Hand halten konnte. Die Kinder haben nicht unbedingt von vornherein Vorbehalte. Die kommen erst mit der Zeit, weil die Gesellschaft Obdachlose häufig stigmatisiert.

**taz: In dem Interview erzählt ein Kind, dass es von einem Obdachlosen beleidigt wurde und Angst hatte. Das fand ich sehr offen und zugleich herausfordernd für den, der darauf reagieren soll.**

**Woywode:** Erwachsene würden das auch fragen, aber sie würden das anders formulieren, etwa: „Der steht ja die ganze Zeit unter Alkoholeinfluss und dann ist es kein Wunder, dass er die Kontrolle verliert.“ Und Kinder sagen dann eben: „Der ist unheimlich.“ Mein Kollege Marcel aus dem Vertrieb, der selber damit Erfahrung hat, konnte verstehen, was die Kinder meinen, aber er konnte eben auch sagen: „Es ist nicht jeder Obdach-

lose gleich und das ist genau wie bei allen anderen Menschen auch.“ Der eine hat eine Parfumwolke, vor der man am liebsten wegrennen möchte, und andere haben nicht die Möglichkeit, jeden Tag zu duschen und ihre Klamotten zu waschen und

„Es gibt so viele Menschen auf der Welt, denen es nicht so gut geht, die man zu Wort kommen lassen kann“

sehen dann entsprechend aus. Solche praktischen Fragen werden auch in den nächsten Ausgaben Thema sein: Der Duschbus oder der Umgang mit Kälte oder wo man überhaupt etwas zu essen bekommt, wenn man auf der Straße lebt.

**taz: Heute, wo Print eher ein Auslaufmodell ist, wirkt es mutig, gleich ein zweites Printprodukt auf den Markt zu bringen.**

**Woywode:** Das ist erst mal ein Sondermagazin. Fünf Ausgaben haben wir geplant, dann müssen wir gucken, ob wir weitermachen. Aber es ist unser Anspruch, Kinder im Grundschulalter noch nicht mit so viel Digitalem vollzublasen. Es ist einfach toll, wenn sie ganz klassisch etwas anfassen und

Seiten durchblättern können. Deswegen haben wir auch extra ein bisschen dickeres Papier genommen, sodass sie auf den Rätselfseiten wirklich malen und schreiben können.

**taz: Das klingt so, als seien ökonomische Überlegungen das Letzte gewesen, was bei dem neuen Magazin im Spiel war.**

**Woywode:** Bei uns ist es mit Digital grundsätzlich etwas anderes als bei anderen Printmedien. Wir gehen ja immer den Verkaufsweg über den Verkäufer oder die Verkäuferin, die auf der Straße stehen und darüber in Kontakt mit der Kundschaft kommen. Das ist bei einem Printprodukt im Moment noch wesentlich einfacher als mit einem digitalen Angebot. Letztlich liegt unser ökonomisches Interesse immer darin, dass die Hinz&Kunzt-Verkaufenden etwas verdienen.

**taz: Ist nach fünf Ausgaben alles über den Alltag von Obdachlosen erzählt?**

**Woywode:** In der ersten Ausgabe haben wir eine Reportage darüber, was es bedeutet, Platte zu machen. Da könnte man aber auch etwas über das Leben von Geflüchteten schreiben. Wichtig ist, dass es aus Perspektive von Kindern geschieht. Es gibt so viele Menschen auf der Welt, denen es nicht so gut geht, die kann man besuchen und zu Wort kommen lassen. Berührungsängste gibt es nicht nur gegenüber Obdachlosen.



Annette Woywode  
57, ist Redakteurin und Chefin vom Dienst beim Hamburger Straßenmagazin Hinz&Kunzt. Sie hat das Format Hinz&Kids erfunden, das ab dem 17. 9. erscheint.



Platte machen:  
Die erste Ausgabe der „Hinz&Kids“ erklärt, was das bedeutet  
Foto: Marcus Brandt/dpa

## nachrichten

### Biografisches über NSDAP-Senator darf veröffentlicht werden

Nach einem Urteil des Hanseatischen Oberlandesgerichts darf das „Täterprofil“ des früheren Hamburger Schulsenators und NSDAP-Mitglieds Oscar Toepffer weiter veröffentlicht werden. Der Text zu Toepffer erschien in einer Buchreihe der Landeszentrale für politische Bildung, in der „die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen un-

term Hakenkreuz“ porträtiert wurden. Geklagt hatte 2018 eine Enkelin Toepffers, die in der Veröffentlichung das Urheberrecht ihres Großvaters verletzt sah und zudem das „Recht auf Vergessen“ einforderte. Im Berufungsverfahren urteilte das Hanseatische Oberlandesgericht jetzt, dass mit Ausnahme eines Familienfotos sämtliche Originalquellen und -zitate Toepffers weiterverwendet werden dürfen.

Das Landgericht war als erste Instanz zunächst anderer Auffassung gewesen. (taz)

### Verträge für Rettung der Meyer-Werft geschlossen

Für die finanziell angeschlagene Meyer-Werft und ihre Beschäftigten gibt es eine Perspektive: Die Verträge für die milliardenschwere Rettung und den Einstieg von Bund und Land Niedersachsen sind unterzeichnet

worden. Nun beginne eine „harte Sanierungsphase“, sagte Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) nach einer Betriebsversammlung auf der Werft in Papenburg – unter anderem sollen rund 340 Arbeitsplätze wegfallen. Viele Details, wie genau der Werftbetrieb nun weiterlaufen wird, blieben noch offen. Dazu zählen etwa die Besetzung des Aufsichtsrats oder die Zusammenarbeit mit dem Werftstandort im fin-



Nizar Akremi: Freut sich auf das Rumgeheule der „Woke Bubble“, Foto: Marc John/imagio

# Comedian möge woanders diskriminieren

Der Hamburger Antisemitismusbeauftragte fordert die Absage eines Auftritts des Comedians Nizar Akremi. Mehrfach äußerte er sich antisemitisch, zuletzt auch ableistisch

Von **André Zuschlag**

Platz für bis zu 15.000 Menschen bietet die Hamburger Barclays-Arena am Hamburger Volkspark. Der Comedian und Podcaster Nizar Akremi will sie mit seinem Auftritt Ende November füllen, auch ein zweiter Auftritt in Hamburg ist für den Januar geplant. Doch der Hamburger Antisemitismusbeauftragte Stefan Hensel fordert nun die Absage der Auftritte. Der Comedian ist laut Hensel bereits in der Vergangenheit „mit seinen zutiefst antisemitischen Erzählungen von Jüdinnen und Juden als Goldmünzen fangende Kaufleute mit Hakennasen aufgefallen“.

Schon länger steht der Auftritt in der Hamburger Arena fest, doch der Zeitpunkt für Hensels Forderung kommt nicht zufällig: Akremi hatte in der vergangenen Woche für bundesweite Empörung gesorgt, als seine aktuelle Podcast-Folge veröffentlicht wurde. Den Podcast betreibt er seit 2019 gemeinsam mit Youtuber Shayan Garcia und er wird auch auf YouTube als Video-Podcast veröffentlicht. Nach eigener Aussage sind die Podcaster „für ihren lustigen und humorvollen Stil“ bekannt. Zu Gast hatten die beiden diesmal den Komiker Luke Mockridge, gegen den seit 2021

Vorwürfe einer versuchten Vergewaltigung im Raum standen. Die drei machten darin diverse ableistische Witze anlässlich der zu Ende gegangenen Paralympischen Spiele in Paris. Akremi etwa äffte paralympische Athlet:innen nach.

Während sich Mockridge, als die Kritik schon auf ihn eingepresselt war, für die behindertenfeindlichen Witze entschuldigte, kam bei Akremi Selbstkritik anschließend nicht auf:

„Städtisch geförderte Veranstaltungsorte sollten solchen Leuten unter keinen Umständen ein Podium bieten“

**Stefan Hensel**, Hamburgs Antisemitismusbeauftragter

„Ich freue mich auf das Rumgeheule“, postete er auf X, vormals Twitter, vor der Veröffentlichung – und meint damit offensichtlich die „Woke Bubble“, die sich über die Diskriminierung echauffieren würde. Später betonten Akremi und Garcia in einem Video, sich bei der „Cancel Culture“ nicht entschuldigen zu wollen. „Wir werden uns euch niemals beugen.“

Für Hensel ist auch der Podcast ein Anlass zur Absage, als ehrenamtlicher Antisemitismusbeauftragter, aber vor allem wegen früherer Äußerungen Akremis. Seit mehreren Jahren schon hetze er in der Öffentlichkeit. Und seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel im vergangenen Oktober betreibe er „ungehemmt antisemitische Hetze in Form von Dämonisierungen und Propaganda gegen Jüdinnen und Juden sowie den Staat Israel“. Auf X habe er „wiederholt den Holocaust“ relativiert. Sich hinter der Kunstfreiheit zu verstecken, könne Akremi nicht. „Offener Hass gegen Jüdinnen und Juden sowie den Staat Israel ist eben nicht von der Kunstfreiheit gedeckt“, sagt Hensel.

Einige von Akremis Veranstaltungen wurden in der Vergangenheit schon abgesagt, nachdem auf dessen antisemitischen Äußerungen hingewiesen wurde. Auch nun sind wieder erste anstehende Veranstaltung abgesagt, etwa in Berlin, Fulda und Kaiserslautern. Die Sprach-App Babble, die den Podcast zuvor sponserte, zog sich zurück.

Veranstalter des Auftritts in der Barclays-Arena ist die S-Promotion Event GmbH mit Sitz im hessischen Schaaheim. Das Unternehmen organisiert Bühnenshows Dutzender Künstler:innen – von Götz Alsmann

und Eckart von Hirschhausen bis Mario Barth, Chris Tall und auch Nizar Akremi. Die Nachfrage der taz, ob man der Forderung Hensels nachkommen wolle, blieb unbeantwortet.

Die Eigentümerin der Barclays-Arena, die Anschutz Entertainment Group, antwortete auf taz-Anfrage, man verurteile jede Form des Antisemitismus, Ableismus und anderer Diskriminierungen, sei „aber immer bemüht, Kunstschaffenden eine offene Plattform und ein Umfeld zu bieten, in dem sie ihre Ansichten unzensuriert und unvoreingenommen äußern können“. In diesem Fall sei man außerdem weder Veranstalterin noch Ausrichter, sondern bloß Vermieterin.

Bis zum zweiten Auftritt von Akremi im Januar ist es in Hamburg noch etwas hin. Da könnten die Chancen für Hensel, dass seiner Forderung nachgekommen wird, größer sein. Die Friedrich-Ebert-Halle in Harburg ist schließlich in städtischer Hand. Und die hatte eben jenen Posten des Antisemitismusbeauftragten 2019 ange-regt, auch um dem Antisemitismus „entschlossen“ entgegenzutreten. „Städtisch geförderte Veranstaltungsorte sollten solchen Leuten unter keinen Umständen ein Podium bieten“, sagt Hensel.

angeschossen

## Filiz Polat von den Grünen will die AfD entwaffnen

Filiz Polat, die Grünen-Bundestagsabgeordnete aus Osnabrück, hat angeregt, AfD-Mitgliedern die Waffen wegzunehmen. Einfach nur Mitglied zu sein, reiche dafür aus, meint Polat: „Mitgliedern einer Partei, die vom Bundesamt für Verfassungsschutz als Verdachtsfall für verfassungsfeindliche Bestrebungen eingestuft wird, kann oder muss meiner Meinung nach sogar eine waffenrechtliche Unzuverlässigkeit zugeschrieben werden.“ Der Entzug der Waffenbesitzkarte sei die logische Konsequenz.

Polat beruft sich auf das nordrhein-westfälische Oberverwaltungsgericht, dass im Sommer einen Eilantrag zweier AfD-Mitglieder gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf zurückgewiesen hat. Dieses hatte es für rechtmäßig befunden, dass die Behörden den beiden ihre bereits erteilte Erlaubnis zum Führen von Schusswaffen widerrief. „Die Kläger, ein Ehepaar, sind damit zugleich verpflichtet, die in ihrem Besitz befindlichen erlaubnispflichtigen Schusswaffen und gleichgestellten Waffenteile (in einem Fall 197, im anderen Fall 27 Stück) und zugehörige Munition abzugeben oder zu vernichten“, heißt es in dem Urteil des Verwaltungsgerichts aus dem Juni dieses Jahres.

Als Begründung stellte das Verwaltungsgericht Düsseldorf den Zusammenhang zwischen der „waffenrechtlichen Unzuverlässigkeit“ und der Mitgliedschaft in einer Partei her, die vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall eingestuft wird. Das eine führe „regelmäßig“ zum anderen.

Doch ist dieser Zusammenhang wirklich so klar? Das Oberverwaltungsgericht Sachsen-Anhalt kam 2023 zum gegenteiligen Schluss. Aus der Parteimitgliedschaft des Antragstellers, der für die AfD im Kreisvorstand und im Stadtrat saß, könne nicht auf „waffenrechtliche Unzuverlässigkeit“ geschlossen werden, schließlich sei die AfD ja bisher nur ein „Verdachtsfall“.

## Die Schönheit des Vorstoßes liegt ja schon darin, dass er Assoziationsketten auslöst: zu SA-Trupps in der Nazi-Zeit

Für Niedersachsen gibt es noch kein Urteil, aber es könnte natürlich dazu kommen, wenn einem AfD-Mitglied der Waffenbesitzschein entzogen wird, weil es AfD-Mitglied ist, und es dann dagegen klagt. Die Schönheit des Vorstoßes von Filiz Polat liegt ja schon darin, dass er, indem er Waffen und die AfD in einem Atemzug nennt, Assoziationsketten auslöst: Zu Reichsbürgergruppen, die den bewaffneten Umsturz planen, und zu SA-Trupps in der Nazi-Zeit, die ebenfalls zu den Waffen griffen und deren Parolen von AfD-Politikern zitiert werden.

Ob die fraglichen AfD-Mitglieder ihre Waffen tatsächlich für ihre politischen Ziele einsetzen würden, ob sie nur Haus und Hof gegen Einwander\*innen verteidigen wollen oder ob sie vielleicht doch nur Sportschützen oder Jäger sind, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Ihnen im großen Stil die Waffen zu entziehen, wäre auch gar nicht so einfach, denn die Waffenbesitzkarten werden in Niedersachsen von den Landkreisen und kreisfreien Städten ausgestellt. Statt wie früher 99 sind seit diesem Jahr nur noch 47 Kommunen zuständig, die aber mitziehen müssten. Und woher will man wissen, welcher Waffenbesitzer in welcher Partei ist?

Es könnte also sein, dass aus dem Vorschlag von Filiz Polat erst mal nicht viel folgt. Aber es ist auf jeden Fall gut, dass wir darüber geredet haben.

Daniel Wiese

nischen Turku. Die Werft kündigte eine Pressekonferenz diese Woche an. (dpa)

### Bremer Senat will höhere Steuern für Reiche

Der Bremer Senat will erreichen, dass Vermögende bundesweit stärker zur Kasse gebeten werden. Über eine entsprechende Initiative für den Bundsrat will der Senat am Dienstag entscheiden. Der Bund soll aus Sicht der Koalition aus SPD, Grünen und Linken die

Vermögenssteuer wieder einführen und die Erbschafts- und Schenkungssteuer anpassen. Der Senat beabsichtigt eine Steuer auf „sehr hohe Vermögen“, heißt es in der Vorlage. (dpa)

### Gaza-Parole am Landtag verurteilt

Niedersachsens Antisemitismusbeauftragter Gerhard Wegner ist empört über die Parole „Free Gaza“, die Sams-tagnacht auf die Fassade des Landtags

geschrieben wurde. In Deutschland sei zwar Platz für Kritik an der Politik der Regierung des Staates Israel. „Dafür gibt es viele legitime Wege. Ein öffentliches demokratisches Organ Deutschlands anzugreifen, wie in diesem Fall, ist es jedoch nicht“. Besonders scharf verurteilte er das Aufsprühen eines roten Hamas-Dreiecks. „Die Hamas ist völlig zu Recht in Deutschland verboten. Deswegen sollte auch die Nutzung ihrer Symbole verboten sein und zur An-

zeige gebracht werden“, sagte Wegner. Der Schriftzug wurde entfernt. (dpa)

### Angriff an einer Bushaltestelle in Gifhorn

Eine Attacke mit Tritten gegen Kopf und Rumpf einer Person an einer Bushaltestelle beschäftigt Ermittler in Gifhorn. Gegen fünf Beschuldigte werde wegen wechselseitiger Körperverletzung ermittelt, sagte ein Polizeisprecher. Es handele sich um vier Männer

zwischen 17 und 24 Jahren sowie eine 38-jährige Frau. Nach ersten Erkenntnissen war es Samstag in einem Linienbus zunächst zu einem verbalen Streit zwischen zwei Schwestern und einer Gruppe junger Männer gekommen. An einer Haltestelle folgte die körperliche Auseinandersetzung. Medienberichte, nach denen es sich um einen Angriff von Rechtsextremen gehandelt haben könnte, wollten die Ermittler nicht kommentieren. (dpa)

## das wird

## „Von Corona erzählen – aber mit Zombies“

Am Mittwoch eröffnet das Kommunalkino Hannover ein neues Festival des fantastischen Films

Interview Wilfried Hippen

**taz:** Wiebke Thomsen, Sie gründen einfach mal ein neues Filmfestival und geben ihm auch noch einen seltsamen Namen – was, bitte, bedeutet „Broyhan“?

**Wiebke Thomsen:** Wir haben etwas gesucht, das einerseits wie ein mysteriöser Fantasienamen klingt, aber auch einen Bezug zu Hannover hat: „Broyhan“ hieß ein hannoveraner Bierbrauer im 16. Jahrhundert, der eine Bierorte erfunden hat, die dann nach ihm benannt wurde.

**taz:** Gibt es da am Ende noch einen Sponsoren?

**Thomsen:** Nein, aber ein Braumeister braut extra für uns ein „Broyhan Fantastik Bier“. Das kann man nur vom Fass und auf dem Festival trinken.

**taz:** Auf dem Filmfest München gab es in diesem Jahr ein „Fantastic Summit“, die Vorstellung von Genre-Filmfestivals im deutschsprachigen Raum. Davon sind einige gerade erst ins Leben gerufen worden – gibt es da gerade eine Art Gründungsphase?

**Thomsen:** Ja, und ich denke, das liegt daran, dass es zwar großen Publikumszuspruch gibt, das Genrekino aber trotzdem unterrepräsentiert ist. Denn es gibt noch kaum Festivals dafür. In anderen Ländern ist das anders.

**taz:** Und was genau hat Sie nun dazu bewogen, „Broyhan“ anzuschließen?

**Thomsen:** Uns interessiert an fantastischen Filmen, dass sie gesellschaftspolitische Themen ganz anders behandeln. Von der Coronapandemie kann man zum Beispiel auch mit Zombies erzählen. Im Genrekino ist es oft leichter, Dinge zu verhandeln, die aktuell wichtig sind. Und das auf eine unterhaltsame und lustvolle Art und Weise. Ich glaube, dass viele, die sich nicht mit diesen Genres befassen meinen: alles nur Blut, Gemetzel und Quatsch. Aber ich finde, sie bieten einen spannenden Blick aufs Filmemachen – und auf die Gesellschaft.

**taz:** Welche Filme zeigen Sie nun?

**Thomsen:** An zehn Tagen zeigen wir 13 Neuerscheinungen, die in einem Wettbewerb mit einem Publikumspreis laufen, der mit 500 Euro dotiert ist: aus den USA, europäischen Ländern, ein Film aus den Philippinen ist auch dabei. Sechs davon sind Deutschlandpremiere, auch die anderen liefen hier noch nicht in den Kinos. Dann gibt es eine Retrospektive, bei der nur Filme auf analogem Material gezeigt werden, also 16 und 35 Millimeter: Das sind ältere, eher unbekannte Produktionen. Wir zeigen zum Beispiel „Panik im Tokyo Express“, die japanische Vorlage zu „Speed“. Dann gibt es auch noch den Programmstrang „Broyhan Fantastik jugendfrei“.

**taz:** Was ist das?

**Thomsen:** Das sind Vorstellungen am Vormittag, gezeigt werden Filme für Kinder, Jugendliche und Genre-Einsteiger. Zum Beispiel die Verfilmung von George Orwells „1984“, aber auch der Dokumentarfilm „Mikrokosmos“ mit seinen extremen Insekten-Nahaufnahmen.

**taz:** Wie definieren Sie fantastische Filme?

**Thomsen:** Da gab es viele lange Diskussionen unter den Kolleginnen und Kollegen. Für mich gehören dazu Zukunftsvisionen, Filme mit Monstern, Geistern und Vampiren sowie Geschichten, die makaber, verschroben und bizarr erzählt werden. Wir haben entschieden, dass fantastische Filme gehören – Liebesfilm, Komödie, Drama und Krimi.

**taz:** Gibt es Trends bei den Neuproduktionen?

**Thomsen:** Es fällt auf, dass mehrere Filme in der Tradition des „Blair Witch Projekt“ mit Fake Found Footage arbeiten, also fingiertem, vermeintlich authentischem Material. Einige der neuen Produktionen wurden auch auf 16 Millimeter gedreht – nicht nur im Arthouse-Kino gibt es eine analoge Retrowelle.

## der roter-pinktober-glamour

**Krebs ist Scheiße**, nicht glamourös. Da ist es gut, wenn im Rahmen der Awareness-Kampagne „Pinktober“ auch das Hamburger Hard Rock Café für die Brustkrebsvorsorge wirbt. Man gewann den „renommierten Künstler Skolyshev“, dessen „Red Girl“ ab morgen zu finden ist auf streng limitierten Leichen im eigenen Rock-Shop und sechs Konfektionsgrößen.

**Broyhan Fantastik Filmfestival.** Eröffnung mit „I Saw The TV Glow“ (FSK 18, engl. OV): Mi, 18. 9., 19.30 Uhr, Kino im Künstlerhaus Hannover, danach Get together (Eintritt frei). Bis 28. 9., ganzes Programm auf [www.hannover.de](http://www.hannover.de)



**Wiebke Thomsen** \*1982, leitete schon die „Kinos am Raschplatz“ in Hannover mit, wo sie mit ihrem Mann Johannes auch das Wohnzimmerkino „Lodderbast“ betrieb. Seit 2023 leiten beide das Kommunale Kino.



Ernst-tragische Hauptfigur: Richardis von Stade als Stabpuppe, zum Leben erweckt von Jeanette Luft  
Foto: Maren Stoppel

## Influencerin der Mystik

Gelungener Abend unterm Dom: Das Theater „Mensch, Puppe!“ folgt den Bremer Spuren der Esoterik-Ikone und Emanzipations-Vorreiterin Hildegard von Bingen

Von **Jens Fischer**

Dem Licht hörig: Hildegard von Bingen leuchtete es immer wieder, vermittelte Ahnungen von einer anderen Welt, vielleicht sogar metaphysische Botschaften und verwandelte so den leeren Himmel in einen heimatlichen. Jedenfalls deutete die Mystikerin selbst ihre Geschichte so. Was Papst Eugen III. derart überzeugte, dass er die adelige Nonne auf der Trierer Synode 1147 zur römisch-katholischen Visionärin adelte – und ihr Erlaubnis erteilte, ihre Offenbarungen zu veröffentlichen.

Was die damals wohl einzige Möglichkeit für eine Frau war, öffentlich mitzureden und zumindest minimal Einfluss zu nehmen auf das geistliche und weltliche Patriarchat. Ob Hildegard (1098–1179) nun wirklich mit einem Gott kommunizierte, die Erlebnisse vielmehr auf eine psychische Störung schließen lassen oder schlicht schlaues Selbstmarketing waren? Das weiß heute niemand.

Aber mit den Visionen, das ist offensichtlich, begann die Benediktinerin sich als Multitalent auszuleben: Sie veröffentlichte Bücher über Ernährung, die magische Energie von Steinen, religiöse und politische Fragen; sie reüssierte als Dichterin und Komponistin, predigte, trat als Ratgeberin für Kaiser und Kirchenoberen auf.

Heute wird Hildegard von Bingen geradezu als Markenname für allerlei naturheilkundliche sowie esoterische Produkte genutzt, sie ist Ikone des Mystizismus und gilt als

Ahnfrau weiblicher Emanzipation.

Mit der seit 2012 auch offiziell Heiligen setzt sich nun das Figurentheater „Mensch, Puppe!“ auseinander. Aufgeführt wird das Stück „Hildegard von Bingen. Bremer Spuren“ im Souterrain des St.-Petri-Doms, der Ostkrypta, 1042 angelegt und damit wohl der älteste noch im Urzustand erhaltenen Raum der Stadt. Bis heute sind an den Kapitellen der romanischen Säulen vorchristliche Motive zu entdecken.

Aktuell wird die Krypta als Raum der Stille genutzt. Flammende Strahlen fallen keine aus dem Jenseits durch die Fenster-

**Hildegard war nie in Bremen, erklärt die „Fremdenführerin“ – weswegen sie auch nicht auftritt**

luken, nur zwei Kerzen flackern einträchtig und Scheinwerfer lassen den Raum immer wieder anders karg-schön wirken. Also ein klösterlich angemessenes Szenario, in dem Regisseur Philip Stemann auf Spökenkiererei-Bebilderung oder Mittelalter-Show verzichtet zugunsten eines schmerzhaften Beziehungsdramas.

Fein ausbalanciert spielen dazu der Oboist Benjamin Fischer und Domkantor Tobias Gravenhorst an einer kleinen Sieben-Register-Orgel mit Kompositionen Hildegard von Bingen, indem sie live improvisa-

torische Freiheiten des Jazz sowie Stilmittel zeitgenössischer Musik nutzen. Ihre Tonkunst schweift wehklagend, tastet fragil durch den Raum oder breitet sich sphärisch aus, erhebt sich aber auch jubelnd und sucht sehnsüchtig nach göttlichen Harmonien.

In diesem faszinierend halligen Klangraum stellt sich Figuren- wie SchauspielerIn Jeanette Luft als Touristenführerin vor, erklärt die Historie des Ortes und kommt über Leihgaben des Dommuseums auf Hartwig von Stade zu sprechen, den Erzbischof von Bremen, dem heute noch die Hartwigstraße gewidmet ist. Damit sind wir im 12. Jahrhundert. „Die Quellenlage ist dürftig“, sagt Luft, aber klar sei: Hildegard war nie in Bremen – weswegen sie auch nicht auftreten wird. Zitate aus ihren Büchern und Briefen artikuliert dann eine strahlend klare Geistesstimme aus dem Off.

Aber was ist nun mit „Bremer Spuren“? Hartwigs Schwester, Richardis von Stade, ist Hildegards beste Freundin, engste Vertraute, Helferin und vielleicht auch Geliebte im klösterlichen Leben. Sie erscheint neben Hartwig und seinem fiktiven Kreuzzugfährtin Myrtelin als Stabpuppe, die Köpfe ragen mit starr-ernsten Totenmaskengesichtern aus einem Gewand, belebt vom Spiel der freien Hand Lufts und deren beeindruckend wandlungsfähiger Stimme. Die Dialoge selbst hat Stemann in einem mittelalterlichen Duktus verfasst.

Hartwig und Myrtelin repräsentieren die Ränkelwelt des Kle-

rus, wobei es vorgeblich um die „Missionierung der Heiden im Norden“ geht, in Wirklichkeit aber um die Ausdehnung von Herrschaftsbereich und Reichtum. Richardis zwingt ihr Bruder aus Hildegards Kloster in die Rolle der Äbtissin von Basum, 30 Kilometer südlich von Bremen, wo sie Hildegards beliebte Lehren zu seinen Gunsten auslegen soll. Sie fügt sich – wohl aus Pflichtgefühl gegenüber der Familie.

Die an sich willensstarke Hildegard aber leidet am Rande der Verzweiflung. Sie bittet, bettelt, erniedrigt sich – in Briefen – selbst, um Richardis' Rückkehr zu erwirken. Laut dem Stück ist die auch dazu bereit. Vor ihrer Heimkehr aber stirbt sie urplötzlich. Auf Veranlassung des Bruders? „Der Teufel stimmt sein Hohngelächter an, denn kein Werk Gottes lässt er jemals unberührt“. Das sind die final zur Interpretation eingesprochenen Worte.

Wo Hildegard draufsteht, ist oft nur überteuerter Unsinn drin. Hier nicht: Das Licht des Figurentheaters lässt diese Produktion in künstlerisch prachtvoller Konzentration erglühen, erdenschwer und himmelhochstrebend. Geboten dezent gelingt es, dem schillernden Popstar des Mittelalters indirekt näherzukommen, indem abseits des um Hildegard von Bingen gestrickten Mythos irdisch-menschliche Züge ihrer Persönlichkeit beleuchtet werden.

Nächste Aufführungen: 20. + 21. 9.; 5. + 6. 10., St.-Petri-Dom Bremen